Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

NOVEMBER 1980

NEUE ZEIT

47

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek
Datum Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



1415 9-47 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77

SOWJETUNION IM BILD

Das sowjetische Gerichtswesen zeichnet sich durch seinen humanen Charakter aus, ist es doch berufen, nicht so sehr zu bestrafen wie vielmehr den Bürgern die Achtung für das Gesetz anzuerziehen und Verbrechen vorzubeugen. Wie Lenin sagte, habe das Gericht die Aufgabe, „die genaueste Verwirklichung von Disziplin und Selbstdisziplin der Werktätigen zu gewährleisten".

Ein weiteres Merkmal der sowjetischen Justiz ist ihr Demokratismus. So wirken an den sowjetischen Gerichten die Volksbeisitzer mit. Neben Berufsjuristen verhandeln sie über Zivil- und Strafsachen aller Gerichte der UdSSR, ohne deshalb ihren eigentlichen Beruf aufzugeben.

Zu den fast 600 000 Volksbeisitzern gehört Anatoli Mischin, Fräser im Moskauer Experimentalwerk „Stankokonstrukzija". Seine Kollegen nominieren ihn schon zum 3. Male als Volksbeisitzer des Stadtgerichts Moskau.

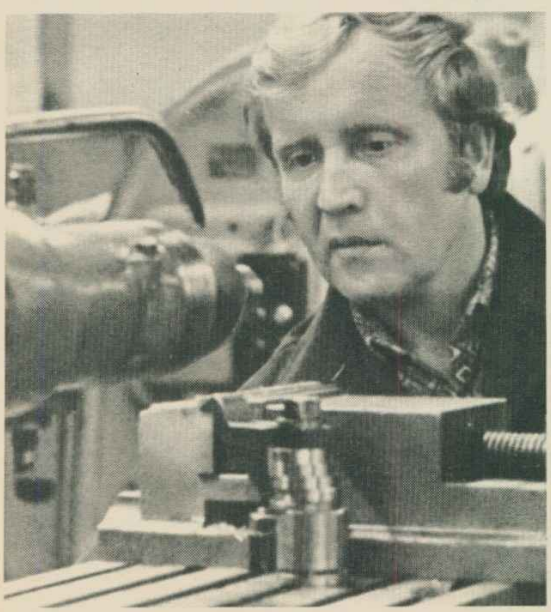
Swetlana Petrowa, Mitglied dieses Gerichtes, hebt an Anatoli Mischin hervor, daß er ein „überaus ehrlicher, gewissenhafter Mensch ist, der die Prozeßmaterialien aufmerksam studiert". Wieder im Betrieb, legt Mischin Rechenschaft vor seinen Kollegen ab und bespricht mit ihnen am Beispiel einiger Fälle Rechts-, Erziehungs- und Moralfragen.



Volksbeisitzer Anatoli Mischin bei einer Sitzung des Stadtgerichts Moskau



Swetlana Petrowa und Anatoli Mischin nehmen Einblick in die Akten



Am Arbeitsplatz



Anatoli Mischin erörtert in seiner Abteilung Produktionsfragen mit dem Abschnittsleiter



Vor einer Gerichtssitzung

Fotos: A. Motschalin

UdSSR UND INDIEN

In der komplizierten Weltlage von heute sind besonders die Faktoren bedeutsam, die die Entwicklung stabilisieren können. Zu solchen Grundfaktoren gehören die langjährigen festen und zugleich dynamischen sowjetisch-indischen Beziehungen, die im Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit verankert sind. Schon seit Jahren ist die Freundschaft beider Staaten ein Eckstein jenes Gebäudes des Friedens und der Sicherheit in der Welt, welches mit so großer Mühe aufgebaut wird. Je enger die Partnerschaft von Moskau und Delhi ist, desto zuversichtlicher können die Menschen aller Länder in die Zukunft blicken. Deshalb hat die Nachricht von dem in der ersten Dezemberhälfte bevorstehenden Indienbesuch Leonid Breshnews bei allen, denen die Zukunft der Menschheit etwas bedeutet, ein positives Echo gefunden.

Seit Breshnews letztem Indienbesuch und seinen Gesprächen mit Indira Gandhi und anderen führenden Persönlichkeiten, seit der Unterzeichnung von Dokumenten, in denen die Hauptrichtungen der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit festgelegt sind, sind sieben Jahre vergangen. Inzwischen konnten sich die Völker unserer beiden Länder noch einmal davon überzeugen, wie großen Nutzen ihnen die gleichberechtigten Kontakte in Wirtschaft, Kultur und natürlich in der Koordinierung der Politik bringen. Diese Erfahrung ist um so wichtiger, als es sich um zwei Staaten handelt, die zwei starke politische Tendenzen unserer Zeit vertreten: um die sozialistische Großmacht und das größte der nichtpaktgebundenen Länder.

Die UdSSR und Indien haben unterschiedliche Gesellschaftsordnung. Deshalb ist es nur natürlich, daß ihre Urteile über gewisse Weltprobleme nicht identisch sind. Aber die Gegner der Annäherung beider Länder versuchen umsonst, diesen Umstand hochzuspielen. Worauf es ankommt, ist die Übereinstimmung der prinzipiellen Positionen, die Erkenntnis, daß die historischen Grundinteressen gemeinsam sind. Das ermöglicht es Moskau und Delhi, auf wichtigen Etappen ihre politischen Standpunkte abzustimmen.

Wie wesentlich das Zusammenwirken beider Staaten gerade jetzt ist, braucht man nicht erst zu sagen.

In seiner Begrüßungsansprache für den moçambiquischen Führer Samora Machel erklärte Breshnew am 17. November in Moskau: „Der Imperialismus versteift sich auf die Versuche, die objektive weltweite Entwicklung zum Krebsgang zu zwingen, das Streben der Völker nach Freiheit und Fortschritt einzudämmen... Solange es noch nicht zu spät ist, sollen die friedliebenden Staaten ihre Bemühungen vereinen, um zu verhindern, daß die Welt zum verhängnisvollen Abgrund abgleitet, um dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und die Völkersicherheit zuverlässig zu garantieren."

Das ist auch für Asien wichtig: Die allgemeine Verschlechterung des Weltklimas hat ja dort schon Wetterleuchten ausgelöst. Chinas Überfall auf Vietnam und Drohungen, einen solchen Überfall zu wiederholen; die Gefahr einer USA-Invasion am Persischen Golf; der Krieg zwischen Irak und Iran; aggressive Vorstöße gegen Afghanistan... Man kann sich ohne weiteres vorstellen, wie gefährlich sich die Situation zuspitzen könnte, wenn die Entwicklung in Asien in die unheilvolle Bahn gerät, in die sie die imperialistischen und hegemonistischen Kräfte zu lenken suchen. Wie groß die Gefahr ist, zeigt z. B. die Mitteilung, daß die NATO Mitte November beschloß, die Beschränkungen für die Lieferung von Offensivwaffen an China aufzuheben.

Auf ihrer jüngsten Pressekonferenz betonte Indira Gandhi das Streben ihres Landes nach Frieden und Sicherheit: „Wir geben uns Mühe, die Entwicklung in globaler Perspektive, auf weite Sicht zu beurteilen." Aus diesem Anlaß seien so weitsichtige Aktionen Delhis erwähnt wie die Anerkennung der VR Kampuchea oder die konsequenten Proteste Indiens gegen die USA-Politik zur Schaffung von Aufmarschgebieten in der Nähe Asiens. In Delhi sieht man die Politik in großen Zusammenhängen, weil man dort erkannt hat, wie eng alles in der heutigen Welt miteinander verknüpft ist. Sowohl Indien als auch die UdSSR trachten danach, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in die Tat umzusetzen, die Entspannung zu vertiefen und auszudehnen, den Neokolonialismus und Rassismus aus der Welt zu schaffen.

Das Verhältnis UdSSR—Indien beruht nicht nur auf politischem oder wirtschaftlichem Nutzen, obwohl er für beide Seiten unbestreitbar ist. Immer größer sind die gegenseitigen Sympathien und die freundschaftliche Verständigung zwischen unseren Völkern. Kennzeichnend: Sobald der baldige Besuch Leonid Breshnews bekanntgegeben wurde, fand in Delhi eine Massenkundgebung statt, auf der sich Vertreter unterschiedlicher Parteien und Schichten der indischen Gesellschaft zur Freundschaft mit der UdSSR bekannten. Zweifellos wird die Freundschaft nach diesem Besuch noch fester und die Zusammenarbeit noch fruchtbarer sein.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 47 NOVEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**

IN DIESEM HEFT:

UdSSR und Indien 1
L. Besymenski — **Madrid: Schwieriger Start** 5
A. Wolkow, W. Kosakow — **UdSSR—Finnland. Als gute Nachbarn** . . 7
G. Gabrielian — **Äthiopien. Ein Land und die Welt** 8
W. Iwanow — **In Wien und Brüssel** 9
P. Mesenzew — **Afghanistan. Eine hochgespielte Situation und ihre Realität** 10
W. Dolgow — **„Referendum" der Militärs** 11
W. Kusnezow — **Wer will den Frieden!** 12
W. Pawlow — **Großbritannien. Wechsel bei Labours** 12
W. Leonidow — **Ein unabdingbares Bündnis** 14
Notizen ◆ Glossen 16
S. Mirski — **Aus Angst zur Lüge** 18
J. Girenko — **Bewährte Zusammenarbeit** 21
A. Stepanow — **Ägypten im Druck** 23
F. Gorjunow — **Es geht um die Zukunft** 24
J. Knorre — **Ohne der Umwelt zu schaden** 24
A. Ignatow — **Frankreich. Aktivist! Entlassen!** 26
B. P. Menon — **Bankiers contra UNO** 27
B. Assojan — **Belebte Steine** 29
Diskussion mit dem Leser 31
PS 32



Um den Frieden und sozialen Fortschritt zu gewährleisten, müssen die Kräfte des Sozialismus, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationalen Befreiungskräfte gemeinsam vorgehen lernen

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

Vom 12. bis zum 17. November hielt sich Urho Kekkonen, Präsident der Republik Finnland, zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR auf. Am 12. November hatte er Gespräche mit Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko und Wassili Kusnezow. Am selben Tag unterzeichneten Breshnew und Kekkonen ein Protokoll zum Langfristigen Programm über die Entwicklung und Vertiefung der kommerziellen, wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Finnland bis 1990 sowie ein Protokoll über die Zusammenarbeit beim weiteren Ausbau des Bergbaukombinats Kostamuksa. Am 13. November wurde Kekkonen der Internationale Leninpreis „Für Festigung des Völkerfriedens" überreicht. (Siehe S. 7.)

■

Auf Einladung des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung traf Samora Moisés Machel, FRELIMO-Vorsitzender und Präsident der VR Moçambique, am 17. November als Leiter einer Partei- und Staatsdelegation zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der Sowjetunion ein. Am gleichen Tag fanden Verhandlungen zwischen der moçambiquischen Delegation und Breshnew, Gromyko, Simjanin, Archipow und Ogarkow statt. Am 18. November hatte Breshnew ein Gespräch mit Machel.

■

Vom 9. bis zum 12. November hielt sich der italienische Außenminister Emilio Colombo zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR auf. Er wurde von Breshnew empfangen und hatte Gespräche mit Gromyko.

■

Am 11. November hatten Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, und Viktor Malzew, Mitglied des ZK der KPdSU und 1. Stellvertreter des Außenministers der UdSSR, ein Gespräch mit Tareq Aziz, Mitglied des Revolutionären Kommandorates und stellvertretender Ministerpräsident der Republik Irak, der zu einem Arbeitsbesuch in der UdSSR weilt. Erörtert wurden Fragen der sowjetisch-irakischen Beziehungen sowie die gegenwärtige Situation im Nahen und Mittleren Osten.

■

Auf Einladung des ZK der KPdSU weilte eine Delegation der KP Norwegens unter ihrem Vorsitzenden Martin Gunnar Knutsen vom 4. bis zum 11. November in der UdSSR.

■

Am 11. November begann in Madrid das KSZE-Nachfolgetreffen, an dem 35 Länder vertreten sind. Leiter der sowjetischen Delegation ist Leonid Ilji-





Im Kreml fand am 14. November unter Vorsitz Leonid Breshnews eine Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR statt. Das Präsidium ratifizierte einstimmig den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Syrischen Arabischen Republik. TASS-Fotos: Im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR; Leonid Breshnew unterzeichnet den Erlaß über die Ratifizierung des Vertrages und die Ratifikationsurkunde

tschow, stellvertretender Außenminister der UdSSR. (Siehe S. 5.)

■

In seinem Grußschreiben an den 11. Kongreß der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (La Valletta, 13.—18. November) brachte Leonid Breshnew die Hoffnung zum Ausdruck, daß „die demokratischen Juristen sich auch künftig konsequent für das Eindämmen des Wettrüstens, die Festigung der rechtlichen und politischen Garantien der friedlichen Zukunft der Menschheit, für die nationale Unabhängigkeit der Völker, soziale Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen".

■

In allen Bundesstaaten und Städten Indiens verläuft ein Monat der indisch-sowjetischen Freundschaft aus Anlaß des im Dezember bevorstehenden Indienbesuchs Leonid Breshnews. Der Monat begann mit einer Großkundgebung in Delhi.

■

Auf Einladung Gustáv Husáks, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der ČSSR, stattete János Kádár, Erster Sekretär des ZK der USAP, am 12. November einen freundschaftlichen Arbeitsbesuch in der Tschechoslowakei ab. Im gemeinsamen Kommuniqué wird hervorgehoben, daß beide Politiker bei den Gesprächen in Bratislava einander über die aktuellen Aufgaben informierten, die das tschechoslowakische und das ungarische Volk gegenwärtig beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft lösen. Sie solidarisierten sich mit den Bemühungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die darauf gerichtet sind, daß die Arbeiterklasse und das Volk Polens unter Führung der PVAP die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen sowie die Umtriebe der antisozialistischen Elemente und die Einmischung des internationalen Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Polens durchkreuzen.

■

Am 17. November traf sich Gustáv Husák mit Heng Samrin, Vorsitzender des ZK der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung und Vorsitzender des Revolutionären Volksrates Kampucheas, der zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der ČSSR eingetroffen ist.

■

Vom 10. bis zum 13. November hielt sich Erich Honecker, Vorsitzender des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des ZK der SED, zu einem offiziellen Besuch in Österreich auf. Er hatte Gespräche mit Bundespräsident Dr. Kirchschläger und Bundeskanzler Dr. Kreisky.

■

Nicolae Ceauşescu, Generalsekretär der Rumänischen KP, Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien und Vorsitzender des Staatsrates der Republik, hielt sich vom 6. bis zum 15. November zu offiziellen Besuchen in Schweden, Dänemark und Norwegen auf.

■

Am 17. November kam in Genf die am 17. Oktober eingeleitete erste Runde der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Nuklearrüstungen in Europa zum Abschluß. Wie verlautet, hat die Erörterung dieser Frage in einer sachlichen Atmosphäre zu einer besseren Verständigung der gegenseitigen Positionen geführt. Das Datum der Wiederaufnahme der Verhandlungen im kommenden Jahr soll später im Rahmen gegenseitiger Konsultationen festgelegt werden.

■

Bei den Wiener Abrüstungsgesprächen fand am 13. November die turnusmäßige Plenarsitzung statt. (Siehe S. 9.)

■

In Brüssel konferierte am 13./14. November die Nukleare Planungsgruppe der NATO auf der Ebene der Verteidigungsminister.

■

In der vorigen Woche gingen die Kampfhandlungen zwischen Irak und Iran weiter. UNO-Generalsekretär Waldheim ernannte Olaf Palme, den Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, zu seinem Beauftragten zwecks Beilegung des irakisch-iranischen Konfliktes. Laut Pressemeldungen willigen Irak und Iran in die Erörterung der Vorschläge einer Gruppe Nichtpaktgebundener zwecks Einstellung des Krieges ein. Der irakische Präsident Hussein empfing in Bagdad den kubanischen Außenminister Malmierca, der als Vermittler der Nichtpaktgebundenen fungiert.

■

In Madrid fand vom 13. bis zum 16. November der XV. Kongreß der Sozialistischen Internationale statt. In der Resolution rufen die Kongreßteilnehmer zur Begrenzung der Rüstungen und zur Ratifizierung von SALT II auf und verurteilen die von der Administration Carter vertretene Konzeption eines „begrenzten Nuklearkrieges". Zum SI-Vorsitzenden wurde erneut SPD-Vorsitzender Willy Brandt gewählt.

■

In Paris fanden am 9./10. November Gespräche zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt statt.

■

In Bonn verhandelte Bundeskanzler Schmidt am 16./17. November mit der britischen Ministerpräsidentin Margaret Thatcher unter Teilnahme der Außenminister beider Staaten.

■



Die japanischen Werktätigen protestieren gegen das Wettrüsten, die arbeiterfeindliche Politik der Monopole, Aussperrungen und verstärkte Ausbeutung. TASS-Foto: Demonstration des medizinischen Personals in Tokio unter den Losungen: „Nieder mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag!", „Wir protestieren gegen die Verschlechterung der Sozialfürsorge".

■

Am 14. November wurde in der Republik Guinea-Bissau ein Staatsstreich verübt, nach dem die Macht an den Revolutionsrat unter João Bernardo Vieira überging. Früher war Vieira u.a. Hochkommissar des Rates der Staatskommissare der Republik (Regierungschef) und Vorsitzender der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln. Laut Meldungen aus Bissau ist der bisherige Staatschef Luis Cabral unter Hausarrest.

■

Wie auf einer Pressekonferenz in Beirut bekanntgegeben wurde, fand in Ägypten im September der erste Parteitag der Ägyptischen Kommunistischen Partei (ÄKP) statt. In dem auf dem Parteitag angenommenen Programm heißt es, daß die ÄKP ihre Hauptaufgabe heute in der Durchkreuzung der Abkommen von Camp David und im Kampf gegen die militärische USA-Präsenz auf ägyptischem Boden sieht. Auf der Pressekonferenz sprach Michel Kamel, Mitglied des Politbüros der ÄKP.

■

Am 16. November begann in einem Wüstengebiet westlich Kairos ein Manöver von Verbänden der amerikanischen „Eingreiftruppe", das mit einer amerikanisch-ägyptischen „Übung" enden soll.

■

Neue Ernennungen der Administration Reagan wurden bekanntgegeben. Edwin Meese, der dem Nationalen Sicherheitsrat angehören soll, erhielt den neugegründeten Posten als Berater des Präsidenten im Range eines Ministers. In seine Kompetenz fällt die Koordinierung der Tätigkeit des Sicherheitsrates, der innenpolitischen Berater des Präsidenten und des Ministerkabinetts. Dem Apparat des Weißen Hauses wird James Baker vorstehen. Er leitete die Wahlkampagne des zum Vizepräsidenten der USA gewählten George Bush.

■

Die Parlamentsfraktion der britischen Labour Party wählte Michael Foot zum Parteivorsitzenden. (Siehe S. 12)

■

Laut „Mainichi" (Tokio) kamen die USA, Japan, die BRD und die anderen westlichen Mitglieder des NATO-Koordinierungsausschusses für Exportkontrolle überein, die Beschränkungen für den Export von Offensivwaffen nach China aufzuheben.

■

In Peking wurde am 16. November eine Darlegung der Anklage gegen die „konterrevolutionären Gruppierungen von Lin Biao und Jiang Qing" veröffentlicht. Ihnen wird u.a. zur Last gelegt, „Partei- und Staatsleiter aufgrund falscher Beschuldigungen verfolgt, Repressalien gegen Funktionäre und die Volksmassen durchgeführt, einen bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreich vorbereitet" zu haben.

■



Israel stellt seine barbarischen Angriffe auf die südlibanesischen Städte und Dörfer sowie Lager der palästinensischen Flüchtlinge nicht ein. UPI/TASS-Foto: Israelische Aggressoren nach einem erneuten Piratenangriff auf das Territorium Südlibanons

NZ POST

Wenn der irakisch-iranische Konflikt nicht friedlich beigelegt wird, muß das die reaktionären, konterrevolutionären Kräfte stärken, die gegen die arabischen Völker und alle fortschrittlichen Staaten auftreten. Meines Erachtens reiften die Ereignisse, die dem Konflikt vorausgingen, unter dem (wenn auch indirekten) Einfluß der USA-Politik heran, die eine Krise in dieser Region provozieren sollte. Die USA wollten dadurch die Nichtpaktgebundenenbewegung kompromittieren und zugleich Iran von der Vorbereitung einer neuen Operation vom Schlage des gescheiterten „Blue Light" in den USA ablenken. Wie USA-Beamte selber zugeben, hat Washington den Gedanken, die Geiseln durch eine aggressive Operation zu befreien, nicht aufgegeben.

José Ignacio CEPERO
Havanna, Kuba

In El Salvador wird noch immer Blut vergossen, unschuldige Menschen gehen zugrunde. Das ist die Rache der Junta für das Vorgehen der Partisanen. Es wird ihr aber nicht gelingen, das Volk einzuschüchtern. Davon zeugt der wahre Volkskrieg gegen die Reaktionäre in El Salvador. Wären nicht die Waffen und Gelder aus den USA, so wäre das dem Volk verhaßte Regime längst zusammengebrochen. Wie heuchlerisch sind doch die USA-Politiker, die so viel von „Verstößen gegen die Menschenrechte" in den sozialistischen Ländern reden, aber den Terror der Herrscher in El Salvador gegen das Volk nicht zu bemerken geruhen.

A. ORLOW
Tscherepowez, RSFSR

Als aufrichtiger Freund der UdSSR freue ich mich sehr darüber, daß Ihre Zeitschrift jetzt auch in Italienisch erscheint. Zweifellos wird sie in Italien Erfolg haben, besonders unter Ihren Freunden, und eine große Rolle im Kampf gegen die ständige antisowjetische und antisozialistische Kampagne der italienischen Massenmedien spielen.

Enzo BANCALE
Solaro, Italien

MADRID: SCHWIERIGER START

Von unserem Sonderkorrespondenten Lew BESYMENSKI

Offizielle Meldungen sind lakonisch, z. B.: „Heute, am 11. November, wurde in Madrid das KSZE-Nachfolgetreffen eröffnet." Aber welch eine dramatische Spannung steckt manchmal hinter solchen Zeilen! Daran muß man denken, wenn man sich den Beginn des Madrider Treffens vergegenwärtigt.

Korrespondenten, die mit einem schon skizzierten Eröffnungsreport nach Madrid kamen, müssen sich am 11. November in einer heiklen Lage befunden haben. Zwar bot der Kongreß- und Ausstellungspalast in der La Castellana den bei solchen Anlässen üblichen Anblick: die 35 Flaggen gehißt, verstärktes Polizeiaufgebot. Aber schon in der Halle keine Spur von der sonst ruhigen Atmosphäre der gesamteuropäischen Konferenzen. Gruppen aufgeregter Delegierter, dazwischen hin und her flitzende Korrespondenten und TV-Kameraleute — und keine Bekanntmachungen an der Tafel am Eingang. Selbst die Uhren gingen im ganzen Palast nicht. Was war passiert?

Hier war vom 9. September, d.h. seit über acht Wochen, die Vorbereitungsetappe des Treffens verlaufen. Die Aufgabe bestand darin, das Verfahren, die Tagesordnung und die Arbeitsdauer festzulegen. An Zeit mangelte es nicht, zumal das Einberufungsdatum des Nachfolgetreffens, der 11. November 1980, bereits 1978 vereinbart worden war. Und doch fanden die Vorgespräche am Morgen dieses Tages nicht ihren Abschluß.

Der Leiter der DDR-Delegation zu den Vorgesprächen, Botschafter Ingo Oeser, sagte mir über die Ursachen der entstandenen Schwierigkeiten:

„Formal ging es um Verfahrensfragen. Aber auch darin kommt der politische Wille der Teilnehmer zum Ausdruck. Mehr noch, das Herangehen an Verfahrensfragen zeigt, wer von den bevorstehenden Verhandlungen konstruktive Ergebnisse haben will und wer nicht. Wir machten schon in Belgrad negative Erfahrungen, und sie zeugten davon, daß Verfahrensregeln gegen ein konstruktives Arbeiten ausgenutzt werden können. Deshalb waren die sozialistischen Staaten bemüht, eine genaue Abgrenzung in der Arbeit zu erreichen: zuerst einen vertieften Meinungsaustausch über die Erfüllung der Schlußakte zu pflegen, dann zu konkreten Vorschlägen über die gesamteuropäische Entwicklung überzugehen und schließlich Beschlüsse zu formulieren."

„Ist doch logisch", bemerkte ich.

„Offenbar paßte diese Logik nicht allen. Die USA-Delegation erklärte, den Meinungsaustausch über die Erfüllung der Schlußakte solange fortsetzen zu wollen, bis sie befriedigt sei. Was dahinter steckte, konnte man aus den Erfahrungen des Belgrader Treffens ableiten. Einige Delegierte wollten nicht einmal der Vorbereitung eines Schlußdokumentes Zeit einräumen."

Anfang November landete die Diskussion über die Verfahrensfragen in einer Sackgasse, nicht zuletzt deshalb, weil sich mehrere westliche Delegationen wochenlang ausschwiegen. Die Vorschläge der sozialistischen Länder, die Initiativen der neutralen Staaten und später die gemeinsamen Initiativen neutraler und sozialistischer Länder stießen auf das stereotype Nein des NATO-Lagers.

Man kann sich den Rummel unter den Gegnern der gesamteuropäischen Entwicklung vorstellen. Die düstersten Prognosen wurden gemacht. Man erinnerte sich sogar daran, daß in den NATO-Kreisen Anfang des Jahres Gerüchte über die Aufschiebung, ja Absage des Treffens umgingen.

Eine schlaflose Konferenznacht jagte die andere, und als sich die Uhrzeiger im Kongreßsaal der Mitternacht zum 11. November näherten, entsannen sich die diplomatischen Veteranen eines alten Verfahrenstricks: Die Uhren wurden angehalten.

Die Zeit allerdings ließ sich nicht anhalten. Mit Rücksicht auf die Bemühungen Spaniens um die rechtzeitige Einberufung des Madrider Treffens faßten die Teilnehmer den beispiellosen Beschluß, das Treffen zu eröffnen, obwohl die Vorbereitungsetappe noch nicht abgeschlossen war, und die Prozedurverhandlungen in den nächsten Tagen zu Ende zu führen. So geschah es auch. Am späten Abend des 11. November eröffnete Pérez Llorca, Außenminister Spaniens, das Treffen. Am nächsten Morgen sprach Ministerpräsident Suárez vor den Delegierten und hielten einige Delegationsleiter ihre Eröffnungsansprachen. Die Uhren gingen wieder...

Wovon sprach man in erster Linie? Vor allem von den Perspektiven der Entspannung. Der spanische Regierungschef rief in seiner Eröffnungsansprache mit Recht dazu auf, „als Einführung" in die Arbeit über eine Konzeption der Entspannung und ihre Realitäten nachzudenken. Zusammenfassend könnte man sagen: Die weitaus meisten europäischen Regierungen betrachten die Entspannung als notwendig und real. Trotz aller, mitunter widerspruchsvollen Deutungen wurde der in Helsinki eingeschlagene Weg allgemein als historisch bezeichnet.

Ist das viel oder wenig? Bei der Antwort ist unbedingt eine Besonderheit der Madrider Diskussion in Betracht zu ziehen. Ausnahmslos alle Redner stellten fest: Sie finde in einer beträchtlich verschärften Weltlage statt. Wie Leonid Iljitschow, Leiter der sowjetischene Delegation und stellvertretender Außenminister der UdSSR, in seiner Rede betonte, „wird das Gebäude der Entspannung, das lange Zeit aufgeführt wurde, gegenwärtig einer Festigkeitsprobe ausgesetzt".

In dieser spezifischen Situation messen die meisten Redner dem Madrider Treffen besondere Bedeutung als eventueller Auftakt zu einer neuen Etappe bei. Hierin sind sich Vertreter der großen und kleinen, sozialistischen und kapitalistischen Länder eins. Aber nicht alle! Es fand sich ein Redner, der ohne Umschweife sagte: Die internationale Atmosphäre „begünstigt gegenwärtig keine kühnen Schritte auf den in der Schlußakte vorgesehenen Gebieten". So sprach der US-Chefdelegierte.

Eine eigenartige Entspannungskonzeption? Wohl kaum, denn in seiner langen Rede mit Zitaten aus Lew Tolstoi, Jefferson, Locke sowie Carter gebrauchte der Exjustizminister der USA Griffin Bell das Wort Détente kein einziges Mal.

In gewisser Hinsicht war Bells Rede programmatisch — nicht so sehr in ihren Formulierungen wie vielmehr in der Methode. Zweifellos trug der Redner dem Umstand Rechnung, daß die Bedeutung der

Schlußakte von Helsinki in Europa gegenwärtig nicht geleugnet werden kann. Aber schon in Belgrad war eine neue Methode entstanden: Helsinki in Treuebeteuerungen zu ersticken.

So erklärte Bell: „Wir sind nicht gekommen, um uns in Konfrontation und Polemik zu üben." Ich notierte mir diese Worte und stockte: Wo habe ich sie schon gehört? Aber gewiß doch, in Belgrad, vom damaligen US-Chefdelegierten Arthur Goldberg, dem notorischen Fachmann für Konfrontation.

Ich blätterte in einem alten Protokoll und fand folgende Worte von ihm: „Wir dürfen auf dieser Konferenz nicht auf Konfrontation hinwirken..." In Belgrad lagen mehrere Tage zwischen Goldbergs Erklärung und der ebenfalls von ihm entfesselten Konfrontation; Bell brauchte für den Übergang wenige Minuten.

Eine zweite Besonderheit. Wenn sich Goldberg zwecks „Schutzes der Menschenrechte" in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder Europas einmischte, so ging sein Nachfolger weiter. Er bauschte die „afghanische Frage" auf und mischte sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes ein, das Tausende Kilometer von Europa trennen. Seinem schlechten Beispiel folgten andere westliche Delegierte. Da in den ersten Tagen gemäß Auslosung die NATO-Länder hintereinander zu Worte kamen, rief ein westlicher Kollege von mir ironisch aus: „Mein Gott, wie monoton!"

Blieb nur übrig, nachzudenken, was der Zweck dieser „Monotonie" war. Alle, die provokant solche Themen aufwarfen, wußten sehr wohl: Die sozialistischen Länder haben durchaus eine Antwort. Sie haben etwas zu sagen zum Problem der Menschenrechte, deren Garantie — eine reale und nicht demagogische Garantie — ein Hauptanliegen des sozialistischen Staates ist. Sie sind fest entschlossen, die Unabhängigkeit Afghanistans und dessen demokratische Entwicklung unter Einhaltung der internationalen Verpflichtungen und der UNO-Satzung zu verteidigen.

Man muß sagen, daß in Madrid mit dem Fortgang der Eröffnungsdebatte immer beharrlicher dazu aufgefordert wurde, mit der fruchtlosen Konfrontation Schluß zu machen. Gerade dieser offenkundige Wille der Teilnehmer diktierte die Übereinkunft über jene Verfahrensfragen, die erst vor kurzem unlösbar schienen.

Am 14. November kam es in Madrid zu einer weiteren Sensation, diesmal im guten Sinne. Das Verfahren wurde zur allgemeinen Genugtuung angenommen. Es gibt dem Treffen einen normalen und ausgewogenen Rahmen. Das Prinzip lautet: nicht endlose Diskussion, sondern sachliche Arbeit. Es wurde vereinbart, daß das Treffen sich vier Wochen mit einem vertieften Meinungsaustausch über die Ausführung der Schlußakte beschäftigen wird (die Zeit soll gleichmäßig auf alle Teile der Schlußakte verteilt werden), zwei Wochen werden konkrete Vorschläge erörtert, und noch vier Wochen sind dazu bestimmt, das Schlußdokument zu formulieren. Die Arbeit soll bis zum 5. März 1981 abgeschlossen werden.

Zieht man eine Bilanz aus der Anfangsdiskussion, so kommt man in etwa zu folgendem. Madrid ist recht stark von der gespannten Weltlage überschattet. Die „Anti-Entspannung" tritt immer deutlicher zutage. Zugleich zeichnen sich einige neue Momente ab, die eine potentielle Möglichkeit bieten, positive Resultate zu erzielen.

Die sowjetische Delegation und die Delegationen der anderen sozialistischen Länder lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie in dieser Richtung zu arbeiten bereit sind. Sie umrissen auch jenen entscheidenden Bereich, in dem man vor allem übereinkommen muß. Wie Leonid Iljitschow erklärte, stehen heute die Sicherung des Friedens in Europa, die militärische Entspannung und die Abrüstung im Mittelpunkt. Das ist, wenn man will, die Frage der Fragen.

In der Tat sprachen in Madrid alle mit einer kleinen Ausnahme (wiederum der USA-Delegierte) von dieser Frage der Fragen. So sagte der finnische Außenminister Väyrynen: „Die Sicherheit in Europa ist selbstverständlich unsere größte und unmittelbarste Sorge." Viel beachtet wurde die Rede des schwedischen Außenministers Ullsten, der sie voll und ganz der Abrüstung widmete. Ausführlich beleuchtete er, wie die neue wichtige Idee — die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung — aufkam. Unter Hinweis darauf, daß dieses Thema unterschiedlich verstanden wird, erklärte er, im Vordergrund des Madrider Treffens müsse eine „Zusammenführung" der verschiedenen Vorschläge stehen. Eine ausgewogene und konkrete Entscheidung über die Einberufung dieser Konferenz, einschließlich ihrer Organisation, ihres Ortes und Datums, müsse, hob der Minister hervor, in Madrid getroffen werden.

Ich habe gerechnet: Von den 35 Diskussionsrednern sprachen mindestens 25 direkt von der Notwendigkeit einer Konferenz über militärische Entspannung. Einige Delegierte haben freilich eigentümliche Vorstellungen. So rief Bundesaußenminister Genscher energisch zur Einberufung der Konferenz auf, fügte jedoch hinzu: „auf der Grundlage des französischen Vorschlages". Ungefähr dasselbe sagte der Außenminister von Luxemburg Thorn.

Dabei ist besagter Vorschlag nicht der einzige. Daran erinnerte der Delegierte Polens, davon sprach auch der österreichische Außenminister Dr. Pahr, der sowohl die französische Initiative als auch den Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten „konstruktive Beiträge" zur Einberufung der neuen Konferenz nannte. Zyperns Außenminister Rolandis erklärte: „Das Madrider Treffen muß ein alle zufriedenstellendes Mandat für eine solche Konferenz ausfindig machen." Geht man nach der in Helsinki erprobten Methode vor, die gegenseitigen Positionen zu berücksichtigen, so kann und muß das Madrider Treffen eine Lösung finden, die alle europäischen Länder befriedigt.

Daß eine solche Lösung herangereift ist, zeigen viele Anzeichen. Nur wenige Viertel vom Kongreßpalast entfernt, tagte im riesigen Hotel „Melia Castilla" die Sozialistische Internationale. Ihr Vorsitzender Willy Brandt drückte in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung aus, daß das Madrider Treffen „nicht in Vorwürfen stecken bleibt", sondern Entscheidungen treffen werde, auch über die Einberufung einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz.

Viele von denen, mit denen ich mich in den Wandelhallen des Kongresses unterhielt, darunter die SI-Vizevorsitzenden Bruno Kreisky und Kalevi Sorsa oder der Vizepräsident des Europaparlaments Bruno Friedrich, betonen die gebieterische Notwendigkeit konkreter Schritte der Vertreter der 35 Staaten dazu, die militärische Konfrontation abzubauen.

Am 15. November endeten die Eröffnungsansprachen in Madrid. In dieser Woche sollen ein Rechenschaftsbericht über die Beratungen im Einklang mit den Beschlüssen von Helsinki und Belgrad sowie Mitteilungen über die Erfüllung dieser Beschlüsse durch die UNO-Wirtschaftskommission für Europa, die UNESCO sowie die Mittelmeerstaaten entgegengenommen werden.

Die Arbeit beginnt erst. Eine schwierige Arbeit, der die Entspannungsgegner nicht wenig Hindernisse bereiten.

Madrid, am 17. November

ALS GUTE NACHBARN

Finnlands Politik auf die Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen, gutnachbarlichen Beziehungen zur UdSSR ist in der Welt als die Linie Piasikivi—Kekkonen bekannt. Die Namen des finnischen Präsidenten Juho Kust Piasikivi, dessen 110. Geburtstag sich am 27. November jährt, und des jetzigen Präsidenten Urho Kaleva Kekkonen stehen für die fruchtbare Entwicklung von Freundschaft, Vertrauen und allseitiger guter Nachbarschaft unserer beiden Länder im Interesse ihrer Zusammenarbeit und des Weltfriedens. Die internationale Bedeutung der sowjetisch-finnischen Beziehungen in der Nachkriegszeit besteht darin, daß sie die Fruchtbarkeit der friedlichen Koexistenz, auch für Europa, veranschaulichen.

Das fand seine Bestätigung auch während des offiziellen UdSSR-Besuchs Kekkonens. Seine Gespräche mit Leonid Breshnew gestalteten sich zu einem wichtigen Ereignis in den Beziehungen der beiden Länder und im internationalen Leben. Die Zusammenkünfte in Moskau bestätigten wieder einmal das gegenseitige Verstehen und Vertrauen sowie die feste Absicht der UdSSR und Finnlands, auch künftig alle Fragen, die sich aus der bilateralen Zusammenarbeit ergeben, mit Rücksicht auf die Interessen beider Länder, mit Nutzen für den Weltfrieden und die Sicherheit zu lösen.

Unsere Länder sind sich nicht nur in dem Bestreben einig, die gegenseitige Zusammenarbeit maximal auszubauen, sondern auch darin, auf welcher Grundlage und in welcher Richtung die gemeinsamen Anstrengungen unternommen werden sollen. Im Kommuniqué über die Ergebnisse des Besuchs Kekkonens wird hervorgehoben: Die Entwicklung der gutnachbarlichen sowjetisch-finnischen Beziehungen, denen der von Lenin 1917 unterzeichnete Beschluß über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit der Republik Finnland zugrunde liegt, ist zuverlässig durch den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 gesichert.

Die sowjetischen Führer und der Präsident der Republik Finnland verliehen erneut ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß dieser Vertrag in all seinen Bestimmungen und Prinzipien das feste Fundament für den Ausbau der allseitigen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern war und bleibt. Er ist ein beständiger und wichtiger Faktor der Stabilität und Friedensfestigung im Norden Europas, dient der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent und der internationalen Entspannung.

Das Moskauer November-Treffen bekräftigte: Die UdSSR und Finnland sind für eine weitere Entwicklung der regelmäßigen Kontakte auf höchster Ebene. In der UdSSR weiß man die Tätigkeit Urho Kekkonens bei der Festigung der Freundschaft mit der UdSSR und des Friedens zu schätzen. In Würdigung seines hervorragenden Beitrags zu diesem humanen Werk wurde Kekkonen der Internationale Leninpreis „Für Festigung des Völkerfriedens" überreicht.

Die Erweiterung der politischen Basis für das freundschaftliche sowjetisch-finnische Verhältnis und die konsequente Realisierung der Prinzipien des Vertrages von 1948 schufen günstige Voraussetzungen für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Nachbarländer. Sie entwickelt sich stabil und planmäßig. Schätzungsweise wird der Handelsumsatz in diesem Jahr mehr als 3,5 Md. Rubel betragen.

Während des Besuchs bekundeten beide Seiten ihre Entschlossenheit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auch weiterhin zu intensivieren, ihre Effektivität zu erhöhen sowie ständig für die Erweiterung der Kooperation und Spezialisierung in der Produktion, für den gemeinsamen Bau verschiedener Objekte zu sorgen. Fundament der engeren Zusammenarbeit wurde das unterzeichnete Protokoll, welches das langfristige Programm über die Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bis Ende 1995 verlängert.

Die Erfahrung vieler Jahre beweist überzeugend: Die unterschiedlichen sozialen Systeme der UdSSR und Finnlands sind kein Hindernis für ihr Zusammenwirken bei der Festigung des Friedens. Ihre Zusammenarbeit hat historische Traditionen und ergibt sich aus der tiefen Erkenntnis der Realitäten des nuklearen Zeitalters. Bei den Moskauer Verhandlungen wurde der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt besonders viel Aufmerksamkeit gewidmet und die feste Überzeugung geäußert, daß die Entspannung, zu der es keine vernünftige Alternative geben kann, die führende Tendenz in den internationalen Beziehungen sein muß. Die UdSSR und Finnland betrachten es als erstrangige Aufgabe, zu erreichen, daß das Wettrüsten eingestellt wird und daß wirksame Maßnahmen zur nuklearen und konventionellen Abrüstung getroffen werden.

Bei den Verhandlungen wurde die dringende Notwendigkeit betont, konkrete Schritte zur militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa zu tun. Beide Länder erklärten: Sie werden auch künftig darauf hinwirken, daß die friedlichen Bedingungen und die Stabilität im Norden Europas und im Baltikum erhalten und gefestigt werden. Nach wie vor aktuell sind die Vorschläge Finnlands, Nordeuropa zu einer kernwaffenfreien Zone zu erklären: Die UdSSR ist bereit, gemeinsam mit den anderen Kernmächten den Status dieser Zone zu garantieren, falls eventuelle Teilnehmerstaaten ihr Interesse daran zeigen.

Die Hauptbedingung für die Festigung des Friedens in Europa und den Ausbau der gleichberechtigten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit ist nach wie vor, alle Prinzipien und Festlegungen der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen. Die Seiten betonten die besondere Bedeutung des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens. Ihrer Meinung nach wird sein Erfolg vom politischen Willen aller Teilnehmerstaaten zur konstruktiven Atmosphäre, zu einer Atmosphäre der Zusammenarbeit, von ihrem Streben nach allgemein annehmmaren Abkommen abhängen.

Vor 36 Jahren erklärte Piasikivi: „Ausschlaggebend für die finnische Außenpolitik ist das Verhältnis unseres Landes zur UdSSR." Die seitdem vergangenen Jahre zeigen: Die Beziehungen haben sich zu wahrer guter Nachbarschaft und Freundschaft entwickelt. Das ist eine solide Basis.

A. WOLKOW
W. KOSAKOW

Während der Verhandlungen

Foto: TASS



EIN LAND UND DIE WELT

Gennadi GABRIELIAN



Das Afrika-Haus in Addis Abeba

Das Afrika-Haus in Addis Abeba ist nicht nur für Äthiopien ein Begriff. In seinem geräumigen runden Saal finden Treffen der Friedensfreunde, Solidaritätskonferenzen für die nationalen Befreiungsbewegungen und andere internationale Foren der fortschrittlichen Kräfte statt. Das zeugt von der aktiven Rolle Äthiopiens in der Welt, das gegen den Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und die Apartheid, für die Festigung des Friedens, für die Entspannung, Abrüstung und gleichberechtigte zwischenstaatliche Zusammenarbeit kämpft.

Der Kurs Äthiopiens auf Frieden und Sicherheit äußert sich u. a. in den engen freundschaftlichen Verbindungen mit den sozialistischen Ländern.

Ein Meilenstein in der Entwicklung dieser Verbindungen waren die sowjetisch-äthiopischen Gipfelverhandlungen im Oktober und November d. J. in Moskau. In der gemeinsamen Erklärung, die Leonid Breshnew und Mengistu Haile Mariam unterzeichneten, wird die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf allen Gebieten hoch eingeschätzt und die Entschlossenheit bekundet, sie noch mehr zu erweitern. Bei der Erörterung der Weltlage verwiesen die Seiten auf ihre Verschlechterung als Folge der imperialistischen Politik, vor allem der Politik der herrschenden USA-Kreise. Sie verurteilten die fieberhaften militärischen Aktivitäten des Imperialismus und die Schaffung von US-Militärstützpunkten am Roten Meer, im Indischen Ozean und am Persischen Golf; wie sie betonten, schafft das eine ernste Gefahr für den Frieden und die Völkersicherheit.

Auch die Ansichten beider Staaten über die aktuellen Probleme Afrikas stimmen überein. Sie äußerten sich für eine Atmosphäre der gegenseitigen Verständigung und guten Nachbarschaft am Horn von Afrika, wozu alle dortigen Staaten die territoriale Integrität, die Unantastbarkeit der Grenzen respektieren und auf Gebietsansprüche verzichten sollen. Die UdSSR würdigte die von Äthiopien verfolgte Politik der guten Nachbarschaft und ihre positiven Resultate.

In der Tat strebt Äthiopien im Einklang mit seinem friedlichen Kurs danach, zu seinen unmittelbaren Nachbarn Beziehungen zu unterhalten, die auf gegenseitiger Verständigung, Nichteinmischung und einer für alle Seiten nützlichen Zusammenarbeit beruhen. Auch auf diesem Gebiet hat es Bedeutendes erreicht.

Ein Beispiel wären seine Beziehungen zu Kenia.

Trotz der unterschiedlichen sozialen und politischen Systeme sind beide Länder bestrebt, gute Nachbarschaft untereinander zu pflegen. Erfolgreich arbeiten sie in Wirtschaft, Technik, Handel, Straßenbau und Fremdenverkehr zusammen. Die Zusammenarbeit wird von einem bilateralen Konsultativausschuß auf Ministerebene koordiniert. Beide Staaten erklärten sich bereit, der Expansionspolitik jedes Landes und jeder Gruppe von Ländern entgegenzutreten. Das ist eine ernste Warnung an die Adresse Somalias, das ganz offen Gebietsansprüche an seine Nachbarländer stellt.

Mit der VDR Jemen ist Äthiopien nicht nur durch die territoriale Nähe, sondern auch durch die gemeinsamen Ziele — das Streben nach dem Aufbau der neuen Gesellschaft — vereint. Der Kampf gegen alle Formen von Hegemonismus und Expansion, für die Umwandlung des Roten Meeres und des Indischen Ozeans in Friedenszonen, die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten am Roten Meer: Diese Prinzipien liegen dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem Sozialistischen Äthiopien und der VDRJ zugrunde. Beide Staaten sind über die militärischen Vorbereitungen des Pentagon in ihrer Region besorgt. Angesichts dieser Gefahr tun sie alles, um die politische und militärische Zusammenarbeit zu entwikkeln. Ihr Zusammenwirken in der Wirtschaft, vor allem in der Landwirtschaft, nimmt zu. Diese beiden Länder geben ein Beispiel der afro-arabischen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens.

Die Beziehungen Äthiopiens zum benachbarten Sudan haben sich verbessert. Anläßlich des Besuchs Mengistu Haile Mariams in Khartum im Mai d. J. schrieb die Äthiopische Nachrichtenagentur: „Die Entstehung neuer Beziehungen zwischen beiden Ländern versetzt den Kräften einen schweren Schlag, die aus verschiedenen Gründen eine Atmosphäre von Mißtrauen und Feindseligkeit zwischen den Völkern und Regierungen von Äthiopien und Sudan herbeizuführen suchten." Der Besuch trug dazu bei, Beziehungen zwischen den Ländern herzustellen, die auf der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen und der Nichteinmischung fußen.

Die Reise Mengistu Haile Mariams nach Khartum gipfelte in der Übereinkunft, Fragen der gemeinsamen Nil-Bewirtschaftung und der Teilnahme beider Länder am Bau einer Transostafrikanischen Bahn sowie der weiteren Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Handel zu prüfen. Nach dem Besuch kehrten Flüchtlinge, die die Heimat unter dem Einfluß der Lügenpropaganda mehrerer der äthiopischen Revolution feindlich gegenüberstehender Gruppierungen verlassen hatten, aus Sudan nach Äthiopien zurück. Neue Formen nehmen die Verbindungen zwischen Eritrea und Kassala, Grenzprovinzen Äthiopiens und Sudans, an.

Die Kontakte Äthiopiens zur Republik Djibouti, einem der jüngsten afrikanischen Staaten, erweitern sich. Deren Streben, das internationale Parkett zu betreten und sich ihrerseits für die politische Stabilität in Afrika einzusetzen, findet bei der äthiopischen Führung Verständnis und Unterstützung. Als im vorigen Sommer der Außenminister Djiboutis, Moumin Bahdon Farah, in Addis Abeba zu einem Besuch war, sprachen sich beide Regierungen für die Festigung des Friedens und der guten Nachbarschaft am Horn von Afrika, für die Entwicklung der Zu-

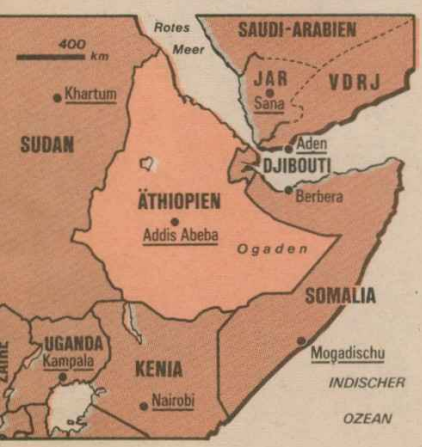
sammenarbeit zum Wohl ihrer Völker aus. Sie verurteilten die Komplotte der imperialistischen Kreise gegen die unabhängigen Staaten des Kontinents. Die Führung Djiboutis äußerte sich anerkennend über die Rolle Äthiopiens als Verfechter der gerechten, für alle Beteiligten nützlichen Beziehungen zwischen den Staaten.

Äthiopien unterhält also gute Beziehungen zu all seinen Nachbarstaaten mit Ausnahme Somalias. Dessen Führer setzten sich, vom Nationalismus benebelt, das wahnwitzige Ziel, durch gewaltsame Annexion von Territorien der Nachbarstaaten ein „Großsomalia" zu schaffen. Es stört sie nicht, daß sie dadurch die Organisation der Afrikanischen Einheit herausfordern: Diese verlangt von ihren Mitgliedstaaten die Respektierung der Grenzen, wie sie in Afrika bei der Entkolonialisierung entstanden sind.

Im Mai und Juni d. J. wurde Ogaden im Osten Äthiopiens einem bewaffneten Überfall somalischer Soldaten und Offiziere, insgesamt mehrerer Tausend Mann, ausgesetzt. Im Herbst drangen somalische Truppen in die äthiopische Grenzprovinz Bale ein. Kein Tag, an dem kleine bewaffnete Banden, welche Somalia in Ogaden einschleust, nicht die äthiopische Grenze verletzt hätten. Mogadischu nennt solche Diversionen gewissenlos einen „Befreiungskampf der Partisanen".

Aber jeder Angriff der somalischen Expansionisten auf Ogaden wird von den Streitkräften Äthiopiens zurückgewiesen. Die Aggressoren werden geschlagen und fliehen.

Die Kehrseite des militanten Nationalismus ist Vernachlässigung der wahren nationalen Interessen. Somalia bestätigte diese Gesetzmäßigkeit, indem es den USA den Hafen Berbera für ihre Streitkräfte überließ. Dafür versprachen die USA Mogadischu 40 Mio Dollar für den Ankauf amerikanischer Waffen.



Wenn die USA einem Staat, der einen nichterklärten Krieg führt, Waffen überläßt, ist das nur als Ermunterung zur Aggression zu qualifizieren. Ein solches Urteil über das somalisch-amerikanische Abkommen wurde in den USA selbst ausgesprochen. Um nicht militärischer Hilfe für einen Aggressor beschuldigt zu werden, erklärte das Staatsdepartement, das Abkommen mit Mogadischu sei ein „stabilisierender Faktor" in der unruhigen Region des Horns von Afrika. Hierbei berief es sich auf das mündliche Versprechen der somalischen Führer, die erhaltenen USA-Waffen nicht gegen Äthiopien einzusetzen. Doch mit Recht schrieb die „New York Times", nachdem die Waffen erst in Somalia seien, werde Washington ihren Einsatz nicht mehr kontrollieren können.

Die Allianz Mogadischu-Washington nimmt eine immer festere Gestalt an. Ihr schließen sich auch Ägypten, das „Militärberater" nach Somalia entsendet, sowie China, das den somalischen Aggressoren ebenfalls Waffen in die Hand drückt, an.

Die Situation am Horn von Afrika wurde natürlich bei den erwähnten sowjetisch-äthiopischen Verhandlungen erörtert. In der gemeinsamen Erklärung heißt es dazu: „Die von der USA-Administration betriebene Anlegung von Militärstützpunkten in Somalia ist eine direkte und ernste Gefahr für Äthiopien sowie für den Frieden und die Sicherheit der Länder dieser Region." Die Verhandlungsteilnehmer verurteilten die Anlegung solcher Stützpunkte in diesem Raum und forderten zu ihrer baldigsten Liquidierung auf.

Viele Staaten sind über die Aktivitäten des Pentagon am Horn von Afrika beunruhigt. So erklärte die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, ihre Regierung teile die Besorgnis Äthiopiens über das Abkommen zwischen den USA und Somalia und sei der Meinung, daß die Entstehung neuer Militärstützpunkte im Indischen Ozean die Sicherheit aller Küstenstaaten bedrohe.

Die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Sozialistischen Ätiohpien, die in dem vor zwei Jahren unterzeichneten Vertrag verbrieft ist, bildet einen wichtigen Faktor des Friedens in Afrika und anderwärts. Die Festigung des Friedens in jedem Raum der Welt wirkt sich positiv auf das gesamte Weltklima aus. Deshalb ist der Gedanke erfreulich, daß unter den Staaten, deren Außenpolitik den Frieden festigt, auch das befreundete Äthiopien ist. ■

NZ KOMMENTAR

IN WIEN UND BRÜSSEL

Sieben Jahre laufen jetzt in Wien die Truppenabbaugespräche. Sieben Jahre!

Am 10. Juli d. J. ergriffen die sozialistischen Staaten ein weiteres Mal eine Initiative, die die Haltung der westlichen Länder berücksichtigt und eine reale Grundlage für die Ausarbeitung eines ersten Abkommens darstellt. Der Sommer ist vergangen, die westlichen Teilnehmer aber, die zunächst die üblichen Komplimente über die Kompromißvorschläge gemacht hatten, haben bislang nicht geantwortet. Doch die sozialistischen Länder denken nicht daran, über diese Hinhaltetaktik einfach hinwegzusehen. Am 13. November unterbreiteten sie neue Vorschläge, die ihre Initiative vom 10. Juli weiterentwickeln. Die westlichen Länder sind gegen Einzelbegrenzungen für die Truppenstärke der direkten Verhandlungsteilnehmer (Großbritannien, BRD, Belgien, Kanada, Niederlande, Luxemburg, DDR, Polen, ČSSR), außer der UdSSR und den USA. Infolgedessen erklärten sich die sozialistischen Staaten bereit, im Rahmen eines ersten Abkommens einer kollektiven „Einfrierung" der Truppenstärke der anderen direkten Teilnehmer, außer der UdSSR und den USA, für den Zeitraum zwischen der ersten und der zweiten Reduzierungsphase zuzustimmen. Auch der Vorschlag zu einem anderen Punkt stellt einen Kompromiß dar: ein Abkommen mit einer Laufzeit von drei Jahren zu schließen, was voll und ganz für eine Reduzierung der Truppen der UdSSR und der USA in der ersten Phase und für den Übergang zur zweiten Phase, den Abbau der Truppen auch der anderen direkten Teilnehmer, reichen würde.

Die westlichen Vertreter haben wie üblich auch diesmal ihr „Interesse" bekundet und versprochen, die Vorschläge zu „studieren". Doch das geschieht im Schneckentempo — was sich nicht über die Pläne sagen läßt, die dem NATO-Hauptquartier in Brüssel vorliegen, wo am 13. und 14. November die nukleare Planungsgruppe der NATO tagte. Unverzüglich machten sich die Verteidigungsminister daran, die im Sommer vom Weißen Haus bekanntgegebene Direktive Nr. 59 zu prüfen, die eiskalt mit dem Risiko eines Nuklearkrieges spielt. Ohne zu fackeln, gingen die Minister auch an die Vorbereitung für die Aufstellung der US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

Wer die neuen militaristischen Pläne in Brüssel durchsetzen will, ist wohl kaum daran interessiert, von diesen in Wien Abstriche vorzunehmen.

W. IWANOW



EINE HOCHGESPIELTE SITUATION UND IHRE REALITÄT

Pawel MESENZEW

Die ständige UNO-Vertretung der Demokratischen Republik Afghanistan verbreitete in New York ein Weißbuch des Außenministeriums der DRA. Es enthält Erklärungen und Verordnungen der Regierung dieser jungen Republik, Ansprachen und Interviews ihrer Staatsmänner und anderes Material, das Zeugnis von der aktiven friedlichen Außenpolitik des Landes, vom entschlossenen Kampf des afghanischen Volkes gegen die unaufhörliche grobe Einmischung der imperialistischen und der reaktionären Kräfte in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ablegt. Das Weißbuch ist eine gewichtige Anklageschrift gegen Washington, Peking und ihre Helfershelfer, die einen unerklärten Krieg gegen das friedliche Land entfesselten. Das Weißbuch verdeutlicht auch, wem und wozu die Versuche dienen, der jetzigen UNO-Tagung eine Debatte der „afghanischen Frage" aufzudrängen.

Die islamische Karte stach nicht

Aus den Dokumenten, und nicht nur aus ihnen, geht besonders die üble Rolle Pakistans bei der Unterstützung der Konterrevolution hervor. Pakistans Führung möchte die Sache so hinstellen, als trage sie keine Verantwortung für die bewaffnete Intervention gegen die DRA, als sei sie „nicht in der Lage, die Aktionen der Meuterer zu kontrollieren". Dagegen weiß jeder, daß gerade auf dem Territorium Pakistans Dutzende Lager und Stützpunkte vorhanden sind, wo die Bandengruppen bewaffnet und ausgebildet werden und von wo aus man sie einschleust. In der Auslandspresse wurde eine Episode nicht zur Kenntnis genommen, die von der wahren Haltung der pakistanischen Militärbehörden zu den antiafghanischen Söldnerbanden zeugt. Als die Bevölkerung der pakistanischen Provinz Belutschistan den dort herumstreuenden afghanischen Banden Widerstand leisten wollte, entsandten die Behörden Islamabads reguläre Truppen zu deren Unterstützung. In solchen Situationen sind die pakistanischen Machthaber also offenbar in der Lage, die Situation zu „kontrollieren" oder, anders ausgedrückt, die antiafghanischen Söldner vor dem Zorn des Volkes jenes Landes, in dem sie sich eingenistet haben, sorglich zu schützen.

Ein großer Teil der afghanischen konterrevolutionären Kräfte ist in der nordwestlichen Grenzprovinz Pakistans konzentriert. Fast alle diese Gruppierungen tragen gewöhnlich die Bezeichnung „islamisch" — „Islamische Partei Afghanistans", „Bewegung der islamischen Revolution" und ähnliche. Das geschieht zur Tarnung der imperialistischen Politik, die auf die Unterwanderung des nationalen Befreiungskampfes in der „mosleminischen Region" und darauf abzielt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dieser Region von der tatsächlichen Gefahr abzulenken. Man kennt ja das Liebäugeln der imperialistischen Kreise mit der mosleminischen Welt. Aber die Washingtoner Politik läßt verschiedene Haltungen gegenüber einigen Staaten, und zwar jenen, denen die Rolle des „Verbündeten der USA" zugedacht ist, oder genauer, eines Stützpunkts des Pentagons im mosleminischen Orient durchblicken. Worin besteht ihre Hauptfunktion? In der Organisierung konterrevolutionärer, volksfeindlicher Bewegungen, die als „Verteidigung" der mosleminischen Länder gegen die „kommunistische Gefahr" dargestellt werden. Hauptziel dieser Politik ist heute Afghanistan.

Die Moslems Afghanistans aber sprechen sich heute immer entschlossener für die legitime Regierung der DRA und deren Maßnahmen zum Schutz der friedlichen Bevölkerung gegen die Banditen aus. Viele Familien, die unter dem Einfluß der reaktionären Propaganda das Land verlassen hatten, kehren heim. Die Teilnehmer der ersten Konferenz von Repräsentanten der afghanischen Geistlichkeit im Oktober billigten die Tätigkeit der legitimen afghanischen Regierung und erklärten, sie entspräche voll und ganz den Normen der Scharia. „Der Islam in Afghanistan befindet sich tatsächlich in Gefahr, und das weiß jeder echte Moslem unseres Landes", schrieb im Oktober die „Haqiqateh Inqilabeh thawr" (Kabul). „Doch diese Gefahr geht vom Imperialismus und von seinen Söldnern aus." Inzwischen ist bereits klar, daß es den Feinden des revolutionären Afghanistan nicht gelungen ist, die „islamische Karte" auszuspielen, obwohl sie so viel Mühe investiert hatten. Aber sie ziehen andere gezinkte Karten aus dem Ärmel.

Angebliche Verschwörung

Vor der UNO-Debatte der „afghanischen Frage" hatte die reaktionäre Propaganda ihre Verleumdungskampagne verstärkt. Ihre Organisatoren scheuen vor den primitivsten Lügen hinsichtlich der inneren Situation in der DRA und der sowjetisch-afghanischen Zusammenarbeit nicht zurück. Während des offiziellen Freundschaftsbesuchs Babrak Karmals in der Sowjetunion wurde im Westen die Geschichte von einer angeblichen „Verschwörung in der Garnison von Kabul" fabriziert. Die Nachrichtenagentur Bakhtar qualifizierte diese Story als übles und gegen die afghanische Revolution gerichtetes Machwerk von UPI, Stimme Amerikas und BBC. Unmittelbar bezweckt wurde offenbar, nicht nur die innere Lage in der DRA zu mystifizieren, sondern auch den Besuch Karmals in der UdSSR und die sowjetisch-afghanische Freundschaft, gegen die die Verschwörer angeblich angetreten waren.

Doch auch diesmal wurde nichts aus der Verleumdung. Die Atmosphäre des guten gegenseitigen Verständnisses, die die sowjetisch-afghanischen Gipfelgespräche kennzeichnete, der triumphale Empfang Karmals bei seiner Heimkehr nach Kabul durch die Afghanen hinterließen einen tiefen Eindruck bei der Weltöffentlichkeit. Damit waren die zunehmende Solidarität der sowjetischen Menschen und des afghanischen Volkes erneut unter Beweis gestellt. Besondere Bedeutung mißt man dem natürlich in Asien bei. Der Besuch Babrak Karmals, so wird u. a. in UNI-DPA-Meldungen betont, trug

zur weiteren Festigung der sowjetisch-afghanischen Beziehungen auf der Basis des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5. Dezember 1978 bei.

Unwiderrufliche Veränderungen

In diesem Zusammenhang sollte man die Unwiderruflichkeit der im Mittleren Osten entstandenen neuen politischen Realitäten hervorheben. Manche möchten nämlich selbst die offensichtlichsten Tatsachen ignorieren. Erinnern wir an sie.

Mit dem Sieg der Aprilrevolution 1978 in Afghanistan entstand im Mittleren Osten ein neuer souveräner demokratischer Staat, der vollständig und für immer mit der imperialistischen Abhängigkeit Schluß gemacht und einen selbständigen Entwicklungsweg eingeschlagen hatte. Allein dieser Umstand — eine neue demokratische Republik in dieser Region, die zu den Fortschrittskräften in Asien stieß —, brachte Imperialismus und Reaktion in Wut.

Die zweite Etappe der Aprilrevolution nach dem Dezember 1979 zeigte der ganzen Welt, daß die junge Republik fest den Weg der sozialökonomischen Umgestaltungen zugunsten breiter Schichten des afghanischen Volkes beschritten hatte.

Diese Linie der neuen Regierung errang die Sympathien der Mehrheit der Bevölkerung und erreichte eine Stärkung der internationalen Position des Landes. Die konstruktiven Vorschläge der afghanischen Regierung vom 14. Mai zum Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen mit allen Nachbarländern, vor allem mit Pakistan und Iran, zeigten, daß die DRA die gute Nachbarschaft in der Region will. Diese Vorschläge wurden von der UdSSR begrüßt. Leonid Breshnew sagte dazu, der einzige Weg zur politischen Regelung der Lage um die DRA führe über die Beendigung der konterrevolutionären Intervention, über Abmachungen zwischen der Regierung Afghanistans und seinen Nachbarn — in erster Linie Pakistans.

Ein von allen benötigter Dialog

Die Notwendigkeit eines direkten Dialogs auf der Basis des realistischen Programms der DRA-Regierung wird von den verantwortungsbewußt denkenden Kreisen Pakistans und Irans immer mehr anerkannt, die für eine Normalisierung der Beziehungen zu Kabul eintreten. Das pakistanische Wochenblatt „Viewpoint" schrieb am 2. November, die in der Erklärung der afghanischen Regierung vom 14. Mai enthaltene Position, die später von der UdSSR begrüßt wurde, schaffe die Grundlage für Verhandlungen. Das Blatt betont, das übermäßige Aufbauschen der rund um Afghanistan geschaffenen Probleme diente nicht den Interessen des Landes. Eine andere pakistanische Zeitschrift, „Akhbar-e-Jehan", schrieb: „Nicht weniger wichtig für die Interessen Pakistans sind der Besuch Babrak Karmals, seine Gespräche mit Leonid Breshnew und die Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung der Sowjetunion und der DRA, aus der völlig eindeutig hervorgeht, daß die sowjetischen Truppen so lange nicht vom Territorium Afghanistans abgezogen werden, bis die Aggression von außen gegen dieses Land eingestellt wird... Für Pakistan wäre es gut, wenn es zwischen ihm und der Regierung Karmal zur Verständigung käme."

Diese Verständigung, der konstruktive Dialog sind jetzt besonders nötig, weil sich die Situation im Mittleren Osten wegen des irakisch-iranischen Konflikts und des Bemühens des US-Imperialismus, ihn auszunutzen, um den Völkern der Region die eigene Herrschaft aufzuzwingen, gefährlich kompliziert hat. In dieser Situation ist, um mit „Viewpoint" zu sprechen, das Aufbauschen der „afghanischen Frage" in der UNO nur darauf gerichtet, die Aufmerksamkeit dieser Völker von wahrhaft wichtigen Problemen abzulenken.

In seiner Botschaft anläßlich des 35. Gründungstages der UNO hat der Staats- und Regierungschef der DRA erneut unterstrichen, Afghanistan achte die UNO-Charta, setze sich fest und konsequent für Frieden und Sicherheit, für die internationale Entspannung und die nationalen Befreiungsbewegungen in deren Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus, Apartheid und Rassendiskriminierung ein. In der Botschaft heißt es, diese Politik der DRA entspräche voll und ganz den Aufgaben und Prinzipien der UNO-Charta, deren höchste Ziele der Wunsch nach Sicherung des Friedens und der Weltsicherheit, des Wohlergehens und der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenrechte, der Unabhängigkeit und der Souveränität der Nationen sind.

Diese Betrachtungsweise der Weltprobleme durch die Regierung der jungen Republik verdient Achtung und Unterstützung. Unterstützung auch seitens der nichtpaktgebundenen Länder, die sich in die antiafghanische Kampagne in der UNO haben hineinziehen lassen. Schließlich entspricht die Stärkung der DRA ihren eigenen Interessen, den Interessen aller Länder, die sich dem imperialistischen Druck entgegenstellen. ■

NZ KOMMENTAR

„REFERENDUM" DER MILITÄRS

In Uruguay wurde auf den 30. November ein Referendum über die Einführung einer „neuen Verfassung" angesetzt. Der Text der neuen Verfassung wurde von den Militärs ohne Konsultation mit den Parteien vorbereitet.

Bekanntlich hatte Ende Juni 1973 der damalige Präsident Bordaberry unter Beteiligung der Streitkräfte einen Staatsstreich verübt und eine reaktionäre Diktatur errichtet. In den sieben Jahren der Militärherrschaft kamen Hunderte uruguayische Patrioten in den Kerkern um oder wurden als „verschollen" gemeldet. Dem französischen „Figaro" zufolge mußten 600 000 Uruguayer (Gesamtbevölkerungszahl: 2,8 Millionen) das Land verlassen, gibt es 6000 politische Häftlinge.

Und nun soll die Verfassung einem Referendum vorgelegt werden. Die KP und die anderen Linksparteien werden dem Verfassungspapier nach auch weiterhin verboten bleiben. Alle in den sieben Jahren verabschiedeten volksfeindlichen Erlasse bleiben in Kraft. Ein nationaler Sicherheitsrat aus den Oberkommandierenden der Waffengattungen konstituiert sich und erhält die gleichen Vollmachten wie der gewählte Präsident. Die Militärs dürfen neun ihrer Vertreter in das neue Verfassungsgericht entsenden, das insbesondere Regierungsbeamte und sogar Parteipolitiker feuern darf.

Die Verfassung läßt die Streitkräfte als Hüter der „nationalen Sicherheit" agieren, d. h. sie dürfen ihre Willkürherrschaft weiter ausüben.

Die Ziele des Referendums, das mit einer freien Willensbekundung des Volkes nichts gemein hat, liegen auf der Hand. Die Reaktion will so die Diktatur durch eine Quasi-Verfassung und die Durchführung von Wahlen eines „gemeinsamen" Präsidenten aller bürgerlichen Parteien (1981) unter harter Kontrolle der Militärs verlängern. Kein Wunder, daß diese Farce trotz der Drohungen und der Demagogie ihrer Drahtzieher auf den Widerstand der Volksmassen stößt. Die KP Uruguays und die anderen progressiven Organisationen, denen sich selbst die bürgerlichen Parteien angeschlossen haben, rufen die Uruguayer auf, bei dem Referendum die Verfassung und folglich die Diktatur abzulehnen.

W. DOLGOW

OFFEN GESAGT NZ

WER WILL DEN FRIEDEN?

„Die Russen reden viel von Abrüstung. Wohl kaum ein Jahr vergeht, daß sie nicht irgendeine ausführliche Deklaration oder einen Friedensvorschlag vorlegen. Sie sind sich bewußt, und das ist offensichtlich — daß dies ein guter Boden für Propaganda ist", erklärte Großbritanniens Außenminister Lord Carrington. Ähnliche Gedanken entwickelte eine Woche früher bereits — welche Übereinstimmung! — US-Außenminister Edmund Muskie: „Würden die Vereinigten Staaten als Gegner einer Rüstungskontrolle dastehen, würde das unseren Gegnern einen unerhörten propagandistischen Vorteil bieten". Weiter gab der Außenminister zu, daß das Vertrauen zu den USA und ihre Stellung in der Welt als friedliebender Staat vom Schicksal des SALT II abhänge.

Es ist die Pflicht eines Staatsmanns, um Ruf und Ansehen seines Landes besorgt zu sein. Genauso offensichtlich ist, daß er auf die Weltöffentlichkeit Rücksicht nehmen muß. Sich ihr als Verfechter des Wettrüstens darzubieten wagen heute nur wenige.

Ich glaube nicht, daß die Weltöffentlichkeit etwas gegen die Sowjetunion hat, weil sie ständig an die Notwendigkeit einer realen Abrüstung erinnert. Wer dazu schweigt, bringt es willkürlich oder unwillkürlich dahin, daß die Kanonen reden. Aber Gespräche über die Abrüstung gefallen verständlicherweise denen nicht, die rüsten und denen, die das rechtfertigen.

Da sie von der Welt verurteilt werden und öffentlichen Widerstand in Amerika selbst zu spüren bekommen, wurden die einstigen „Falken" unruhig. Nein, sie haben die militaristischen Fließbänder nicht auf halbe Touren geschaltet, haben nicht auf die Kanonenbootdiplomatie verzichtet und ihre Kriegsschiffe nicht aus dem Persischen Golf abberufen. Sie haben die Präsidentendirektive 59 nicht zurückgenommen, die das Risiko des Nuklearkriegs erhöht. Sie lassen auch SALT II auf der langen Bank. Sie haben nur versucht, von der Schande loszukommen, die sie, nach Meinung des ehemaligen Labourchefs James Callaghan auf die Politik des Westens häuften, indem sie mit dem verstärkten Wettrüsten ein übles Beispiel boten... Sie handelten wie sie schon mehrmals gehandelt haben, wenn sie die drohende Isolierung im eigenen Land und in der Welt verspürten: sie haben ihren kriegerischen Ton gemildert und strapazieren häufiger ein friedliches Vokabular.

Die Sowjetunion hat es nicht nötig, sich der öffentlichen Stimmung anzupassen: Ihre Außenpolitik entspricht dieser Stimmung vollständig. Sie braucht nicht aus den einen oder anderen zeitbedingten Überlegungen nach dem Palmenzweig zu greifen. Er ist ein ständiges Attribut ihrer Politik. Die Sorge um Frieden und Sicherheit liegt allen weltpolitischen Aktionen der UdSSR zugrunde und ist eine beständige Größe in ihrer Politik.

„Ich möchte es so machen, daß die ganze Welt begreift, daß wir am meisten den Frieden wollen", erklärte der neugewählte US-Präsident Ronald Reagan. Ja, das muß die Welt erst noch begreifen, wenn man sie natürlich davon überzeugen und gewichtige Beweise vorlegen kann. James Carter ist das wohl nicht gelungen. Für die UdSSR bietet sich da keine Frage: Die Welt hat schon begriffen, daß Moskau am meisten den Frieden will und, was die Hauptsache ist, daß in Moskau Wort und Tat übereinstimmen.

Ja, die Russen, um zu den Worten Lord Carringtons zurückzukehren, reden viel von Abrüstung. Aber sie tun ja schließlich auch etwas dafür!

Moskau hat wie versprochen den einseitigen Abzug von 20 000 Militärangehörigen, 1000 Panzern und anderer Kriegstechnik aus Mitteleuropa abgeschlossen. Und das trotz der zugespitzten internationalen Situation, trotz der Gefahr einer noch stärkeren US-Militärpräsenz in Europa. Moskau hat wieder die Verteidigungsausgaben gesenkt. Und das trotz der starken Heraufsetzung des Militärhaushalts in den USA.

Wenn man das im Westen als „ungeheuren propagandistischen Vorteil" betrachtet, so gäbe die Sowjetunion gern etwas davon ab. Aber die Friedenspalme läßt sich nur mit realen Taten zur Entspannung verdienen, nicht jedoch mit einer Politik der Gewalt und des kalten Krieges, nicht mit Wettrüsten.

Wladlen KUSNEZOW

Am 10. November wählte die Parlamentsfraktion der britischen Labour Party Michael Foot zu ihrem neuen Parteichef. Im entscheidenden zweiten Wahlgang erhielt Foot die Mehrheit von 139 Stimmen vor seinem Rivalen Denis Healey — 129.

Die Wahl des neuen Parteichefs war durch den Rücktritt James Callaghans nötig geworden, der auf einer Pressekonferenz erklärt hatte, er sei schon im Mai 1979 rücktrittsbereit gewesen, d. h. nach dem Einbruch der Labours bei den damaligen Parlamentswahlen. Er entschied sich jedoch noch etwas auszuharren, um der Partei zu helfen, die schwierige Situation zu meistern. Callaghan betonte, sein jetziger Rücktritt sollte es seinem Nachfolger ermöglichen, genügend Zeit zur Stärkung der Labour Party vor den nächsten Wahlen zu gewinnen.

Verfassungsgemäß müßten die nächsten allgemeinen Wahlen in Großbritannien nicht später als Mai 1984 abgehalten werden. Premier Margaret Thatcher hat allerdings das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu einem für die regierende konservative Partei günstigen Zeitpunkt anzusetzen.

Die Wahl des neuen Labourchefs fand in einer Situation statt, in der sich der Kampf zwischen dem linken und dem rechten Parteiflügel hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik zugespitzt hatte. Callaghans Rücktritt war auch dadurch bedingt gewesen, daß die rechten Labourparlamentarier und Gewerkschaftsführer Druck auf ihn ausgeübt hatten. Sie beschuldigten ihn der Passivität und der mangelnden Härte gegen den linken Parteiflügel, dem es auf der Parteikonferenz Ende September/Anfang Oktober gelungen war, einige wichtige Entscheidungen durchzusetzen, darunter über den EG-Austritt Großbritanniens und den Verzicht auf Kernwaffen.

Die Rücktrittskampagne des rechten Flügels war von den Mitgliedern des Schattenkabinetts Owen und Rodgers sowie dem Mitglied des Landesexekutivkomitees der Partei Williams angeführt worden, die von der britischen Presse die „Dreierbande" getauft worden waren. Die Rechten hatten Callaghan praktisch das Ultimatum gestellt, sofern er nicht ehrenvoll zurücktrete, würden sie ihren eigenen Kandidaten für den Posten des Parteichefs aufstellen.

Callaghan gab am 15. Oktober auf einer Sitzung des Schattenkabinetts seinen Entschluß bekannt. Schon eine Stunde später erklärten die Mitglieder des Schattenkabinetts Healey und Silkin, sie bewürben sich um

WECHSEL BEI LABOURS

den Posten des Parteichefs. Am folgenden Tag schloß sich ihnen noch der Schatten-Außenminister Shore an.

Zunächst schien es, daß das Ringen zwischen diesen drei Kandidaten vor sich gehen werde, da Michael Foot vorerst auf eine Teilnahme an den Wahlen verzichtete. In der Partei jedoch fanden sich viele Befürworter seiner Kandidatur. So baten die Delegierten der in diesen Tagen laufenden Konferenzen der schottischen und der Londoner Parteiorganisationen Foot zu kandidieren. Er erhielt viele Briefe und Eingaben von Labourparlamentariern, Bezirksparteiorganisationen und Gewerkschaftsführern mit dem gleichen Wunsch. Am 20. Oktober gab er dann seine Zustimmung. Der wahre Grund, der Foot veranlaßte, seine Kandidatur anzumelden, war nach seinen eigenen Worten die Notwendigkeit, die Abrüstungsfrage in den Mittelpunkt der britischen Politik zu rücken.





Healey ist sauer, Foot erfreut über das Abstimmungsergebnis, lautete der Bildtext zu den Fotos der beiden Labourchef-Anwärter im „Morning Star".

Von der bürgerlichen Presse wurde Denis Healey als Repräsentant des rechten Flügels aktiv unterstützt. Alle Zeitungen, beginnend bei der Tante „Times" und endend beim Revolverblatt „Sun" trompeteten: Nur unter Healeys Führung könnten die Labours auf einen Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen hoffen.

Woher resultierte dieses rührende Interesse an einem künftigen Laboursieg? Sonst hatten doch die Massenmedien bei allen Parlamentswahlen unisono auf der Seite der Konservativen gestanden. Dennoch sangen die Fleet-Street-Blätter nicht umsonst Loblieder auf Healey. Hier eine Äußerung seines politischen Gegners Lord Thorneycroft, des Vorsitzenden der Konservativen, der sagte, Healey sei gegenwärtig sein Kandidat. Denis und die konservative Partei hätten viel Gemeinsames. Er sei ein großer Verfechter der Verteidigung. Er glaube nicht daran, daß das Land von den Gewerkschaften regiert werden müsse.

Während die bürgerliche Presse Healey auf alle Weise hochjubelte, machte sie die drei anderen Kandidaten mies: Shore wolle den britischen EG-Austritt, Silkin sei unerfahren und außerdem Vertreter des linken Flügels mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Besonders wurde gegen Michael Foot geschossen, der infolge seiner Beliebtheit in der Labour Party als Hauptrivale Healeys galt. Er wurde der Inkompetenz geziehen, die er auf seinen verschiedenen Ämtern an den Tag gelegt habe, sowie der mangelnden Härte gegenüber den Gewerkschaften (Pudel der Trade Union). Heftige Attacken lösten die mehrmaligen Erklärungen Foots aus, er sei für einen britischen Verzicht auf Kernwaffen und gegen die Stationierung von US-Flugkörpern auf britischem Boden.

Im ersten Wahlgang erhielt Healey 112 Stimmen, Foot 83, Silkin 38 und Shore 32. Gemäß dem Abstimmungsmodus wurden Silkin und Shore vor dem zweiten Wahlgang ausgesondert, da die Gesamtzahl der für sie abgegebenen Stimmen geringer als die des Vorkandidaten war. Beide ausgeschiedenen Kandidaten erklärten, sie würden im zweiten Wahlgang Michael Foot unterstützen. So erhielt dieser denn die absolute Stimmenmehrheit.

Der neue Parteiführer wurde 1913 in der Familie eines angesehenen Liberalen geboren. Nach Abschluß der Oxford-Universität wurde er Journalist und war Kommentator und Chefredakteur der Zeitungen „Tribune" und „Evening Standard". Selbst politische Gegner müssen anerkennen, daß Foot einer der besten Redner Großbritanniens und ein glänzender Journalist ist. Seit 1934 Mitglied der Labour Party, wurde er 1945 zum ersten Mal ins Parlament gewählt, wo er sich dem linken Parteiflügel anschloß. Bei der Organisierung des Feldzugs „Für nukleare Abrüstung" leistete er eine umfangreiche Arbeit und beteiligte sich mehrmals an den Ostermärschen.

1974—1976 war Foot Minister für Beschäftigungsfragen. 1976 wurde er zum stellvertretenden Parteichef gewählt.

Nach seiner Wahl äußerte Foot, er wolle sich hauptsächlich auf Fragen der Arbeitslosigkeit und der nuklearen Abrüstung konzentrieren, wolle aktiv gegen die reaktionäre Politik der konservativen Regierung nicht nur im, sondern auch außerhalb des Parlaments kämpfen. Ende November möchte er in Liverpool eine Massenkundgebung gegen die Arbeitslosigkeit leiten, die seinen Worten nach zum Bestandteil des Ringens um vorfristige Parlamentswahlen werden wird. Er sagte, wenn Margaret Thatcher die Politik fortsetzen wolle, durch die Hunderttausende ohne Arbeit sind, dann solle sie bereit sein, Wahlen anzusetzen, da sie kein Mandat dazu habe.

Foot äußerte die Hoffnung, die Labour Party werde einen guten Beitrag zur Beendigung des Wettrüstens und zur Abrüstung leisten. Er unterstrich erneut: Die Abrüstungsprobleme müßten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der britischen Öffentlichkeit stehen. Weiter sprach er sich für die Abrüstungsbeschlüsse der diesbezüglichen UNO-Sondertagung aus.

Die Wahl Foots zum Parteichef ist zweifellos der Beweis für einen merklichen Linksrutsch in der Partei. Jedoch haben die Rechtskräfte die Hoffnung nicht aufgegeben, sie könnten ein noch weiteres Abrutschen verhindern.

Die Rechten wollen bei den Ende November stattfindenden Wahlen ins Schattenkabinett möglichst viele eigene Vertreter lancieren. Ihrer Ansicht nach könnte damit die Realisierung der wichtigsten Beschlüsse, die auf der kürzlichen Parteikonferenz gefaßt worden waren, wesentlich gebremst, in einigen Fällen sogar blockiert werden.

Wird es dem linken Flügel gelingen, die erkämpfte Stellung zu halten? Die Ergebnisse des innerparteilichen Ringens werden von großer Bedeutung nicht nur für die Partei selbst, sondern auch für die politische Kräfteverteilung im ganzen Land sein.

W. PAWLOW
Eigenbericht

London, im November

EIN UNABDINGBARES BÜNDNIS

Wladimir LEONIDOW

Die gegenwärtige Weltentwicklung bestätigt immer wieder den Gedanken Lenins, daß es den Völkern des Ostens „bestimmt ist, im revolutionären Kampf, in der revolutionären Bewegung eine große Rolle zu spielen und diesen Kampf mit unserem Kampf gegen den internationalen Imperialismus zu vereinigen".

Ein harter Schlag für den Imperialismus war die Zerschlagung seines Kolonialsystems. Die günstigen Voraussetzungen dafür hatte der Weltsozialismus geschaffen. Man sollte unter anderem daran erinnern, daß gerade auf Initiative der Sowjetunion 1960 in der UNO die Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker verabschiedet wurde. Nach zwei Jahrzehnten ist die historische Bedeutung dieser Initiative besonders deutlich erkennbar.

Einen starken Beitrag zum Befreiungskampf der Völker leisten die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien der westlichen Industrieländer. Die Wirksamkeit dieses Beitrags ist unmittelbar mit dem prinzipiellen klassenmäßigen Kurs der Kommunisten innerhalb ihrer Länder verbunden. Ein überzeugendes Beispiel dafür bietet Portugal, wo der Sturz des faschistischen Regimes zur Schaffung der Voraussetzungen für eine baldige Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien beitrug.

Ein aufopferungsvoller Kampf für die nationale Befreiung und den sozialen Fortschritt wird von den Kommunisten der jungen Staaten geführt. Sie unterstützen die antiimperialistischen Schritte der Landesregierungen und wenden sich gleichzeitig gegen die Interessen der Werktätigen beeinträchtigende Maßnahmen. Die Ziele der Kommunisten sind untrennbar von den Wünschen der Volksmassen. Deshalb schwächen Versuche, die Kommunisten zu isolieren — um so mehr Kommunistenjagd und Repressalien gegen sie — die Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung angesichts der Reaktion und den Anschlägen des Imperialismus.

Die sich in den Entwicklungsländern vollziehenden Prozesse berühren das Schicksal von über der Hälfte der Erdbevölkerung. Diese Länder mit unterschiedlichsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, mit ungleichem Entwicklungsstand und unterschiedlichen nationalen Traditionen stellen eine riesige, veränderliche Welt dar. Doch die meisten jungen Staaten eint der Antiimperialismus, die Entschlossenheit, mit dem Kolonialerbe und dem Neokolonialismus, mit Rassismus und allen Erscheinungsformen nationaler Unterdrückung Schluß zu machen.

Ohne Beteiligung der neuen Staaten läßt sich heute kein einziges Weltproblem mehr lösen, gibt es keine zuverlässige Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit auf der Erde. Deshalb erlangen das gegenseitige Verständnis und die solidarischen Aktionen dieser Staaten mit allen antiimperialistischen Kräften außerordentliche Bedeutung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft der Menschheit.

Eine immer aktivere Rolle in der Entwicklungswelt und in den internationalen Beziehungen spielen die jungen, sozialistisch orientierten Staaten, die den Weg der Vorbereitung von Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus schon eingeschlagen haben oder ihn allmählich betreten. Im letzten Jahrzehnt hat sich der Kreis dieser Länder erweitert, was ein weiteres Mal die marxistische These bekräftigt, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab unausbleiblich ist.

Eben weil die sozialistische Orientierung ihre Vitalität beweist, wird sie besonders heftig vom Imperialismus angegriffen, der die fortschrittlichen Regierungen unterminieren will. Das sind sehr gefährliche Versuche. Man denke nur an das Hinüberwechseln solcher Länder wie Ägypten und Somalia ins reaktionäre Lager. Diversionen, Verschwörungen, ja selbst eindeutige Interventionen, das Spekulieren mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit der Rückständigkeit, das Anheizen von nationalen und Stammeszwisten — vor nichts schrecken die Imperialisten im Kampf gegen die Länder sozialistischer Orientierung zurück.

Selbstverständlich kann der Imperialismus bereits nicht mehr ungestraft agieren. Der real bestehende Sozialismus erlaubt den jungen Staaten einen wirksamen Widerstand gegen die Politik der imperialistischen Einmischung und Aggression, erlaubt ihnen die Nutzung der Erfahrungen beim Aufbau der neuen Gesellschaft, ermöglicht ihnen weitgehend Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen, zur modernsten Technik und Technologie. Zwischen den sozialistisch orientierten Ländern und den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft bestehen Beziehungen, die auf der Gemeinsamkeit der Interessen und Ziele basieren. Es sind Beziehungen der Solidarität und gegenseitigen Hilfe, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit.

Das Vorhandensein günstiger äußerer Voraussetzungen ist an und für sich nicht automatisch schon ein Erfolgsgarant. In seinem Referat auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz in Berlin im Oktober sagte Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, daß es zur Bewahrung und Konsolidierung der fortschrittlichen Regierungen, wie die Geschichte lehre, wichtig sei:

eine revolutionäre Partei zu besitzen, die die Gesellschaft führt und auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus handelt;

die demokratischen Machtorgane von oben bis unten zu stärken;

Partei- und Staatskader auszubilden und zu erziehen, die den werktätigen Massen und der Sache des Sozialismus ergeben sind;

die nationalen Streitkräfte zu stärken, die die Errungenschaften des Volkes schützen können;

die Verbindungen von Partei und Staat zu den Massen ständig zu erweitern, die Werktätigen zur Lenkung der gesellschaftlichen Angelegenheiten heranzuziehen;

eine richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, die die Selbständigkeit des Landes stärkt, die Hebung des Produktionsniveaus und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung gewährleistet;

die Kontakte zu den Ländern des Sozialismus, den treuesten und zuverlässigsten Freunden der unabhängigen, freiheitliebenden Staaten, auszubauen...

Deutlich sind die revolutionären Veränderungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Völker Vietnams, Laos' und Kampucheas haben mit Unterstützung der Fortschrittskräfte die Aggressoren und die innere Reaktion besiegt. Erstarkt sind die Volksregierungen in Angola, Moçambique, Äthiopien und in der VDRJ. Die Revolutionen in Afghanistan, Iran und Nikaragua haben die Bollwerke des Despotismus zerstört. Der

Rassismus in Simbabwe ist nicht mehr, der Befreiungskampf in der RSA und Namibia, die antifaschistische Bewegung in El Salvador, Bolivien, Chile und Südkorea gewinnen an Stärke.

In dem entschlossenen Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für Frieden und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit spielt die Bewegung der Nichtpaktgebundenen als eine starke Kraft, die besonders nach der Gipfelkonferenz in Havanna 1979 ihre Positionen ausbauen konnte, eine immer wichtigere Rolle.

Entgegen den Prognosen bürgerlicher Ideologen dehnt sich gleichzeitig der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern aus. Angeführt von den Kommunisten drängen die Werktätigen auf ihre Lebensrechte, auf die Erweiterung der demokratischen Freiheiten, auf Frieden und Abrüstung. Die Arbeiterklasse wird immer eindeutiger zur einenden Kraft des ganzen Volkes.

Der Imperialismus ist, in dem Bemühen, den revolutionären Prozeß zu stoppen und seinen Herrschaftsbereich und die Ausbeutung beizubehalten sowie die verlorenen Positionen zurückzugewinnen, Anfang der 80er Jahre zu einer großangelegten Gegenoffensive übergegangen.

Die neokolonialistische Strategie des Imperialismus bildet ebenfalls eine ernst zu nehmende Gefahr für die jungen Staaten und die nationale Befreiungsbewegung.

Am verzweigtesten und raffiniertesten ist das System des Neokolonialismus im wirtschaftlichen Bereich. Hauptschlagkraft sind hier die Multis. Das belegt der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KP Sri Lankas Pieter Keuneman: Unter den hundert stärksten „Wirtschaftseinheiten" der Welt von heute sind 48 transnationale Gesellschaften, fast genau soviel, wie es junge Nationalstaaten (52) gibt.

In der Jagd nach billigen Arbeitskräften verlagern die Multis die arbeitsaufwendigste Produktion sowie besonders umweltverschmutzende Produktionszweige in junge Staaten. Dabei herrscht in den kapitalistischen Industrieländern große Arbeitslosigkeit. Die Bekämpfung der Multis ist für die nationale Befreiungsbewegung ebenso notwendig wie für die Arbeiterklasse der westlichen Länder.

Die jungen Staaten widersetzen sich aktiv der wirtschaftlichen Unterwerfung. Dieser Kampf aber wäre völlig ungleich, besäßen sie nicht die ständige Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse, vor allem der sozialistischen Länder. Sie helfen den Entwicklungsstaaten bei der Errichtung der Schlüsselzweige der Volkswirtschaft, bei der Nutzung der Naturressourcen, der Planung und Ausbildung von Kadern.

> „Wir leben in einer Epoche grundlegender sozialer Wandlungen. Nach wie vor erstarken und erweitern sich die Positionen des Sozialismus. Die Siege der nationalen Befreiungsbewegung eröffnen den Ländern, die ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, neue Horizonte. Der Klassenkampf der Werktätigen gegen das Joch der Monopole, gegen die Ausbeuterordnung wird immer stärker. Die revolutionär-demokratische, antiimperialistische Bewegung nimmt immer größere Ausmaße an. All das bedeutet in seiner Gesamtheit ein Fortschreiten des revolutionären Weltprozesses."
>
> **Aus dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag der KPdSU**

Die Völker der Entwicklungsländer werden sich immer stärker bewußt, wie verlogen die Thesen vom „reichen Norden" und „armen Süden", von der „gleichen Verantwortung" für ihre elende Situation sind, die die sozialistischen Länder, die mit der kolonialen Ausbeutung überhaupt nichts zu tun haben, gemeinsam mit den ehemaligen Mutterländern tragen müßten. All das wird von der imperialistischen und von der Pekinger Propaganda benutzt, die Entwicklungsländer vom Weltsozialismus zu isolieren und sie sich zu unterwerfen.

Die aggressiven neokolonialistischen Umtriebe, die Mobilisierung der weltweiten Reaktion gegen die Befreiungsbewegung machen den Zusammenschluß des Weltsozialismus, der nationalen Befreiungskräfte und der internationalen Arbeiterklasse immer dringlicher. Mit der Erringung der vorrangigen Ziele der nationalen Befreiung verliert die Wechselwirkung der drei Hauptströme des revolutionären Prozesses keineswegs ihre bisherige Bedeutung. Auch die Behauptung, dem Zusammenschluß stünden die spezifischen Staatsinteressen der sozialistischen und der Entwicklungsländer im Wege, ist unhaltbar.

In der heutigen komplizierten Situation wird eine solche Wechselwirkung um so notwendiger, als die Imperialisten gemeinsam mit den Pekinger Hegemonisten einen Frontalangriff auf die internationale Entspannung starten. Sie heizen das Wettrüsten an, um so eine militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erringen. Gleichzeitig entfesselten sie eine gemeine antisowjetische Propagandakampagne, um die Öffentlichkeit, darunter auch die der Entwicklungsländer, zu desinformieren.

Unter dem Deckmantel der These von der angeblichen sowjetischen militärischen Bedrohung verstärkt der Imperialismus seine militärische Präsenz in den verschiedenen Welträumen, die er ohne jegliche Berechtigung zum Bereich seiner „lebenswichtigen Interessen" erklärt. Vor allem sind dies der Indische Ozean und der Persische Golf, die sich in der Zone der nationalen Befreiungsbewegung befinden. So wird eine ganz reale und nicht mystische Gefahr für die Errungenschaften der jungen Staaten, für ihre Souveränität und ihr Recht auf Selbstbestimmung geschaffen.

Die Militarisierung der Entwicklungsländer, ihr Hineinlavieren in bewaffnete Konflikte von der Art des iranisch-irakischen sind zu einer Besonderheit der imperialistischen Taktik von heute geworden. Damit sollen die jungen Staaten im imperialistischen Einflußbereich gehalten werden. Gleichzeitig damit baut der Imperialismus sein Stützpunktsystem rund um die Sowjetunion aus, verstärkt den Rüstungswettlauf und zieht zu Verteidigungszwecken bedeutende materialle Ressourcen ab, die dem Wohl der Völker, darunter dem Wohl der Entwicklungsländer, dienen könnten. Schließlich höhlen die riesigen Militärausgaben die Wirtschaft der kapitalistischen Staaten selbst aus und sind die Ursache für die Zunahme von Krisen, Inflation und erhöhten Steuerbelastungen.

Aus dem Gesagten geht eindeutig hervor: der Kampf gegen die Kriegsgefahr, die die Völker weiter mit einer Massenvernichtung bedroht, ist das wichtigste Kettenglied in der Aktionseinheit der antiimperialistischen Kräfte.

Trotz der Kompliziertheit der Lage, die durch Schuld des Imperialismus in der Welt entstanden ist, bestehen, wie auf dem Juni-Plenum (1980) des ZK der KPdSU gesagt wurde, große und reale Möglichkeiten, es nicht zu einem kalten und um so weniger zu einem heißen Krieg kommen zu lassen, die friedliche Koexistenz zu sichern, die Entspannung als dominierende Tendenz in der Weltpolitik zu erhalten. ■

CHEMISCHE ENTEN

„Die Sowjets haben Afghanistan mit chemischen Giftstoffen überzogen" — wie viele Zeilen wurden da geschunden, wie viele Lügen gingen in den Äther, wie viele Anklagen von gewissen Politikern erhoben! Und Beweise? Warum auch? Verfährt ja die Propaganda und die Maschinerie der psychologischen Kriegführung im Westen nach dem Prinzip, daß es eben die Wahrheit sein muß, wenn es von den meisten Massenmedien verkündet wird.

Die Zeitschrift „Counter Spy" (USA) suchte der Wahrheit auf den Grund zu gehen. „Bislang kamen Berichte von einem Einsatz chemischer Waffen in den Landgebieten Afghanistans ausschließlich von afghanischen Emigranten in Pakistan", schrieb die Zeitschrift. „Sie vermochten dafür keinerlei überzeugende Beweise vorzulegen..."

„Anders als die Emigranten will die afghanische Regierung sehr sorgfältig Fakten präsentieren, daß die ‚Aufständischen' chemische US-Waffen einsetzen...", fuhr das Blatt fort. „Die afghanischen Behörden sind bereit, Experten aus einem beliebigen Land zu ermöglichen, die gefundenen Muster chemischer Waffen amerikanischer Produktion zu studieren und zu ermitteln, wie diese in die Hände der Konterrevolutionäre gelangt sind."

„Zweifelsohne könnte eine solche Untersuchung die US-Regierung in eine sehr heikle Lage bringen, und, um jeglichen Hinweis auf eine Beteiligung der USA an dem Krieg auszuschließen, kann man erwarten, daß in der Gerüchteküche immer neue Verleumdungen aufgebracht werden, ‚die Sowjetunion führe einen chemischen Krieg in Afghanistan'", schrieben die Journalisten des „Counter Spy" abschließend.

Was nun wird mit dieser psychologischen Diversion vor allem bezweckt? Auf diese Frage antwortete die Zeitschrift so: „Erstens diskreditieren die wiederholten Meldungen von einer Kriegführung unter Einsatz chemischer Waffen die afghanische Regierung und ermöglichen es, mit Leichtigkeit der Sowjetunion die Schuld zuzuschieben... Zweitens macht man von solchen Beschuldigungen gegen die UdSSR verstärkt Gebrauch, um eine Vergrößerung des chemischen US-Kriegführungspotentials zu erreichen."

A. SEMJONOW



ANGST ALS GESCHÄFT

„Einwohner anderer Planeten, Chinesen, Kommunisten, blutrünstige Rebellen. Ein Teil der amerikanischen Bevölkerung, terrorisiert von diesen Gespenstern, trainiert, um im totalen Chaos zu überleben." Das schrieb die italienische Zeitschrift „Panorama" zu diesem Bild.

Die Opfer der von Presse, Rundfunk und Fernsehen kultivierten Massenpsychose bringen Panzerplatten an Fenst Türen an. Festung werden errichtet, len aufgestellt. M sich Phosphorbon Fernzünder zu. U jung und alt, le Schießen — stehe zend, liegend, mi Karabiner und P sten.

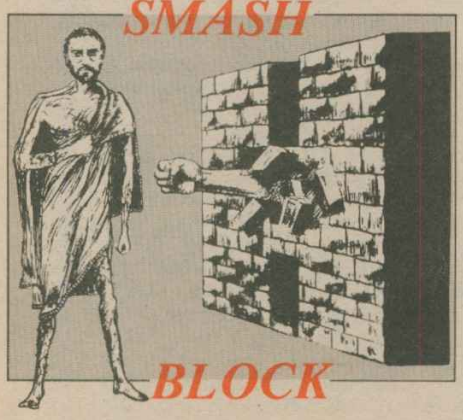
Die Apokalyp anbrechen, die St amerikanischen u haupt der ganze

PFERDESTÄRKEN UND MENSCHENLEBEN

Die Kinder sind die Zukunft eines Landes — eine Binsenwahrheit, die in der BRD jedoch nicht von allen verstanden wird —, besonders gilt das für die motorisierten Zeitgenossen.

Das Bulletin „Jugendpresse" meldet, daß alljährlich auf bundesdeutschen Straßen mehr als 2000 Kinder umkommen und 60 000 verletzt werden, 30 000 schwer. Die BRD hält den traurigen Weltrekord bei der Zahl der Verkehrsunfälle mit Kindern. Die „Jugendpresse" verweist auf den Mangel an Spielplätzen in Wohnvierteln, auf das Fehlen eines durchdachten Verkehrsunterrichts an den Schulen. Und nicht zuletzt, konstatiert das Bulletin bitter, sind auch wir daran schuld, daß wir „die Pferdestärken mehr achten als Menschenleben".

Bundesdeutsche Kinder, die in ein Krankenhaus kommen, sind bisweilen schlimmen Torturen ausgesetzt — immer wieder werden Fälle bekannt, daß sie als Versuchskaninchen eingesetzt werden. Der „Stern" berichtete über derartige Praktiken von



GANZ „NORMAL"

„Die H-Blöcke beseitigen", ruft dieses Plakat auf, das nordirische Bürgerrechtskämpfer an unsere Redaktion geschickt haben. In die H-Blocks, finstere Zellen des KZ Long Kesh, werden nordirische Patrioten geworfen, die sich gegen die gewaltsame Unterdrückung durch London wenden. Nicht das erste Jahr kämpfen sie dort für den Status politischer Häftlinge — doch die britische Justitia tut sie als gewöhnliche Kriminelle ab. Der Wille der Häftlinge soll durch Brutalität, Erniedrigungen und Schläge gebrochen werden.

Nicht weniger bitter ist das Schicksal der Insassen des Frauengefängnisses Armagh. Die Bürgerrechtlerinnen wurden oft unter falschen Anschuldigungen hierhergebracht — wie Pauline McLunghlin. Sie bekam nach einem von ihr unterzeichneten Geständnis eine Haftstrafe, obwohl sie weder lesen noch schreiben kann. Die Frauen von Armagh werden ständig eingeschüchtert. Bekannt sind auch Fälle, da sie von männlichen Aufsehern verprügelt wurden.

In London, wo man mit theatralischen Gesten auf angebliche Menschenrechtsverletzungen in fernen Ländern reagiert, gilt das Schicksal der Insassen der H-Blocks als „normal".

W. KSENIN

chen Zivilisation werden zusammenbrechen. Und folglich muß man das Überleben lernen. Tonnen von Lebensmitteln werden angekauft. Für alle Fälle übt man mit Fangnetzen und -eisen, mit Pfeil und Bogen. Die stillen und längst vergessenen Freuden der Arbeit an der häuslichen Webbank, in einer Windmühle werden wieder entdeckt. Den „Survivalists", den „Überlebens"fanatikern, kann man nicht so leicht beikommen.

Die hochgepeitschten Ängste ernähern einen ganzen Industriezweig. Der Umsatz allein der Survival incorp. erreicht 1 Mio Dollar jährlich. Wenn das keine Goldgrube ist?...

L. MAKAREWITSCH

Simon, Oberarzt und Leiter des gischen Labors der Kinderklinik ler Universität. „...Neugeborene, Kleinkinder und Schulkinder nerhalb weniger Stunden bis zu ereinander zur Ader oder Kapil- en, wenn Blut für Medikamenten- benötigt wurde. Die kleinen Pa- ßten hochwirksame Testpräparate schlucken, wenn die eigentliche fast beendet war." Und das ge- türlich ohne elterliches Einver- All das tut Prof. Simon weniger nische Forschungszwecke als viel- der Profite von Arzneimittelkon- len, insbesondere des Münchner Dohme, der sich an den Expe- des „Vampirs von Kiel" gesund-

nnte meinen, es sei eine beson- ntwortungsvolle Aufgabe, Kin- g herzustellen — wenn man in derartigen Produkten nicht ... gende Stoffe gefunden hätte, wie eit" berichtete. Doch die Erzeu- und die derartiges duldenden Stellen beharren darauf, alle Be- der Kindernahrung seien absolut h. Es wird munter weiterprodu- gefährliche Erzeugnisse gelangen ndel. Und dabei sahnen die Bos- ab.

J. JERSCHOW

AFL/CIA

In Washington, in der 16. Straße Nr. 815, steht gegenüber dem Weißen Haus ein modernes Gebäude, das Hauptquartier des Gewerkschaftsdachverbandes — AFL/CIO, häufig bezeichnet als Marmorpalast. Eigentlich sollte dieses Gebäude näher beim CIA-Hauptquartier Langley stehen. Doch die Entfernung ist da kein Hindernis. Die Gewerkschaftsbosse und die sie beschützenden CIA-Agenten verstehen sich hervorragend.

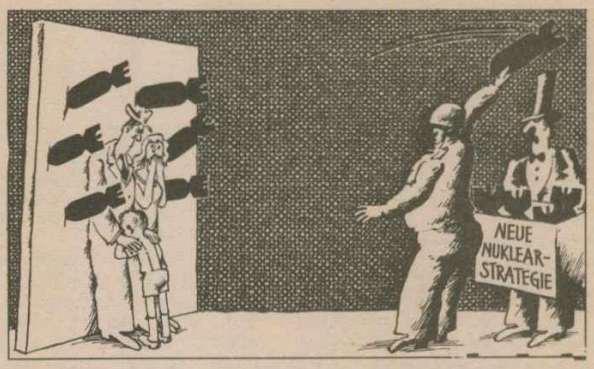
Jay Lovestone, viele Jahre Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen der AFL/CIO, hat dem „Nouvel Observateur" zufolge nie geleugnet, Geld von der CIA erhalten und es verteilt zu haben. Gegen eine enge Zusammenarbeit mit den Spionageprofis hatte er absolut nichts.

Lovestone und Co. werden auch von der jetzigen CIA-Führung nicht weniger geschätzt. Der Abteilung für internationale Verbindungen der AFL/CIO unterstehen vier Filialen — in Europa, Lateinamerika, Afrika und Asien. Und überall kämpft man fanatisch nach den Anweisungen aus Langley gegen die „Roten". Besagte Abteilung kontrolliert die Verbindungen des Personals der US-Botschaften im Ausland zum CIA-„Gewerkschaftssektor."

In den letzten Jahren sind die Kontakte zwischen der Abteilung für internationale Verbindungen der AFL/CIO und der Abteilung für internationale Organisationen der CIA enger geworden. William Colby, ehemals Chef der CIA, konstatiert lobend, daß die AFL/CIO, ohne Empfehlungen der Regierung abzuwarten, antikommunistische Kampagnen organisiert.

Präsident Carter sagte einmal aus Versehen „AFL/CIA" statt AFL/CIO. Jimmy hatte die Lacher dabei auf seiner Seite. Doch die Kenner der Materie lächelten nur gequält: Business as asual — was gibt es da eigentlich zu lachen?

I. GAPOTSCHKA



„Fürchtet euch nicht! Das ist doch nicht gefährlich."
Zeichnung N. Stscherbakow

FÜR ALLE FÄLLE



Dieser Flugzeugfriedhof der U.S. Airforce liegt in einer Wüste Arizonas, unweit des Luftstützpunktes Davis Monthan. Nach dem zweiten Weltkrieg fanden Douglas-Maschinen, Superfortresses, Skyriders und viele andere „Veteranen" hier ihre letzte Ruhe. Doch „begraben" sind unter 4000 Maschinen auch recht moderne Modelle.

Jedes Flugzeug wird von einem Plastiküberzug geschützt, alle wichtigen Einzelteile werden getrenn' aufbewahrt.

Diese „Sorgfalt" hat ihre Gründe. In kürzester Frist kann ein „Flugzeuggrab" in einen Hangar unter offenem Himmel, in einen Flugplatz verwandelt werden. Der feste Boden ermöglicht selbst den schweren Donnervögeln Start und Landung. Schon einmal auf ihre alten Tage mußten die „Veteranen" eingesetzt werden — als Bomber während des Koreakrieges.

Um immer neue Maschinen schneller zu erhalten beeilt sich das Pentagon noch taugliche Flugzeuge abzuschreiben. Doch diese werden nicht gleich verschrottet. Für alle Fälle — die „Veteranen" können vielleicht doch noch einen „guten Dienst" leisten.

N. SHOLKWER

Fotos aus der „Welt" (BRD)



AUS ANGST ZUR LÜGE

Sinowi MIRSKI

Im Sommer erschien in der Presse vieler Länder ein Aufsatz des bekannten amerikanischen politischen Kommentators Robert Lasch über den sozialen Fortschritt und über die für und gegen ihn wirkenden Kräfte. Darin hieß es: „Jeder Präsident seit Truman hat die Doktrin der Eindämmung" (der „Eindämmung des Kommunismus", die sich gegen die UdSSR richtet) „mehr oder minder akzeptiert und befolgt, die bedeutet, daß die USA ein Feind der sozialen Revolution wo auch immer geworden sind." Und weiter: „Durch unsere Versuche, die historischen Kräfte sozialer Wandlungen zu unterdrücken, geraten wir automatisch auf die Seite der Verlierer. Wandlungen werden eintreten, Revolutionen kommen, und die alten herrschenden Klassen werden gestürzt werden, ob wir das nun wollen oder nicht."

1.

Im bürgerlichen Westen versucht man, über diese objektive historische Gesetzmäßigkeit, die durch den starken Impuls der Großen Oktoberrevolution intensiviert und ständig aufrechterhalten wird, selbst hinwegzusehen und andere hinwegzutäuschen. Der Imperialismus will die sozialen Revolutionen einzig und allein auf „kommunistische Umtriebe" zurückführen. Die imperialistischen Kreise geben ihren verbissenen Kampf gegen soziale Wandlungen und nationale Freiheitsbewegungen als einen Kampf gegen eine angeblich von der UdSSR ausgehende „Kriegsgefahr" aus, die dem kapitalistischen Westen drohe.

Der namhafte amerikanische Experte für weltpolitische Angelegenheiten Henry Steele Commager ist, ebenso wie viele nüchtern denkende andere Amerikaner sowie Westeuropäer, kategorisch gegen diese Auffassung von den globalen Problemen. Wie er unlängst in der „Los Angeles Times" schrieb, ist er fest davon überzeugt, daß die „Gefahr nicht von der Sowjetunion..., nicht von kommunistischen Verschwörungen ausgeht, sondern von einer ... Politik, die fast unwiderstehlich zu einem nuklearen Krieg tendiert. Wir sind bedroht von der Wahnvorstellung, daß die UdSSR unser Todfeind sei, der die USA vernichten wolle..., und von unserer Militärpolitik, die von dieser Vorstellung ausgeht. Dieses Hirngespinst entbehrte immer und entbehrt auch jetzt jeder Grundlage."

Dem kann man rückhaltlos zustimmen. Nur sei dazu gesagt, daß die falsche Vorstellung von der UdSSR als der Quelle einer ständigen Bedrohung des Westens kaum eine Wahnvorstellung, sondern eher eine Ausgeburt des Klassenhasses gegen die UdSSR und der panischen Angst des Imperialismus vor dem sozialen Fortschritt ist, dessen Bahnbrecher und Förderer die UdSSR war, ist und bleibt.

Das antisowjetische Hirngespinst, wie es Commager nennt, ist im Grunde genommen die Vorahnung, daß der Kapitalismus unweigerlich vom Sozialismus abgelöst werden wird. Sie verfolgt unablässig die Verteidiger des alten Systems und ist in ihrem Bewußtsein mit dem real bestehenden Sozialismus verbunden. Deshalb eben witterte der Präsident der USA selbst in Südkorea, dessen Werktätige im Sommer gegen das blutige Regime der US-Marionette aufbegehrten, einen „sowjetischen Einfluß" und eine „kommunistische Bedrohung". Die Imperialisten wollen ihre klassenmäßig bedingte Angst jedoch nicht eingestehen. Sie tarnen sie mit dem Lügenmärchen von einer von der Sowjetunion ausgehenden Kriegsgefahr, und das schon seit der Oktoberrevolution.

Rosa Luxemburg schrieb 1918: „Die russische Revolution hat plötzlich mit rauher Faust den durch das letzte halbe Jahrhundert des Parlamentarismus geschaffenen Modus vivendi zwischen Sozialismus und Kapitalismus zerstört und den Sozialismus aus einer harmlosen Phrase der Wahlagitation, der blauen Zukunftsferne zum blutig ernsten Problem der Gegenwart, des heutigen Tages gemacht... Dies alles freilich zunächst nur im Bewußtsein der herrschenden Klassen... Die russische Revolution hat in sämtlichen besitzenden Klassen sämtlicher Länder der Welt einen glühenden, schäumenden, zitternden Schreck und Haß gegen das drohende Gespenst der proletarischen Diktatur geweckt, wie er sich nur mit den Gefühlen der Pariser Bourgeoisie während der Junimetzelei und der Kommuneabschlachtung messen kann."

Wie richtig Rosa Luxemburgs Schlußfolgerung vom *Schreck der Weltbourgeoisie nicht vor der Streitmacht des Sozialismus, sondern vor seinem sozialen Vorbild* ist, das haben die Ereignisse und die Ausführungen vieler bürgerlicher Wissenschaftler bestätigt.

Nach dem Vorbild des russischen Proletariats nahmen die Werktätigen Westeuropas 1918 und 1919 den Kampf um ihre soziale Befreiung auf. In Deutschland kam es zur bürgerlich-demokratischen Revolution, in Ungarn und Bayern wurde die Rätemacht proklamiert. In der französischen Flotte kam es zur Meuterei. Eine machtvolle Streikbewegung ging über England, die USA, Frankreich, Italien und Japan hinweg. Die Volksmassen der Kolonien kamen in Bewegung. Die kommunistischen Parteien bildeten sich. Zwei Jahre nach der Oktoberrevolution bestanden sie schon in 13 Ländern. Der bürgerliche Historiker Th. von Laue (USA) schrieb, die revolutionären Geschehnisse in Rußland seien „der Herd eines weltweiten Zyklons, der, wie Lenin voraussah, ganz Europa und den Erdball erschütterte". Die Weltbourgeoisie war von Angst geschüttelt und von dem Wunsch erfaßt, den revolutionären „Zyklon" durch einen vernichtenden Schlag gegen seinen Herd — Sowjetrußland — zu ersticken. Der britische Historiker D. Fleming schrieb: „Der Krieg gegen den Bolschewismus schien dringend zu sein, und man hoffte sehr, ihn im Keim ersticken zu können, bevor er sich weiter ausbreitet."

An dem Tag — am 14. November 1917 —, an dem die „Iswestija" schrieb, daß Sowjetrußland den Ländern des Westens Frieden und Freundschaft anbiete, telegraphierte der französische Botschafter Noulans aus Petrograd nach Paris, im Einverständnis mit dem englischen Botschafter schlage er vor, „ein oder zwei Bataillone nach Petrograd zu verlegen", um die gestürzte Regierung Kerenski zu unterstützen. Zwei Wochen später faßte eine Pariser Alliiertenkonferenz schon konkrete Beschlüsse über die Vorbereitung der Intervention. Es folgten bekanntlich drei Feldzüge der Entente.

Im Januar 1980 erschien in den Londoner Buchhandlungen ein Buch von Andrew Rothstein, betitelt „Als Großbritannien in Sowjetrußland einfiel". Es beruht auf den unveröffentlichten Memoiren und dem Privatarchiv von Douglas Young, der 1918, unmittelbar vor der britischen Intervention im Norden Sowjetrußlands, englischer Konsul in Archangelsk war. Er hielt das militärische Eingreifen Englands für einen tragischen Fehler und versuchte, seine Regierung davon zu überzeugen. Man schenkte ihm aber kein Gehör, und so beschloß er, sich an die britische Öffentlichkeit zu wenden. Am 14. Dezember 1918 erschien ein Aufsatz von ihm in der Wochenschrift „Herald". Darin hieß es: „In London mißverstand man Ursachen und Bedeutung der Revolution in Rußland sowie die Ideale und Ziele der Sowjetregierung und hielt alle Tatsachen geheim, die den voreingenommenen Vorstellungen nicht entsprechen, mehr noch, man hat die Handlungsweise Sowjetrußlands falsch interpretiert und verunglimpft."

Die Angst vor der Revolution und ihrem Vorbild war und ist, wie wir

sehen, noch jetzt von der Angst vor der Wahrheit begleitet.

2.

Seit dem Entstehen des Sowjetstaates haben die imperialistischen Mächte einen regelrechten Krieg gegen ihn geführt, aber, wie es Churchill nannte, einen „unerklärten". Premierminister Lloyd George, der durch Erfahrung gewitzigt war und vor allem die Einstellung verschiedener Gesellschaftsschichten genau kannte, erklärte: „Wenn man britische Truppen offen nach Rußland schickt, dann würde die Armee meutern. Ebenso die amerikanischen Truppenteile in Sibirien sowie die kanadischen und die französischen Truppen."



Zeichnung: N. Stscherbakow

Dennoch konnten die Führer der Entente das Aufkommen und rasche Umsichgreifen der Antikriegs- und dann auch der prosowjetischen Stimmungen bei den Volksmassen und den Truppen nicht verhindern. Ende 1918 wurde ein französisches Expeditionskorps ohne Kriegserklärung und ohne Zustimmung des Parlaments gegen Sowjetrußland vorgeschickt. Das 58. Infanterieregiment weigerte sich aber schon im Januar 1919, die Stadt Tiraspol anzugreifen. Im März 1919 weigerten sich die Soldaten des 76. Infanterieregiments überhaupt, gegen Sowjetrußland zu kämpfen.

In der zweiten Aprilhälfte brach in dem französischen Geschwader, das in Sewastopol auf Reede lag, eine Meuterei aus. Sie begann auf dem Panzerkreuzer „France" und griff schnell auf alle anderen Schiffe über. Am 23. April verließ das Geschwader Sewastopol. Einige Hundert französische Soldaten und Matrosen blieben in Rußland und traten in die Rote Armee ein.

Inzwischen wurde in England die umfangreiche Bewegung unter der Parole „Hände weg von Sowjetrußland!" immer stärker. Die Gewerkschaften der Bergarbeiter, Eisenbahner und Verkehrsarbeiter erklärten, sie würden die Wirtschaft Englands lahmlegen, falls die Regierung die antisowjetische Intervention nicht einstelle. Am 9. November 1919 mußte Lloyd George die Zurücknahme des britischen Expeditionskorps aus Archangelsk und Murmansk ankündigen.

Lenin schenkte der Antikriegsbewegung der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern des Westens, ihrer Solidarität mit Sowjetrußland hohe Anerkennung. Auf einem Gesamtrussischen Kongreß der Transportarbeiter am 27. März 1921 fragte er, woher das russische Proletariat die moralische Kraft nehmen konnte, dreieinhalb Jahre durchzuhalten und zu siegen, und antwortete darauf so: „Die moralische Kraft des russischen Arbeiters lag darin, daß er die Hilfe, die Unterstützung, die ihm in diesem Kampf durch das Proletariat aller fortgeschrittenen Länder Europas zuteil wurde, kannte, fühlte und empfand."

Diese Worte deuten auf die ausnehmende Tragweite hin, die der moralisch-politische Faktor schon ganz zu Anfang des geschichtlichen Zweikampfs zwischen Sozialismus und Kapitalismus gewann. Wie Lenin betonte, konnte die Entente „nicht ihre ganze militärische Kraft gegen uns einsetzen... Die Arbeiter der fortgeschrittenen Länder bestimmen den Gang eines Krieges so sehr, daß gegen ihren Willen kein Krieg geführt werden kann, und letzten Endes haben sie den Krieg gegen uns durch passiven und halbpassiven Widerstand zum Scheitern gebracht." Die Entente verlor den „unerklärten" Krieg gegen Sowjetrußland zum großen Teil deshalb, weil sie den moralisch-politischen Faktor nicht auf ihrer Seite hatte. Die Hauptsache war, daß die Soldaten und die Volksmassen des Westens mit den russischen Arbeitern und Bauern fühlten und solidarisch waren, die mit dem Aufbau des neuen Lebens begonnen hatten. Dieses Mitfühlen war, wie Lenin schrieb, „die letzte, entscheidende Quelle, die entscheidende Ursache dafür..., daß alle gegen uns gerichteten Angriffe mit einem Fiasko endeten". Wie Maurice Thorez schrieb, begriffen selbst die rückständigsten Arbeiter Frankreichs, „daß in Rußland *ihre* Republik aufgebaut wurde, daß die Sache, für die die russischen Arbeiter so tapfer kämpfen und sterben, ihre Sache, die Sache der Werktätigen aller Länder ist." Die Bourgeoisie des Westens konnte den Völkern ihrer Länder nicht einleuchtend erklären, warum gegen die Bolschewiki, gegen Rußland gekämpft werden müsse, wo die Morgenröte eines neuen Tages erglühte. Die Bourgeoisie glaubte, falls es ihr gelänge, sie zum Erlöschen zu bringen, so würde der neue Tag noch lange nicht anbrechen und auf Erden noch lange der Kapitalismus herrschen. Sie wollte die Geschichte überlisten, und falls ihr das nicht gelänge, wollte sie sie mit Waffengewalt zur Umkehr zwingen. Das alles konnte sie aber nicht aussprechen. Sie konnte nicht gestehen, daß sie über alles das Vorbild des Staates fürchtete, in dem die Macht den Arbeitern und Bauern gehört.

Die Imperialisten hofften anfangs noch, das Land der Oktoberrevolution sei ein „geschichtliches Kuriosum", das von selbst ein Ende nehmen werde. Als sie aber später erkannten, daß die Sowjetmacht von dauerndem Bestand ist, verließen sie sich hauptsächlich darauf, sie mit Waffengewalt aus der Welt schaffen zu können. Als daraus nichts wurde, war die westliche Bourgeoisie tief betroffen, denn sie war ja gewöhnt, derartige Probleme nur mit Kanonen und MGs zu lösen. Aus dem Scheitern der antisowjetischen Intervention zogen die imperialistischen Kreise aber bald ihre Lehren. Nein, sie gaben den Gedanken nicht auf, das Sowjetland vernichten zu können, aber sie sahen ein, daß außer Waffen noch etwas anderes notwendig ist: eine lange und beharrliche Bearbeitung der Massen in antisowjetischem Sinne, damit sich bei einer neuen Kraftprobe die Geschichte mit den Feldzügen der Entente nicht wiederhole, mit denen die Massen nicht sympathisiert hatten.

Die imperialistische Bourgeoisie ging zu einer Politik langjährigen Betrugs über, sie gab die objektive geschichtliche Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus für eine ständige „militärische Bedrohung" der ganzen „westlichen Zivilisation" durch den Sowjetstaat und ihre eigenen egoistischen Interessen als letzte Ausbeuterklasse für die gesamtnationalen Interessen aus, die von den Sowjets und den Bolschewiki bedroht seien, noch dazu mit Waffengewalt.

3.

Leonid Breshnew sagte: „Der Imperialismus kann nicht auf Erfolg rechnen, wenn er seine wirklichen Ziele offen verkündet. Er ist genötigt, ein ganzes System ideologischer Mythen zu schaffen, die den wahren Sinn seiner Absichten verschleiern, die Wachsamkeit der Völker einlullen."

Das Lügenmärchen haben die russische Konterrevolution und ihre Inspiratoren im Westen gemeinsam aufgebracht. Eins der ersten „Fundamentalwerke" war die Monographie „Der Bolschewismus als internationale Gefahr" von Miljukow, die 1920 in London erschien. Ein Jahr vorher wurde in den USA als erste „Forschungszentrale" des Antisowjetismus Hoovers Institut für Probleme des Krieges, der Revolution und des Friedens gegründet.

Inzwischen lief die antisowjetische Propagandamaschine schon auf Hochtouren und schuf im Westen eine von Wut und Haß gegen die Sowjetmacht geschwängerte Atmosphäre, die durch Angst vor dieser Macht noch aufgeheizt wurde. Lenin nahm die mit regem Dazutun der Kerenskis, Miljukows, Denikins und Krasnows aufgezogene bürgerliche Propagandakampagne sehr ernst. In seinem Schlußwort auf dem X. Parteitag der KPR(B) am 16. März 1921 zitierte er viele Lügen der bürgerlichen Presse — angefangen vom Pariser „Matin" bis zum Londoner „Dai-

ly Chronicle" — über die Lage in Sowjetrußland und sagte, die bürgerliche Presse sei „der Feind, dem zwei Millionen russischer Emigranten aus den Kreisen der Gutsbesitzer und Kapitalisten im Ausland dienen, das ist die Armee der Bourgeoisie, die uns gegenübersteht... Und diese ganze Information der internationalen Presse, jener Presse, die über Hunderttausende Zeitungen verfügt und die ganze Welt mit Nachrichten versorgt, zeigt noch einmal, bis zu welchem Grad wir von Feinden umringt sind..."

Mit seinem Scharfblick erkannte Lenin in der antisowjetischen Kampagne der bürgerlichen Propagandisten viel mehr als die wütende Feindseligkeit des Klassenfeindes: „Die Universalität und Planmäßigkeit dieser Kampagne zeigt, daß irgendein breit angelegter Plan aller führenden Regierungen dahintersteckt."

Der Kern dieses Plans für eine antisowjetische Hirnwäsche im Westen war das Lügenmärchen von einer „sowjetischen militärischen Bedrohung", das damals „die rote Gefahr", „der rote Militarismus" und „die bolschewistische Bedrohung" genannt wurde. Sie beruhte vor allem auf vier verlogenen Thesen.

Mit der *ersten Lüge* spekulierte man auf die Parole der „linken Kommunisten" und Trotzkis von einem „revolutionären Krieg". Lenin und seine Kampfgefährten, hinter denen eine überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder stand, waren aber entschieden gegen die Losung der „linken Kommunisten". Als in den Sitzungen des ZK der SDAPR(B) vom 11. Januar und 17. Februar 1918 über den Brester Frieden diskutiert wurde, stimmten in der ersten Sitzung nur 2 gegen 11 ZK-Mitglieder für einen „revolutionären Krieg". In der zweiten Sitzung stimmte keiner dafür. Am 22. Februar 1918 brachte die „Prawda" schon den berühmten Appell des Rats der Volkskommissare „Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!", in dem es hieß:

„... In Durchführung des Auftrags der Kapitalisten aller Länder *will* der deutsche Militarismus *die russischen und ukrainischen Arbeiter und Bauern erdrosseln, den Boden den Gutsbesitzern, die Fabriken und Werke den Bankiers und die Macht der Monarchie zurückgeben.*"

Es begann die deutsche Intervention gegen Sowjetrußland bei einem Gezeter über eine „rote Gefahr" und einen „revolutionären Krieg".

Die *zweite Lüge* betraf einen „Export der Revolution". Den Bolschewiki wurde die Absicht unterstellt, den Sozialismus in den Ländern Westeuropas gewaltsam einzuführen. Die revolutionäre Gewalt gegen die Feinde der Sowjetmacht wurde von den bestallten Lügnern als „roter Totalitarismus", als Gewalt gegen alle und alles hingestellt. Diese gab es nicht und konnte es auch nicht geben. Auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) sagte Lenin über die Beschuldigung, daß die Revolution exportiert werde: „Schon behaupten die Scheidemänner von uns, wir wollten Deutschland erobern. Das ist natürlich lächerlich und unsinnig. Doch die Bourgeoisie hat ihre Interessen und ihre Presse, die das in Hunderten Millionen Exemplaren in die ganze Welt hinausschreit, und Wilson unterstützt das in seinem Interesse. Die Bolschewiki haben, so sagt man, eine große Armee und wollen auf dem Wege der Eroberung ihren Bolschewismus nach Deutschland verpflanzen."

Diesen Gedanken entwickelte Lenin weiter und betonte: „... wir sagen nach wie vor: ‚Der Sozialismus wirkt durch das Beispiel'. Die Gewalt ist wirksam gegenüber denjenigen, die ihre Herrschaft wieder aufrichten wollen. Damit ist aber auch die Bedeutung der Gewalt erschöpft, und weiter kommt es schon auf den Einfluß und auf das Beispiel an." Auf dem weltpolitischen Schauplatz behauptete sich die Sowjetmacht dank ihrem Vorbild und ihren Erfolgen beim sozialistischen Aufbau und nicht durch die „Kriegsdrohung" gegen den Kapitalismus und auch nicht dadurch, daß man dem Westen den Bolschewismus „aufzuoktroyieren" trachtete, nicht durch Richtlinien und Weisungen an die Revolutionäre anderer Länder. Nach Jahren schrieb der bekannte amerikanische Historiker und Diplomat George Kennan und stimmte damit Lenin faktisch zu: „Im Jahre 1919, als der revolutionäre Kommunismus in Europa die glänzendsten Erfolge der Nachkriegszeit hatte, beeinflußte Moskau die radikale sozialistische Bewegung Europas nur durch sein Vorbild und nicht durch Weisungen."

Die *dritte Lüge* war die Behauptung, daß ein ständiger und direkter Zusammenhang zwischen Revolution und Krieg bestehe und daß zur Revolution ein Krieg notwendig sei, weshalb Sowjetrußland nach der Oktoberrevolution Westeuropa bestimmt angreifen werde. Die Urheber dieser Lüge suchten vor den Völkern der kapitalistischen Länder den Friedensappell des revolutionären Rußland geheimzuhalten, das als sein Ideal die völlige Bannung aller Kriege verkündet hat. „Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt — das ist fürwahr unser Ideal." Das schrieb Lenin schon zwei Jahre vor der Oktoberrevolution, die er später den „ersten Sieg bei der Vernichtung der Kriege" nannte.

Die *vierte Lüge* sollte beweisen, daß der Kurs auf die friedliche Koexistenz nicht in der Natur des Sozialismus liege, sondern durch das Scheitern der Revolution im Westen veranlaßt sei, und daraus folgerte man einfach, daß er nur Konjunktursache und nicht von Dauer, dagegen der Kurs auf einen „revolutionären Krieg" etwas Bleibendes sei. Am 17. Juni 1920 erklärte Georgi Tschitscherin, der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, in einer Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees: „Wir bringen auf den Bajonetten weder unsere Ordnung noch unsere Macht... Unsere Politik ist eine Friedenspolitik. Unsere Losung ist und bleibt dieselbe: friedliche Koexistenz mit anderen Regierungen, wie sie auch immer sein mögen." Das war eine maßgebliche, offizielle Erklärung über die Friedenspolitik des Sowjetstaates.

Die Idee von der friedlichen Koexistenz mit den kapitalistischen Staaten erwuchs folgerichtig aus Lenins schon vor der Großen Oktoberrevolution formulierten Theorie, daß die sozialistische Revolution in einem einzelnen Land siegen kann. Die Sowjetmacht ging daran, sie zu verwirklichen, unabhängig vom Aufschwung oder Niedergang des revolutionären Prozesses im Westen. Schon zwischen März und Mai 1918 wurden auf Veranlassung Lenins eventuelle Handelsabkommen mit den USA, mit England und anderen kapitalistischen Ländern entworfen. Das hatte grundsätzliche Bedeutung, weil das Sowjetrußland gleich ins System der Weltwirtschaftsbeziehungen einschaltete.

Man weiß nicht erst heute, daß dem Lügenmärchen von einer „sowjetischen Kriegsdrohung" hanebüchene Verleumdungen über die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht zugrunde lagen. Das wußten und sagten viele schon damals. Im Januar 1920 brachte die Zeitschrift „New Republic" (USA) einen Aufsatz von Walter Lippmann und Charles Merz, „Die rote Hysterie", in dem es hieß: „Die ganze hysterische, endlose und vielfältige Intoleranz unserer Tage beruht auf der größten Lüge, der über Rußland. Es ist erlogen, daß sie" (die Werktätigen Rußlands) „keine Sowjetregierung wollten, sondern das, was ihnen die Generale der Alliierten" (der Entente) „und die monarchistischen Cliquen anboten... Es ist erlogen, daß sie ins friedliche Europa einfallen wollten. Es ist erlogen, daß Sowjetrußland keinen ehrenvollen Frieden mit Garantien anbot."

Die Lügen über Sowjetrußland gingen bekanntlich den Interventionen, Blockaden und Aggressionen voraus. Die klassenbedingte „Intoleranz" des Imperialismus dem Sozialismus gegenüber, deren Ausgeburt die Lüge von der „sowjetischen Kriegsdrohung" ist, konnte schließlich nur schwere Folgen haben, für die ja immer die Völker aufkommen müssen.

Vor dem zweiten Weltkrieg zeterte die Bourgeoisie jahrelang über eine „sowjetische Bedrohung", wollte aber nicht sehen und auch andere nicht sehen lassen, wie die wirkliche faschistische Bedrohung aufkam und überhandnahm. Die Geschichte hat ihr dafür eine große Rechnung präsentiert. Bezahlen mußten sie nicht nur die von der Naziaggression in Mitleidenschaft gezogenen Völker, sondern auch der Kapitalismus selbst, der durch die Niederwerfung des Nazismus und des japanischen Militarismus im Jahre 1945 auf der ganzen Erde an Boden verlor. Allerdings sind die Verluste des Imperialismus nicht zu ver-

gleichen mit der Tragödie von Millionen, auch derjenigen, die auf die antisowjetische Lüge hereinfielen, diese Lüge, die die Kriegsschrecken, die Gaskammern von Auschwitz und Dachau und die Zerstörung von Oradour und Coventry zur Folge hatte.

* * *

Das liegt Jahre zurück, aber noch jetzt wie vor 40, vor 60 Jahren zetern die Wortführer des Imperialismus über eine „sowjetische Kriegsdrohung". Mit dieser Lüge, dieser alten Waffe des Klassenhasses, der Unmenschlichkeit und des Krieges, bearbeitet man wieder die Hirne und Herzen, streut Lügen, Mißtrauen und Feindseligkeit gegen die UdSSR aus.

Prof. Gerhard Kade (BRD) schreibt in seinem Buch „Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der ‚Gefahr aus dem Osten'", wenn von den Ideen und Auffassungen der imperialistischen Länder die Rede sei, dann zeigte es sich, daß die einzige „Idee" des Imperialismus immer die Bedrohungslüge gewesen sei. Sie habe zur ideologischen Rechtfertigung der Intervention gegen das junge Sowjetrußland gedient und bei der ideologischen Vorbereitung des zweiten Weltkriegs durch den deutschen Faschismus eine Rolle gespielt. Sie sei die ideologische Grundlage des kalten Krieges gewesen. Jetzt sei sie ein Bestandteil der Hochrüstung und der ideologischen Vorbereitung eines neuen Kriegs des Imperialismus.

Jetzt, im 64. Jahr nach der Großen Oktoberrevolution, fürchten die imperialistischen Kreise nicht die „Kriegsdrohung" der UdSSR. Die Zeiten sind neu, die Angst ist die alte geblieben, ja die Angst vor dem immer stärkeren Einfluß des Landes der Oktoberrevolution auf das Weltgeschehen, auf den Kampf der Völker für ihre soziale und nationale Befreiung ist hundertmal so groß wie damals.

Die Revolution im Iran, die das Schahregime stürzte, die Revolution in Nikaragua, die die faschistische Diktatur Somozas zunichte machte, die Revolution in Portugal, die Revolutionen in Asien und Afrika wurden nicht von der UdSSR exportiert. Nur das Häuflein verbissenster Hetzer gegen die UdSSR konnten darin „die Hand Moskaus" erblicken. Zweifellos aber wären diese Revolutionen nicht möglich gewesen, gäbe es heute die UdSSR nicht, diese objektive Stütze einer beliebigen antiimperialistischen oder antifeudalen Aktion der Volksmassen, diese Grundlage des weltumspannenden revolutionären Prozesses und des sozialen Fortschritts. Schon mit ihrem bloßen Bestehen, mit ihrem sozialistischen und kommunistischen Aufbau, ihren Erfahrungen, Versuchen und Leistungen hilft die UdSSR den Werktätigen, zum entscheidenden Gefecht gegen Reaktion, Imperialismus und Faschismus anzutreten. So bringt die Große Oktoberrevolution schon das siebente Jahrzehnt die sozialistische Umgestaltung der Welt voran, und keine noch so große Lüge kann sie aufhalten. ■

BEWÄHRTE ZUSAMMENARBEIT

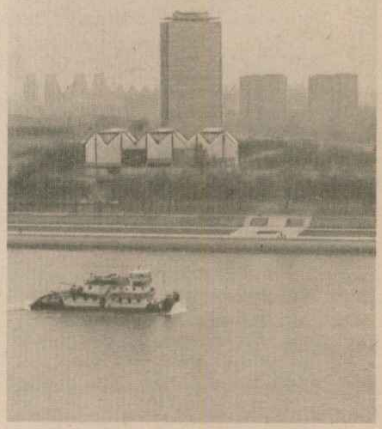
Juri GIRENKO

Die Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens einen Bande traditioneller Freundschaft. Diese Freundschaft erstarkte in vielen Jahrhunderten im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde. Sie wurde durch die Waffenbrüderschaft unserer Völker gegen den aggressiven Block der faschistischen Staaten im zweiten Weltkrieg gehärtet.

Die sowjetischen Menschen werden nie vergessen, daß die jugoslawischen Kommunisten, in Klassensolidarität mit dem ersten Land des Sozialismus, am Tag des Überfalls der hitlerfaschistischen Horden auf die UdSSR an die Werktätigen Jugoslawiens leidenschaftlich appellierten, zur Waffe zu greifen und mit allen Kräften den heldenhaften Kampf des Sowjetvolkes zu unterstützen. Die Völker Jugoslawiens, die selbstlos für die nationale und soziale Befreiung ihrer Heimat kämpften, sahen in ihrem Kampf zugleich einen Beitrag zur Verteidigung der Errungenschaften des Großen Oktober. Die Kommunisten Jugoslawiens, die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee, die viel für die gemeinsame Zerschlagung des Faschismus getan haben, begingen jeden Jahrestag des Großen Oktober mit neuen Heldentaten. „Euer Kampf, Genossen, hatte nicht nur nationale, sondern auch große internationale Bedeutung", betonte Leonid Breshnew.

Die 2. Tagung des Antifaschistischen Volksbefreiungsvječe (am 29. und 30. November 1943) faßte Beschlüsse von allergrößter Bedeutung für die Schaffung des sozialistischen Jugoslawien. In einer Grußbotschaft an das Sowjetvolk schrieben die Delegierten: „Wir wissen, daß der Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die faschistischen Barbaren, für Freiheit und eine bessere Zukunft hoffnungslos wäre, wenn er nicht Bestandteil des großen Befreiungskrieges der freiheitliebenden Menschheit wäre, an dessen Spitze die brüderliche und starke Sowjetunion mit ihrer unbesiegbaren Roten Armee steht."

Die historischen Beschlüsse dieser Tagung fanden von Anfang an ein positives Echo in der Sowjetunion, die die Volksbefreiungsbewegung Jugoslawiens allseitig unterstützte. Die Bruderarmeen der UdSSR und Jugoslawiens vereinten im September 1944 ihre Anstrengungen und befreiten Nordostjugoslawien und



Belgrad heute

Foto: A. Gorjatschew

am 20. Oktober die Hauptstadt Belgrad. Josip Broz Tito zollte der Befreiungsmission der sowjetischen Streitkräfte Tribut: „Wenn es die Sozialistische Oktoberrevolution, wenn es die Sowjetunion nicht gegeben hätte, die im Großen Vaterländischen Krieg die Hauptlast im Kampf gegen die faschistischen Horden getragen hat, wäre auch der Sieg der Revolution in Jugoslawien undenkbar gewesen, hätten sich sozialistische Umgestaltungen in vielen anderen Ländern Europas nicht vollzogen."

Der Sieg des Volksbefreiungskampfes und der sozialistischen Revolution in Jugoslawien liquidierte die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Die Gründungsskupština, die den Willen der Werktätigen repräsentierte, proklamierte am 29. November 1945 nach der endgültigen Zerschlagung der Monarchie die Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. Seit diesem denkwürdigen Tag, der alljährlich von den Völkern Jugoslawiens als Tag der Republik begangen wird, sind 35 Jahre vergangen. In diesen Jahren haben die Werktätigen des Landes große Erfolge beim sozialistischen Aufbau erzielt. Heute werden in Jugoslawien Maßnahmen ergriffen, um das Funktionieren des gesellschaftlich-politischen und des wirtschaftlichen Systems auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu verbessern sowie die Anstrengungen der

Werktätigen für die Stabilisierung der Volkswirtschaft, gegen Teuerung und Inflation und zur Überwindung der Beschäftigungsschwierigkeiten zu mobilisieren.

Mit dem Sieg der Volksmacht erlangte die sowjetisch-jugoslawische Freundschaft einen qualitativ neuen Inhalt. Zur dominierenden Tendenz in unseren Beziehungen wurden die gemeinsamen Grundlagen der Gesellschaftsordnung, die Einheit der Klasseninteressen und der Endziele, die ähnliche Haltung zu vielen internationalen Fragen, der gemeinsame Kampf für Frieden, gegen Imperialismus. Die Unterzeichnung der sowjetisch-jugoslawischen Belgrader Deklaration von 1955, die die Normalisierung der 1948—1953 gestörten sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen kennzeichnete, demonstrierte die beiderseitige Verantwortung unserer Parteien und Länder für das gemeinsame große Anliegen — die jahrhundertelange Freundschaft unserer Völker — die tiefe Sorge um ihre Bewahrung und Stärkung. „Aber wir wären keine Kommunisten, keine Internationalisten", betonte Leonid Breshnew, „wenn wir es nicht verstünden, uns über die Vergangenheit hinwegzusetzen und die weiten Horizonte unserer Zeit zu sehen, die Gemeinsamkeit unserer Grundinteressen, unsere Verantwortung im gemeinsamen Kampf für Frieden, Sozialismus und Kommunismus zu erkennen."

Die in der Belgrader Deklaration von 1955 sowie in der Erklärung und in der Deklaration von 1956 (Moskau) verankerten Prinzipien wurden in der Erklärung von 1971, die bei Leonid Breshnews Besuch in der SFRJ angenommen wurde, sowie in den gemeinsamen Dokumenten zu den Ergebnissen der Treffen und Gespräche von Leonid Breshnew und Josip Broz Tito (1972—1979) bekräftigt und weiterentwickelt. Diese Dokumente von großer politischer Bedeutung, die die reichen Erfahrungen der Beziehungen zwischen unseren Ländern und Parteien in sich aufnahmen, dienen deren weiterer allseitiger Entwicklung und Festigung. Sie stellen eine zuverlässige Grundlage für deren unaufhaltsamen Fortschritt in Gegenwart wie Zukunft dar. In den Mittelpunkt der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen wurde die Zusammenarbeit zwischen KPdSU und BdKJ als Hauptfaktor von grundlegender Bedeutung für die Konsolidierung der vielfältigen Beziehungen zwischen den Völkern unserer Länder gestellt. Besonders wurde die Aufgabe hervorgehoben, die Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen unseren beiden souveränen Parteien und Staaten zu festigen. Der Hauptakzent wurde auf jene Momente gelegt, die die Sowjetunion und Jugoslawien als Länder des gleichen Gesellschaftssystems vereinen. Trotz der unterschiedlichen Bewertung einiger außenpoltischer Fragen nannten beide Seiten als Fundament der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen, daß die UdSSR wie die SFRJ international für Frieden und Entspannung, für die Unabhängigkeit aller Länder und Völker, für den sozialen Fortschritt eintreten.

Was die bestehenden Unterschiede in den Formen des kommunistischen und sozialistischen Aufbaus angeht, die die Spezifik des historischen Weges und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung beider Länder zum Ausdruck bringen, dürfen nicht Grund für eine Entfremdung oder für Mißtrauen in den Beziehungen zwischen unseren Parteien und Ländern sein, und die bestehenden Methoden des Aufbaus des Sozialismus sollen einander nicht gegenübergestellt werden.

Diese Vereinbarungen zwischen Leonid Breshnew und Josip Broz Tito, die das aufrichtige Streben nach gegenseitigem Verständnis und Vertrauen, die Achtung vor den Erfahrungen des anderen, die strikte Respektierung der Prinzipien der Selbständigkeit und der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen in Verbindung mit einer internationalistischen Haltung, mit einer aufmerksamen Berücksichtigung der Lebensinteressen beider Länder voraussetzen, sind ein zuverlässiger Mechanismus, der der Regelung entstehender Probleme auf vernünftiger, kameradschaftlicher Grundlage dient und den erfolgreichen Vormarsch gewährleistet.

Die sowjetischen Menschen billigen von ganzem Herzen die erfolgreiche Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen und unterstützen einmütig den konsequenten, prinzipiellen Kurs unserer Partei auf die allseitige Festigung der Zusammenarbeit der KPdSU mit dem BdKJ, der UdSSR mit der SFRJ. Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung tun alles für die Festigung der brüderlichen sowjetisch-jugoslawischen Freundschaft auf der Grundlage der strikten Beachtung der gemeinsam auf höchster Ebene abgestimmten Prinzipien und Vereinbarungen. Die Treue zu diesem Kurs wurde erneut von Leonid Breshnew im Mai 1980 in seinem Gespräch mit der Führung Jugoslawiens in Belgrad bekräftigt. Wie Leonid Breshnew betonte, „möchte die sowjetische Führung, daß in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen stets eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens, Herzlichkeit und absolute Gleichberechtigung herrscht. Viele Jahre der Zusammenarbeit zeugen davon, daß die Völker Jugoslawiens in der Sowjetunion einen treuen und zuverlässigen Freund haben. Die sowjetischen Menschen wollten und wollen das brüderliche Jugoslawien stets als einheitliches, geschlossenes und prosperierendes Land sehen, das den Sozialismus erfolgreich aufbaut."

Ihrerseits hat die jugoslawische Führung die Zusammenarbeit in allen Bereichen auf Staats- wie auf Parteiebene hoch eingeschätzt und gleichfalls ihre Bereitschaft zur weiteren Festigung der Beziehungen Jugoslawiens—UdSSR, BdKJ—KPdSU bekundet. In einem Interview für das sowjetische Fernsehen am 3. Juni hob Cvijetin Mijatović, Vorsitzender des SFRJ-Präsidiums, besonders den großen persönlichen Beitrag Leonid Breshnews zur erfolgreichen Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit hervor und erklärte, daß diese Beziehungen gute Perspektiven haben, da alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, mit gemeinsamen Anstrengungen unter den Bedingungen des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Achtung auch in Zukunft die Zusammenarbeit unserer Länder und Parteien erfolgreich weiterzuentwickeln und zu bereichern.

Der jetzige Stand der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit wird durch die ständige Ausweitung und Vervollkommnung unserer Beziehungen in den verschiedenen Bereichen gekennzeichnet. Immer größere Dimensionen nehmen die beiderseits vorteilhaften Wirtschaftsverbindungen an. Entsprechend der Vereinbarung, die Leonid Breshnew und Josip Broz Tito 1977 erzielten, wurde ein Langzeitprogramm für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit für 1981—1990 unterzeichnet.

Das Leben zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die sowjetisch-jugoslawische Brüderlichkeit, die lange historische Traditionen, die Erinnerung an die Waffenbrüderschaft in den erbitterten Schlachten gegen den Faschismus und die internationalistische Solidarität im Kampf für die Ideale des Kommunismus gefestigt haben, voll und ganz den Grundinteressen der Völker der UdSSR und der SFRJ, den Interessen von Frieden und Sozialismus entspricht. ■

ÄGYPTEN IM DRUCK

Durch den dichten Vorhang der offiziellen Demagogie und des gespielten Optimismus dringen in die ägyptische Presse selten objektive Angaben, denen sich entnehmen läßt, wie stark der Einfluß ausländischer Banken und Konzerne geworden, wie stark Ägypten durch Auslandsschulden gebunden ist. Die im Finanzbereich entstandene Situation mußte jedoch die ernstliche Beunruhigung ägyptischer Wirtschaftsfachleute, demokratischer Kreise und der Öffentlichkeit auslösen. In den sieben Jahren der sogenannten Politik der offenen Tür sind die Auslandsschulden, nach Angaben der Nationalen (Linken) Fortschrittspartei, von 2,1 Md. Dollar auf fast 16 Md. gestiegen. Das bedeutet, daß jeder Ägypter, auch die Neugeborenen, ausländischen Kreditgebern fast 400 Dollar schuldet, d. h. eine Summe, die gut das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung übersteigt. Die Zeitung „Al-Shaab", Organ einer anderen Oppositionspartei — der Sozialistischen Partei der Arbeit —, veröffentlichte unlängst einen Artikel, in dem die 43 Auslandsbanken in Ägypten heftig kritisiert werden. Ein ausführlicher Artikel zum gleichen Thema, allerdings mit sehr gemäßigter Kritik, erschien auch in dem Wirtschaftsmagazin „Al-Iktisadi", das die offizielle Linie vertritt.

Die ägyptische Zentralbank hatte bereits 1976 Alarm geschlagen. In ihrem periodischen Rechenschaftsbericht hieß es damals: „Die Auslandsbanken haben sich, statt zum Mittelpunkt der Einführung von Devisen nach Ägypten zu werden, zum Mittelpunkt ihrer Ausfuhr gemacht..."

Seither sind vier Jahre verstrichen. Der letzte Rechenschaftsbericht der Zentralbank vom September 1979 zeigt überzeugend, wie begründet solche Befürchtungen sind. Bis zu diesem Zeitpunkt betrugen die ägyptischen Einlagen bei diesen Auslandsbanken 904 Mio ägyptische Pfund (davon 756 Mio Devisen). Dabei trat eine interessante Einzelheit zutage. Das Eigenkapital der Auslandsbanken betrug bis September 1979 auf einheimische Währung umgerechnet lediglich 77, 9 Millionen Pfund, also weniger als ein Zehntel. Die zur Entwicklung des Landes gebetenen Banken beschäftigten sich damit, die Ersparnisse der Ägypter selbst „einzufangen", einschließlich jener, die in anderen arabischen Ländern arbeiten. „Al-Iktisadi" schreibt, es sei den Auslandsbanken erstens gelungen, das beste Verwaltungspersonal, die besten Ökonomen und Buchhalter heranzuziehen. Zweitens sind sie, da sie modernste Rechentechnik einsetzen, äußerst konkurrenzfähig und spielen in Beweglichkeit, Zuverlässigkeit und Bedienungskultur die Landesbanken leicht an die Wand. Drittens ziehen es viele Angehörige der sogenannten parasitären Bourgeoisie in Ägypten, die riesige Mittel mit allen möglichen Machenschaften und Spekulationen angehäuft haben, vor, sie auf Konten von Auslandsbanken einzuzahlen wegen der üblichen Geheimhaltung.

Eine andere kennzeichnende Erscheinung: Die Investitionen dieser Banken außerhalb Ägyptens haben 782 Mio Pfund erreicht. Auf Kredite innerhalb des Landes kommt nur ein Viertel davon. Und was in Ägypten eingesetzt wird, geht obendrein hauptsächlich in die Finanzierung des Imports, nicht aber in den Bau von Industrieobjekten. Und zu einer Zeit, da Ägypten, seinem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Gamal al-Nazir zufolge, für Entwicklungszwecke mehr als 4 Milliarden ägyptische Pfund Investitionen jährlich benötigt.

Am Ende jedes Finanzjahrs können die Auslandsbanken dank der ihnen gewährten Vergünstigungen ihre gesamten Gewinne ungestört ins Ausland transferieren. Die ägyptische Verwaltung für Investitionen hält diese Gewinne nicht für gering — allein im laufenden Jahr sind es 250 Mio Pfund, also das Dreifache des Eigenkapitals. So werden dem Land die von der Wirtschaft dringend benötigten Gelder entzogen.

Die Lage der ägyptischen Zentralbank ist nicht beneidenswert. Infolge des Gesetzes über Auslandsinvestitionen hat sie nicht das Kontrollrecht über diese Banken, und so ist sie wohl einfach nicht in der Lage, zu verhindern, was „Al-Shaab" als „geordnete Beraubung des Landes" bezeichnet.

Man kann nicht behaupten, daß die ägyptischen Wirtschaftsfachleute nur passive Beobachter dieser „geordneten Beraubung" seien. Es gab z. B. den Vorschlag, die Auslandsbanken zu verpflichten, einen bestimmten Gewinnanteil in die nationale Wirtschaft zu investieren. Vor nicht langer Zeit erschien sogar eine Verordnung, der gemäß sie 15% ihrer Einlagen in konvertierbarer Währung in die ägyptische Zentralbank einzahlen sollten. Die ausländischen Finanzleute sabotieren das jedoch. Und die Antwort der ARÄ-Behörden darauf? So paradox das klingt, sie boten ihnen neue, recht wesentliche Vergünstigungen an. Die Verwaltung für Investitionen, die die Tätigkeit der Auslandsinvestitoren mit den Plänen der Regierung koordiniert, hat jetzt Vollmachten, die schon fast die von Ministerien übertreffen. In den Führungsorganen dieser Verwaltung erhielten die Auslandsinvestitoren nicht nur einen Sitz, sondern auch das Recht, selbständig Investitionspläne aufzustellen, d. h. eigentlich, die Strategie der Wirtschaftsentwicklung Ägyptens zu bestimmen.



Ob diese Einwohner der ägyptischen Hauptstadt wissen, daß jeder von ihnen mit mehr als einem Jahresgehalt an das Ausland verschuldet ist?

Foto: TASS

Demokratische Kreise der ARÄ beurteilen diesen Beschluß als weiteren Schritt zur finanziellen Unterwerfung des Landes. Sie verlangen eine vollständige Überprüfung des Status der örtlichen Zweigstellen von Auslandsbanken und ihre staatliche Kontrolle. Sie müßten in den Dienst der nationalen Interessen gestellt, und mit dem „Leben auf Kredit" solle Schluß gemacht werden. Noch ist es nicht zu spät. Aber die Geschichte lehrt, daß Ägypten nach der finanziellen Unterwerfung in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lange von ausländischen Kolonialherren heimgesucht wurde, von denen es sich erst mit der Julirevolution 1952 befreien konnte. Einer Revolution, der es auch darum ging, den Druck der Auslandskonzerne und des ausländischen Finanzkapitals zu beseitigen.

A. STEPANOW

ES GEHT UM DIE ZUKUNFT

Felix GORJUNOW

Bei den westlichen Science-Fiction-Schreibern ist es Mode geworden, eine finstere Zukunft der Zivilisation auszumalen. Die nukleare Apokalypse, der Untergang der Menschheit durch die Auszehrung der Ressourcen, durch die katastrophale Verschlechterung der Umwelt und „Weltallkriege" sind beliebte Themen auch für die Producer von Hollywood. Doch mit der Zeit wandelt sich die Mode. Und vielleicht werden die Sience-Fiction-Schreiber des 21. Jh. ihre Themen nicht einer nebligen Zukunft, sondern der Vergangenheit, unserem Heute, entnehmen. So könnten sie berichten, was mit Amerika geschehen wäre, wenn am 19. September in Arkansas nicht der Brennstoff, sondern der Nuklearsprengkopf der Titan-Rakete explodiert wäre...

Strafende Natur

Das Sujet ist ebenso realitätsnah wie die zahlreichen „Fehler" und „Zufälle" bei Massenvernichtungswaffen. Doch trotz allem sind nicht solche Zufälle (obgleich sich das in den letzten 30 Jahren in NATO-Ländern mehr als 130mal ereignete), sondern die Verantwortungslosigkeit der Politiker die eigentliche Bedrohung für unser aller Zukunft. Die Verantwortungslosigkeit jener, die durch Anheizung der internationalen Spannungen den Atomraketenwettlauf forcieren, jener, die weiterhin Nukleartests in der Atmosphäre vornehmen.

Über unserer Erde schwebt jetzt nach dem chinesischen Nukleartest eine radioaktive Wolke. Die Folgen weiterer chinesischer Atomtests für das Weltmeer und die Biosphäre der Erde wären ebenso wie die schweren Schäden eines „begrenzten" nuklearen Konfliktes für die Umwelt und für künftige Generationen einfach unabsehbar.

Die Zivilisation hat seit jeher Kahlschlag auf unserer Erde betrieben. Doch Hellas' kahle Hügel statt seiner rauschenden Wälder, Wüsten statt der fruchtbaren Böden Mesopotamiens sind nichts gegen das, was in Labors und Arsenalen der NATO für unsere Kinder und Kindeskinder bereitgehalten wird. Die radioaktiven Niederschläge nach der Explosion einer Neutronenbombe würden bis zu 6000 Jahren im Boden bleiben. Und erst die Cruise Missiles...

Denken die Schöpfer der Neutronenbombe, die „alle Sachwerte unberührt" läßt, eigentlich an ihre eigenen Kinder und Enkel? Haben jene, die chemische Waffen in Vietnam einsetzten, daran gedacht, daß sie auch in den USA Mißgeburten hervorrufen?

Ein Kind ohne Speiseröhre, ein kleines Mädchen, deren Hände an die Schultern angewachsen sind, ein Kleinkind mit 18 angeborenen Schäden wurden als Nachfahren von Amerikanern geboren, die an der Vietnamaggression teilnahmen. 11 Millionen Fliegerbomben, 217 Millionen Artilleriegeschosse, viele Tausende Tonnen chemischer Entlaubungsmittel wurden nicht nur gegen die Vietnamesen und ihr Land eingesetzt. Auch für das amerikanische Volk bedeuteten sie eine sinnlose Vergeudung materieller und intellektueller Ressourcen.

All das zeigt ein weiteres Mal die Bedeutung der internationalen Abkommen, die die Gefahren des Wettrüstens zurückgedrängt haben: das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (1963), das Verbot der militärischen Nutzung des Weltraums (1967), der Atomwaffensperrvertrag (1968), das Verbot der Stationierung von Kernwaffen auf dem Meeresboden (1971), das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer und chemischer Waffen (1972), das Verbot militärischer und sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt (1977).

Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen, wenn der Westen nicht Obstruktion betriebe. 1972 unterbreiteten die sozialistischen Staaten einen Konventionsentwurf für das vollständige Verbot und die Vernichtung der Arsenale chemischer Waffen, 1973 schlug die UdSSR vor, die Rüstungshaushalte der Großmächte zu kürzen und mit einem Teil der eingesparten Mittel den Entwicklungsländern zu helfen, 1975 unterbreitete sie den Abkommensentwurf für das Verbot der Entwicklung und der Produktion neuer Arten von Massenvernichtungswaffen.

Zu diesen humanen völkerrechtlichen Verpflichtungen und Abkommensentwürfen gehört auch der eindringliche Hinweis auf die historische Verantwortung der Staaten für die Erhaltung der Natur der Erde, für die heutige Generation und für künftige Generationen — ein besonderes Anliegen der Sowjetunion auf der 35. UNO-Vollversammlung.

Aktuelle Initiative

Die sowjetische Initiative ist die logische Fortführung des Programms von Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts, das die Helsinki-Konferenz 1975 angenommen hatte. Die UdSSR schlug da-

OHNE DER UMWELT ZU SCHADEN

Mittel und Wege zu finden, damit sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt in Harmonie mit der Umwelt entwickeln kann — das ist ein globales Problem des UNO-Umweltprogramms (UNEP), an dem die Sowjetunion aktiv teilnimmt. Im Rahmen dieses Programms werden Möglichkeiten für gemeinsame Umweltschutzvorhaben, für Betriebe der Chemie-, der Aluminium-, der Automobil- und der mikrobiologischen Industrie, Eisen- und Stahlindustrie sowie Buntmetallurgie erörtert.

Erster wichtiger Schritt zur Verwirklichung der UNEP-Vorhaben war ein internationales Seminar in Taschkent (Ende Oktober/Anfang November) für Europa. Vertreter von 18 Ländern Europas und Asiens sowie des UNO-Wirtschaftsausschusses für Europa erörterten einen im UNEP-Auftrag erstellten Report internationaler Experten, in dem die industrielle Einwirkung auf die Umwelt und Kriterien für die Standortplanung der Industrie unter Berücksichtigung von Naturschutzfaktoren dargelegt wurden.

Das Seminar fand nicht von ungefähr in der Sowjetunion statt: Viele Länder interessieren sich für die Erfahrungen eines sozialistischen Staates, dessen Planwirtschaft es ermöglicht, die Probleme der industriellen Entwicklung und des Naturschutzes in organischer Verbindung zu lösen. Die sowjetischen Vertreter berichteten in ihrem Report über die sowjetische Praxis, insbesondere über die Ausarbeitung und Verwirklichung komplexer Naturschutzprogramme nicht nur für Städte und große In-

mals vor, eine gesamteuropäische Konferenz für Umweltschutz auf hoher Ebene durchzuführen. Diese Konferenz fand dann 1979 statt. Dort wurden eine Konvention über Probleme des Übergreifens von Luftverschmutzungen über die Grenzen sowie eine Erklärung über Maßnahmen zur Einführung abfallarmer und -freier Produktionsverfahren und zur Nutzung der Abfälle unterzeichnet. Erstmals in der Geschichte des Völkerrechts wurden Dokumente verabschiedet, die die Staaten verpflichten, gegen die Verschmutzung der Luft auf dem am stärksten besiedelten und industriell entwickelten Kontinent anzugehen. Sie schaffen dafür nicht nur die rechtliche Grundlage, sondern auch die Basis für eine multilaterale sachliche Zusammenarbeit und bestimmen deren Richtung.

Die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit auf einem Kontinent und des Schutzes seines Umweltbereichs lassen die Verantwortung für die Erhaltung der Natur weltweit noch dringender werden. Und natürlich muß dies eine Aufgabe der UNO sein, die seit 1972 ein Umweltprogramm (UNEP) verwirklicht. Die Mitarbeit der UNEP bei der Ausarbeitung des Berichts des UNO-Generalsekretärs über den verhängnisvollen Einfluß des Wettrüstens auf die natürliche Umwelt wird es neben der Darlegung der Auffassungen der einzelnen Staaten ermöglichen, wie die Sowjetunion meint, diese Frage allseitig auf der kommenden 36. Vollversammlung zu erörtern.

dustriezentren, sondern für ganze Unionsrepubliken, für Regionen und Gebiete (auch übergreifend von zwei und mehr Unionsrepubliken).

Die gemeinsamen Umweltschutzvorhaben unter UNEP-Schirmherrschaft sehen insbesondere die Ausbildung von UNEP-Fachleuten, wirksame Hilfe für die Entwicklungsländer bei der Inangriffnahme von Umweltschutzvorhaben und der rationellen Nutzung der Ressourcen vor sowie den Austausch wissenschaftlich-technischer Informationen, die Einrichtung von Monitoring-Stationen (vorübergehende Ausklammerung von Gebieten aus der wirtschaftlichen Nutzung) u. a.

Gegenwärtig sind oder werden an die 30 internationale Kooperationspläne der UdSSR mit der UNEP, koordiniert vom UdSSR-Ausschuß für UNEP-Fragen, verwirklicht.

J. KNORRE

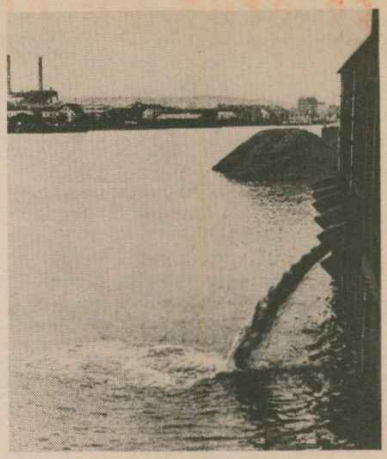
Andrej Gromyko legte der 35. UNO-Vollversammlung einen Resolutionsentwurf hierzu vor. Der UdSSR-Außenminister erläuterte in einem Brief an den UNO-Generalsekretär, daß die Sowjetunion für die weitere internationale Zusammenarbeit beim Schutz der Natur eintritt, damit ihre Reichtümer im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts rationell auf wissenschaftlicher Grundlage genutzt werden und der Mensch seine natürliche Umwelt bewahrt.

Diese Sorge für die Natur ist nicht nur für die Industriestaaten wichtig, in denen die ökologischen Veränderungen oft gefährliche Ausmaße angenommen haben, sondern auch für die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder, die gerade erst mit der Industrialisierung begonnen haben.

Unser Trinkwasser

Kann ein Dorfbrunnen zum Objekt der internationalen Politik werden? UNO-Experten haben errechnet, daß in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 1 Milliarde Menschen unter Magen- und Darminfektionen leiden, hervorgerufen durch Mangel oder Fehlen von Trinkwasser und verheerende hygienische Bedingungen. Daran sterben jedes Jahr 25 Millionen Menschen, täglich an die 16 000 Kinder. Die Trinkwasserfrage berührt mehr als ein Viertel der Menschheit. Aus diesem Anlaß proklamierte die 35. UNO-Vollversammlung am 10. November ein Jahrzehnt des Trinkwassers und der Hygiene (1981—1990): Durch internationale Zusammenarbeit soll die Wasserversorgung in den schwachentwickelten Ländern verbessert werden.

Die westliche Konzeption der „Befriedigung der Grundbedürfnisse" der Entwicklungsländer, der zufolge das Schwergewicht in diesem Jahrzehnt auf die ländliche Wasserversorgung, auf die Qualität des Trinkwassers gesetzt wird, ist abzulehnen. Steht ja für alle Staaten, selbst für die Industrieländer die Frage der Qualität wie der Quantität des Trinkwassers durchaus akut. Die Abwässerverseuchung des Süßwasserreservoirs — der Rhein macht das besonders deutlich — hat bedrohliche Ausmaße angenommen, und bereits jetzt sind internationale Normen zur Regelung der Abwasserfrage, zum Schutz und zur Verbesserung des Wassers, zur rationellen Nutzung und Erforschung des Wasserreservoirs notwendig geworden. Die akuten Probleme der Wasserversorgung und Hygiene in den Entwicklungsländern müssen komplex, in Verbindung mit sozialökonomischen Entwicklungsprogrammen angegangen werden. All das verlangt eine breite internationale Zusammenarbeit, bedeutende materiell-technische und finanzielle Ressourcen.



Der Rhein, der größte Strom Westeuropas, ist zu einer Industriekloake geworden.

Foto aus „World Health", der Zeitschrift der Weltgesundheitsorganisation

Nach Schätzungen des Londoner Internationalen Umwelt- und Entwicklungsinstituts ist es für den Erfolg des Jahrzehnts unumgänglich, daß die Ausgaben für die Hilfe an die Entwicklungsländer jährlich zumindest 25 Mio Dollar erreichen — das ist nur der 56. Teil der Gelder, die an einem einzigen Tag in der Welt für die Rüstung verpulvert werden. Und wieder hängt ein internationales Problem, dessen Lösung das Leben von hunderten Millionen Menschen erleichtern und das Leben ungezählter Kinder retten könnte, davon ab, daß Verantwortung für diese Zukunft gezeigt wird. Werden ja immer noch an den Spannungsherden der Erde keine Brunnen, sondern Schützengräben ausgehoben. An der Mündung des wasserreichen Schatt-al-arab wird Krieg geführt. Statt Bohranlagen für dürstende Nomaden kauft Mogadischu bei NATO-Ländern Waffen für Diversionsakte gegen Äthiopien in der Ogaden-Wüste an...

Die Natur, wie freigiebig sie sein mag, braucht in unserem nuklearen Zeitalter Schutz vor allem vor militärischen Abenteuern. Luft und Wasser, Land und Meer, Flora und Fauna können nur mit den gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten erhalten werden, nur dadurch, daß deren intellektuelle und finanzielle Ressourcen nicht der Rüstungsproduktion dienen, sondern schöpferische Großtaten für die Zukunft hervorbringen. ■

AKTIVIST? ENTLASSEN!

Jean-Claude lernte ich in der CGT-Sektion von Denain kennen. Diese Kleinstadt im industriellen Norden Frankreichs macht schwere Zeiten durch. Wegen der Krise der hier dominierenden Kohle- und Hüttenindustrie geht es bergab. Mein Gesprächspartner hatte noch Glück. Nachdem er vom USINOR-Werk gefeuert worden war, gelang es ihm, im kleinen Citec-Rohrreparaturbetrieb Arbeit zu finden.

Glück gehabt? Er mußte nicht nur Lohneinbußen hinnehmen. Die Arbeitsbedingungen im neuen Betrieb waren viel schlechter als zuvor. Die Vorarbeiter schlugen bei Citec sogar hin und wieder die Arbeiter. Und niemand schützte sie vor der Willkür — eine Gewerkschaftsgruppe (mindestens 11 Mitglieder) gab es nicht. Der „Arbeitgeber" aber wird einen, sobald er davon Wind bekommen hat, sofort entlassen, wie schon so oft.

Jean-Claude ging mit seinem jugendlichen Elan „heimlich" ans Werk — neun Monate lang zunächst allein, später mit neuen zuverlässigen Freunden. Anschließend informierten sie zunächst den Arbeitsinspektor und erst dann den „Arbeitgeber". Seitdem hat sich die Situation bei Citec geändert.

Jedesmal, wenn ich die großen Töne über die demokratischen Freiheiten in Frankreich höre, muß ich an Jean-Claudes Bericht denken. Das Koalitionsrecht gilt als ein Grundrecht der bürgerlichen Demokratie. Die Vorfahren meines Bekannten aus Denain hatten bereits vor 100 Jahren die ersten Arbeitervereinigungen gegründet. Er aber muß klammheimlich verfahren —, und Jean-Claudes Story ist kein Einzelfall.

...Léon Chailleux, Schmierer im Talbot-Autowerk von Poissy, wurde zum Chef gebeten. „Unterschreiben sie", sagte man ihm und reichte ihm eine dienstliche Mitteilung über „Bummelei". 22 Jahre hatte Léon in dem Betrieb gearbeitet. Fünf Jahre waren ihm noch bis zur Pensionierung geblieben. „Bummelei" war ihm nie vorgeworfen worden. Vergeblich suchte er sich möglicher „Sünden" zu erinnern. Doch Chailleux hatte sich nur dadurch „schuldig" gemacht, daß er sich als CGT-Kandidat bei den Gewerkschaftswahlen aufstellen ließ. Drei Wochen später wurde anhand dieser Mitteilung seine Entlassung eingeleitet. Wenige Tage später beging Chailleux Selbstmord.

In vielen französischen Betrieben herrscht eine bedrückende Atmosphäre. Im Peugeot-Werk von Sochaux sind Unterschriften- und Geldsammlungen und Petitionen verboten. In der Tricofil-Fabrik von Troyes dürfen die Werktätigen nicht an der Beerdigung von Gewerkschaftsaktivisten teilnehmen. In dem Peugeot-Zweigbetrieb von Dijon ist es den Arbeitern sogar untersagt, mit CGT-Aktivisten gemeinsam zu Mittag zu essen.

Der FKP-Menschenrechtsausschuß konstatierte, daß der Staat oft dem Privatsektor mit schlechtem Beispiel vorangeht. Die Kommunisten verweisen darauf, daß das Gesetz von 1977 der Betriebsleitung schärfere Repressalien gegen Streikende erlaubt. Im Juli v. J. wurde ein Erlaß verabschiedet, dem zufolge Streiks bei Rundfunk und Fernsehen gewaltsam abgebrochen werden können.

Und derartige Erlasse bleiben nicht auf dem Papier. Nach der machtvollen Protestbewegung, die kürzlich die französischen Flughäfen lähmte, verloren 1000 Mitarbeiter der Zivilluftfahrt ihre Prämie, 160 wurden für 8 bis 15 Tage von der Arbeit suspendiert, vier Mitarbeiter, u. a. drei CGT-Aktivisten, sogar für drei Monate, und vier Ingenieure, gleichfalls Aktivisten der CGT, wurden 500 km von ihrem Wohnort versetzt.

1979 wurden viele Gewerkschaftsaktivisten aus ähnlichen Gründen aus dem Pariser Verkehrswesen entlassen, wobei die Stadtverwaltung 5500 ungesetzliche Geldstrafen verhängte.

Zur Niederschlagung der Streikbewegung werden die Gerichte immer aktiver eingespannt. Selbst Juristen sprechen vom Klassencharakter der französischen Justiz, und die Gerichte erfüllen natürlich „ihre Pflicht".

Ein Gericht in Créteil bei Paris erklärte den Streik der Obermechaniker des Flughafens Orly für ungesetzlich. Die CGT-Sektion des Trailor-Betriebes in Luneville wurde zur Zahlung einer Streikentschädigung an nichtstreikende Arbeiter verurteilt. Das Appellationsgericht von Angers bekräftigte den Spruch einer tieferen Instanz, das die CGT-Sektion im Renault-Werk von Le Mans zur Zahlung von 6 Mio Franc an die Betriebsleitung verurteilte.

An die 40 Prozesse führen die Bosse jetzt gegen die CGT wegen der Streiks. Insgesamt kam es seit Jahresbeginn Pressemeldungen zufolge zu 104 Prozessen gegen Gewerkschaften oder deren Aktivisten.

Bereits viele Jahre werden in den französischen Großbetrieben Spezialakten über Arbeiter und Angestellte angelegt — insbesondere bei Peugeot, in vielen großen Warenhäusern, bei der Zeitung „Nice-Matin", im Forges-de-Gueugnon-Werk und in anderen Betrieben, obgleich derartige Praktiken ungesetzlich sind.

Diese Angaben werden u. a. durch Detektivbüros gesammelt. Im Auftrag der Bosse horchen Detektive Arbeiter oder Stellenbewerber aus.

Die Unternehmer erhalten per Post „Broschüren" mit Tips für die Bespitzelung. Die Kommunisten gelangten in den Besitz eines Rundschreibens vom 22. Januar 1969, das der Metallurgie- und Bergwerksverband (U.I.M.M.), eine der größten französischen Unternehmervereinigungen, verbreitet hatte.

Auf den 40 Seiten dieses Dokuments werden Disziplinarmaßnahmen gegen Streikende aufgeführt und vorgeschlagen, den Arbeitern per Unterschrift die Verpflichtung abzunehmen, „normal zu arbeiten", d. h. keine politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten zu entwickeln.

Doch ist das schon Vergangenheit? Hier ein aktuelleres Dokument, datiert vom 3. Mai 1977 und unterzeichnet mit Verband der Hüttenbetriebe (Pariser Sektion der U.I.M.M.). Dort wird darauf verwiesen, in welchen Publikationen „Maßnahmen gegen Gewerkschaftsaktivisten detailliert aufgeführt sind." So werden Disziplinarmaßnahmen gegen Aktivisten „empfohlen", die Personalversammlungen durchführen.

Das Bulletin der U.I.M.M. rät den Bossen, mit den Arbeitern und deren Vertretern nicht weiter zu fackeln. In Poissy demolierten gedungene Rowdys das CGT-Büro bei Talbot. In Vemars wurden schwerbewaffnete Schlägertrupps gegen Werktätige, die einen Betrieb übernommen hatten, eingesetzt. Im Departement Vaucluse schossen Gangster im Auftrag der Bosse der Trica-Fabrik auf Streikposten.

Hinzu kommen die von den Behörden gebilligten Polizeiüberfälle auf Betriebe, Einrichtungen und Werkstätten. Alljährlich werden Angaben des FKP-Menschenrechtskomitees zufolge 12 000 „Arbeitneh-

mer"vertreter und Gewerkschaftsaktivisten bestraft und entlassen.

Ebenso steht es um die Redefreiheit. In den Finanzinstituten von Arcueil, bei der Bank Crédit Lyonnais und beim Flughafen Roissy werden Kommunisten wegen Verbreitung der „Humanité" bestraft und in Roissy sogar gerichtlich belangt.

In Paris wurde der Chefredakteur der Zeitschrift „Afrique-Asie", Simon Malley, auf offener Straße verhaftet und unverzüglich unter Mordanschuldigung ausgewiesen. Malleys „Schuld" bestand darin, daß er konsequent für die Interessen der Entwicklungsländer eintrat... In Nordfrankreich stürmen Polizeitrupps ein Gewerkschaftsbüro und brechen ein Kirchenportal auf der Suche nach einem Rundfunksender auf, der den Einwohnern der Region von der schweren Lage der Werktätigen und vom Kampf der CGT berichtet... In Clermont-Ferrand zettelt Michelin, der größte Reifenkonzern Westeuropas, über Mittelsmänner einen Prozeß gegen die Werkszeitung der Kommunisten an...

„Die Verletzungen der Rechte der Werktätigen sind nicht von der akuten sozialen und wirtschaftlichen Krise Frankreichs zu trennen", erklärte mir CGT-Sekretär Gérard Gaumé. „Die Krise verstärkt das Streben nach autoritärer Haltung, nach Repressalien, um die Werktätigen dazu zu bringen, sich mit der verstärkten Ausbeutung abzufinden. Die herrschenden Kreise scheuen selbst vor Provokationen nicht zurück. So versuchten am 23. März v. J. die Behörden mittels Agents Provocateurs eine machtvolle Demonstration der Hüttenarbeiter zu sprengen. Pseudogewerkschaften üben Terror aus. So sollen die Werktätigen zum Schweigen gebracht und gezwungen werden, sich mit den Anschlägen auf die von ihnen erkämpften Rechte und Freiheiten abzufinden..."

„Es gibt ein Land", schrieb kürzlich die „Humanité", „wo die Polizei jemanden vorladen und eine Liste von zu überwachenden Personen verlangen kann, wo Streiks, die in der Verfassung verankert sind, unterdrückt und gerichtlich verfolgt werden. Wo Ungerechtigkeit bis zum Selbstmord führt — das ist Frankreich."

Die CGT meint, wie Gérard Gaumé betonte, daß jeder Anschlag auf die Freiheit beantwortet werden muß. Nur unablässiger Kampf und Massenaktionen bieten die Gewähr für einen Sieg.

Paris

A. IGNATOW

BANKIERS CONTRA UNO

B. P. MENON

In New York kam die 11. UNO-Sondertagung für Wirtschaftsfragen im September zum Abschluß. Ein Schwerpunkt der Tagesordnung war der Antrag der Entwicklungsländer, 1981 globale Verhandlungen über Rohstoffe, Energiewirtschaft, Handel und wirtschaftliche Entwicklung aufzunehmen. Debattiert wurde auch über eine Abänderung des Systems ungleicher Währungs- und Finanzbeziehungen. Infolge der ablehnenden Haltung der westlichen Länder kam keine Einigung über die „globalen Verhandlungen" zustande.

Zwischen dem 30. September und 3. Oktober haben in Washington die Jahrestagungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) stattgefunden. Ebenso wie in New York lehnten die führenden westlichen Länder auch da die Forderung der Entwicklungsländer ab.

Zwischen der Stellungnahme des Westens auf der UNO-Sondertagung und in den IWF-Sitzungen besteht ein direkter Zusammenhang. Dazu äußert sich nachstehend der in New York tätige indische Journalist B. P. Menon.

Im Endstadium der UNO-Sondertagung warf der Vertreter Indiens im Namen von 120 Entwicklungsländern einer Reihe von Staaten vor, daß sie dieses Gremium torpediert haben. Konkret waren die BRD, Großbritannien und die USA gemeint, deren Delegationen, wie der indische Botschafter ausführte, eine eigennützige und nicht globale Auffassung von den Gegenwartsproblemen gezeigt hätten. Er erklärte: „Sie wollen diese Probleme nicht als einheitliches Ganzes gelöst sehen, sondern ziehen eine getrennte Debatte über sie vor. Sie sind mehr an der Wahrung ihrer festen Positionen als an planmäßigen Wandlungen zu Nutz und Frommen aller Länder interessiert."

Die Entwicklungsländer sind entrüstet darüber, daß sich die drei westlichen Staaten einer Einigung über die für 1981 vorgemerkten „globalen Verhandlungen" entziehen. Diese sollten fünf wichtige Punkte umfassen: Energie, Rohstoffe, Währungs- und Finanzbeziehungen, Handel und Entwicklung (von Industrie, Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen). Die Entwicklungsländer hatten beantragt, daß auf dem Hauptforum der UNO in New York verhandelt und daß (falls nötig) Spezialorganisationen und andere Organe der UNO herangezogen werden sollen. Bei den globalen Verhandlungen sollte eine Komplexvereinbarung über die fünf großen Probleme erzielt werden.

Die meiste Zeit auf der UNO-Sondertagung nahm die Debatte über einen einzigen Resolutionsentwurf in Anspruch, der einen Kompromiß zwischen zwei verschiedenen Vorschlägen beinhaltete: die globalen Verhandlungen in der UNO zu zentralisieren (Vorschlag der Entwicklungsländer) oder sie auf die Spezialorganisationen zu verteilen (Antrag der meisten westlichen Länder). In den letzten Stunden der Sondertagung wurde mit 150 von 153 Stimmen der UNO-Teilnehmerstaaten die genannte Kompromißformulierung vereinbart. Drei westliche Länder enthielten sich der Stimme und machten dadurch die globalen Verhandlungen unmöglich, denn ohne ihre Teilnahme wären diese sinnlos.

Um zu erkennen, warum die drei Länder so sehr für dezentralisierte Verhandlungen sind, muß man die Tätigkeit des IWF ins Auge fassen und klären, wie sie sich von der Tätigkeit der UNO unterscheidet. Die Jahrestagungen des IWF sind ganz anders als die UNO-Tagungen (der IWF ist ihre Spezialorganisation). An der Tätigkeit der UNO sind Diplomaten, hochgestellte Politiker und Außenminister beteiligt, die die politische Sprache sprechen. In der UNO kommt es darauf an, was gesagt wird und wie. Deshalb ist ihre Tätigkeit hauptsächlich auf die Annahme offizieller Resolutionen konzentriert. Anders im IWF.

Die Teilnehmer der Tagungen des IWF (und der mit ihm verwandten Weltbank) sind weniger Diplomaten

und mehr Bankiers und Finanzleute. An ihrer Spitze stehen die Generaldirektoren von Landesbanken und Finanzminister, Leute eines ganz anderen Schlages als die gewöhnlich redegewandten Außenminister. Zu ihren Sitzungen ziehen sie Bankiers aus aller Welt heran. Bei der IWF-Tagung in Washington von Anfang Oktober wimmelte es in den Wandelgängen des Luxushotels, wo sie stattfand, von Leuten wie die Rokkefellers und Rothschilds, die bereit sind, auf der Stelle Abschlüsse zu tätigen.

Anders als in der UNO werden die Entscheidungen im IWF größtenteils in den einer Jahrestagung vorausgehenden Geheimberatungen getroffen. Die Zehnergruppe, bestehend aus den Vertretern (kapitalistischer) Industrieländer im IWF, faßt oft Beschlüsse, ohne die Vierundzwanzigergruppe — die Vertreter der Entwicklungsländer — auch nur zu Rate gezogen zu haben. Diese werden vor der formellen Bestätigung der Beschlüsse natürlich in die Beschlußfassung einbezogen, sie werden aber nur selten an den wichtigsten inoffiziellen Beratungen der „reichen" Länder beteiligt.

Die Tagungen selbst beginnen mit einige Tage währenden geschlossenen Sitzungen, in denen ein Aktionsplan für die Debatten in Gegenwart der Presse angenommen wird. In den offenen Sitzungen werden vorher abgefaßte Reden gehalten. Differenzen werden ins Protokoll aufgenommen, und unter die anwesenden Presseleute werden Pressebulletins, der Wortlaut von Erklärungen und zahlreiche Broschüren über die Tätigkeit des IWF und der Weltbank verteilt. Hier gibt es keine Resolutionsentwürfe wie in der UNO und auch keine wirklichen Verhandlungen. In der Welt des Geldes kümmert sich niemand besonders um offizielle Entschließungen. Entscheidend sind die hinter verschlossenen Türen getroffenen Abmachungen.

Diese Unterschiede in den Arbeitsmethoden der UNO und des IWF waren weitgehend schuld am Fiasko der UNO-Sondertagung. Ein Schwerpunkt ihrer Tagesordnung war die Frage, welche Rolle der IWF (und in geringerem Maße die anderen Institutionen) bei den vorgeschlagenen globalen Verhandlungen spielen soll. Die drei Staaten, die sich dem allgemeinen Einverständnis nicht anschlossen, wollten, daß der IWF seine sogenannte Aktionsfähigkeit behält, womit sie meinten, daß er seine alte Struktur behalten soll, deren Änderung in der UNO nachdrücklich von den Entwicklungsländern verlangt wird.

Obwohl die Entwicklungsländer, deren Vertreter in der UNO in der Mehrheit sind, versichert haben, daß sie diese nicht zur Annahme von Empfehlungen benutzen werden, die für die Industriestaaten inakzeptabel sind, und daß wichtige Beschlüsse bei den vorgeschlagenen globalen Verhandlungen aufgrund eines Konsenses gefaßt werden sollen, haben Großbritannien, die BRD und die USA die Aufnahme der Verhandlungen abgelehnt, zum Befremden derer, die die Tätigkeit der UNO beobachten, aber verständlich angesichts der Sonderstellung, die der IWF einnimmt.

Sein Valutasystem ist zur Zeit äußerst labil. Die wirtschaftliche Überlegenheit der USA, auf der das Nachkriegssystem der festen Währungskurse beruhte (der IWF wahrte dieses System), ist längst vorbei. Seit Anfang der 70er Jahre trifft das internationale Währungssystem ein Schlag nach dem anderen.

Der Beschluß der USA, 1971 den Dollar abzuwerten und auf die Goldparität zu verzichten (1945 wurde der internationale Goldpreis mit 35 Dollar die Troy-Unze festgesetzt), bedeutete, daß alle Dollarbesitzer im Ausland plötzlich eine faktische Abwertung ihrer Valutareserven erleben mußten. Es folgte das chaotische „Floaten der Währungskurse", bei dem die Entwertung des Dollars fortdauerte. Außerhalb der USA befindliche riesige Dollarmengen kamen auf den unkontrollierbaren, unbeständigen und inflatorischen Markt der „Eurodollar"-Kredite.

Durch die Inflation in der ganzen kapitalistischen Welt, durch das Zerbröckeln der Grundlagen des Währungssystems aus der Nachkriegszeit und das Erstarken Japans, Westeuropas und der Entwicklungsländer zu wichtigen Wirtschaftszentren geriet der Boden unter dem IWF bedrohlich ins Wanken. Die Abstimmungsprozedur im IWF, die auf der wirtschaftlichen Stärke der repräsentierten Staaten beruht hatte, wurde geändert, die Entwicklungsländer als Gruppe erhielten bei wichtigen Beschlüssen das Vetorecht (wenn sie auch noch nicht den Mut haben, es zu gebrauchen). In der Leitung des IWF schlug der Konservativismus feste Wurzel, er war schon zu lange ein Bollwerk der kapitalistischen Industriestaaten und wird jetzt immer öfter kritisiert.

Durch einige weitere Umstände werden die Schwierigkeiten des IWF noch größer. Er gibt jetzt den Regierungen der Entwicklungsländer mehr Anleihen und befürchtet, daß viele von ihnen diese Schulden nicht zu tilgen imstande sein werden, wenn man ihnen nicht neue Kredite einräume. Der Bankrott eines großen Anleihenehmers könnte für das Banksystem sehr folgenschwer sein. Als Ausweg aus dem verwunschenen Kreis wird dem IWF eine Wirtschaftspolitik vorgeschlagen, die die wirtschaftliche Entwicklung auf weite Sicht stimulieren soll. Das hatten die Entwicklungsländer mehrmals vergebens gefordert. Heute sind die großen Bankiers im Westen daran interessiert, und da klappt es auf einmal.

Ein weiterer Faktor, der angesichts des eventuellen finanziellen Bankrotts mancher Länder der dritten Welt entscheidende Bedeutung hat, besteht darin, daß allzuviel von der Valuta, die der IWF braucht, um den größeren Bedarf an Anleihen zu decken, im Besitz einiger arabischer Länder ist, die die OPEC bilden. Diese fühlten sich unlängst durch die Ablehnung brüskiert, der PLO auf den Jahrestagungen des IWF und der Weltbank den Status eines Beobachters einzuräumen, und verweigern deshalb weitere Valutaeinzahlungen.

Jetzt muß der IWF also ein chaotisches System kontrollieren, in dem die Entwicklungsländer — der entscheidende Faktor — sowohl Schuldner als auch Gläubiger sind. Wenn sie sich zusammentun und eine wirkliche Reform des internationalen Währungssystems verlangen sollten, dürfte es schwer sein, ihnen das zu verweigern. Finanzminister und Generaldirektoren von Landesbanken sind aber vorsichtige Leute. Sie fürchten das politische Risiko eines solidarischen Vorgehens, falls ihnen natürlich mutigere Kollegen aus der UNO, wo Entwicklungsländer seit einigen Jahren eine geschlossene und aktionsfähige Gruppe darstellen, nicht helfen sollten, sich zu entschließen. Angesichts dieser Tatsache erkennt man unschwer, warum sich die drei Länder mit den größten Einlagen im IWF so sehr dagegen sperren, daß die UNO bei Verhandlungen über Währungsfragen irgendeine Rolle spielen soll. ■

BELEBTE STEINE

Von unserem Sonderberichterstatter Boris ASSOJAN

Die Skulpturen Simbabwes zeichnen sich durch wunderbar klare Linien, ein feines Gefühl der Künstler für ihr Material und fantasievolle Sujets aus. Man kann sie den schönsten Mustern der afrikanischen Kunst an die Seite stellen. Auffallend ist ihre Ähnlichkeit mit den bekannteren Skulpturen der Makonde, eines Stammes, der an der Grenze zwischen Tansania und Moçambique lebt. Die gleiche Art, die Welt zu sehen, und die gleiche Treue zur Tradition.

Die geheimnisvolle Welt der Shona*

Die Skulpturen Simbabwes stellen größtenteils den Menschen und seine wirkliche oder fantasiegeborene Welt dar. Diese ist von Symbolen von Gut und Böse und von den Geistern der Vorfahren bevölkert, die die Familie vor bösen Kräften beschützen. Die Shona glauben fest daran, daß Geister alles im Leben bestimmen. Mit Hilfe ihrer Stammesältesten sowie von Medien und Künstlern stehen sie mit dem höchsten Wesen, dem Mwari, in Verbindung. Deshalb sehen die Bildhauer aus dem Volk ihre Kunst als etwas sehr Wichtiges und Nützliches an.

Am häufigsten wird aus Stein der Zizi dargestellt, ein Geist in Gestalt einer Eule, der dem Menschen Gutes tun oder ihn vernichten kann; ferner der Chupungu, ein Adler, der Nachricht aus dem Jenseits bringt; der einem Fisch ähnliche Wassergeist Nzuzu und der Familiengeist Mudzimu. Die Shona glauben daran, daß der Mensch immer über die bösen Geister siegt, weil die Welt für das Gute geschaffen sei.

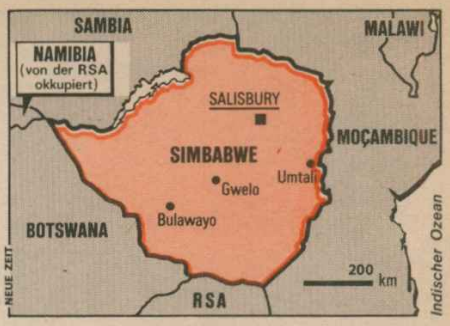
Die Bildhauer haben eine Engelsgeduld. Ihr Material ist nicht nur der leicht zu formende Seifenstein. Sie bearbeiten auch äußerst hartes Gestein: Granit, Verdit und Serpentin. Verdit ist ein seltener Halbedelstein, der erst unlängst im Süden Afrikas entdeckt wurde und von den Bildhauern gern verwendet wird, obwohl er sich schwer bearbeiten läßt. Dafür weist er aber eine ganze Farbenskala auf, von Grün über Goldgelb und Braun bis zu Hell- und Dunkelblau. Ein echter Bildhauer muß, nach Ansicht der Simbabwer, nicht nur Talent haben, sondern auch die Geheimnisse des Steins kennen. So ein Meister spricht mit dem noch ungeformten Steinbrocken, teilt ihm seine Ideen mit, berät sich mit ihm, womit er anfangen soll, und lernt im Gespräch das Wesen des Steins kennen.

Manchmal scheinen der Bildhauer und die Natur miteinander zu wetteifern. In Simbabwe sieht man überall fantastische Anhäufungen riesiger Steine und Felsen, die von Regen und Wind kunstvoll geschliffen sind. Aus einem Kaktusdickicht ragt unversehens ein Büffel oder ein Nashorn aus Stein auf, Fantasievögel mit ausgebreiteten Schwingen oder zum Sprung ansetzende Frösche. An Bruchstellen der Felsen läßt die Sonne überraschend Riesen aufscheinen, die, an den Händen gefaßt, Reigen tanzen, oder einsam erstarrte Hüter dieser Welt der Steine.

Man weiß nicht recht, wer wen nachahmt. Ob die Natur den Meistern eine geheimnisvolle Schöpferkraft einflößt, oder ob sie selbst deren schönste Werke wiederholt. Vielleicht geben die bizarren Figuren — Werke moderner Künstler — auch den Nachhall einer unbekannten uralten Kultur wieder?

Um die Verbundenheit mit der Natur und den Orten nicht zu verlieren, wo die Vorfahren des Künstlers lebten, muß er von Zeit zu Zeit aus der Stadt in den Busch übersiedeln. Wie im Selbstgespräch sagte der Bildhauer Thomas Mukarobwa: „In der Stadt verliert man die Fähigkeit, den Geruch der Erde zu spüren. Selbst wenn man aufs Dorf kommt, bleibt man eine Zeitlang ein Fremdling für die Natur. Man muß wieder in den Busch hineinwachsen, um seine Regungen zu spüren und seine Nahrung zu genießen. Erst dann bemerkt man, was der Europäer oder Städter niemals sieht. An solchen Tagen habe ich die schönsten Ideen und besuchen mich Gestalten, die ich in Stein nachzuformen versuche."

Ist eine Skulptur gelungen, so steht der Meister nicht an, sich selbst zu loben. Unbekannt ist hier auch die Eifersucht auf einen Kollegen. Mukarobwa sagt: „Wir tauschen andauernd unsere Ideen aus und wollen einander nicht umgehen, sondern es kommt uns darauf an, etwas Neues zu schaffen. Sehe ich eine schöne Skulptur, dann ist es mir nicht wichtig, wer sie gemacht hat. Ich genieße den Anblick und freue mich, daß ein Kollege aus dem Stein das Wunder hervorgezaubert hat, das ihm allein zu erleben vergönnt war."



McEwans Nachfolger

Die größte Sammlung von Steinskulpturen befindet sich in Salisbury, in der Nationalgalerie Simbabwes. Am Eingang empfangen den Besucher schlichte Museumsangestellte in Livree, die sie Eisenbahnschaffnern ähnlich macht. Bei ihnen löst man Eintrittskarten, läßt sich die Anordnung der Säle erklären, passiert einen Stand mit dünnen Heftchen über Kunst und kommt nicht auf den Gedanken, daß diese stillen Leute etwas mit Kunst zu tun haben. Aber die Namen vieler von

In der Nationalgalerie von Salisbury gibt es eine große Sammlung moderner Skulpturen





* Shona: die größte ethnische Gruppe in Simbabwe

ihnen stehen in den Katalogen großer Museen Europas.

Man braucht sich aber seiner Uninformiertheit nicht zu schämen, denn Thomas Mukarobwa, John Takawira, Silvester Mubai und Paul Gvichiri sind außer einem kleinen Kreis von Verehrern der afrikanischen Kultur kaum bekannt, und nicht etwa, weil die Afrikaner kein Kunstverständnis hätten, was manche „Experten" behaupten. Vor der Unabhängigkeit hatten die Stammbewohner des Landes einfach keine Möglichkeit, ihre nationale Kunst zu fördern, von der die rassistischen Behörden Rhodesiens glaubten, die weiße Öffentlichkeit habe nichts für sie übrig. Nur Vereinzelten gelang es dank ihrem Talent, die Rassenschranke zu überwinden und Anerkennung bei wenigen weißen Rhodesiern zu gewinnen.

Vor etwa 20 Jahren sammelte der erste Direktor der Nationalgalerie, Frank McEwan, junge „Eingeborene" um sich und beschloß, ein ständiges Studio einzurichten, um die unverdient vergessene afrikanische Kunst wiederzubeleben.

Die meisten Weißen waren von seinen Bemühungen befremdet. Es hieß, wenn man das Vorhandensein einer afrikanischen Kunst anerkenne, dann täusche man sich. Besonders verstimmt war die weiße Kolonie darüber, daß McEwan nichts für die dortigen europäischen Künstler übrig hatte, die darin wetteiferten, die in Salisbury auf Straßen und Plätzen blühenden Jacarandabäume zu malen.

Auf McEwans Initiative wurden die besten afrikanischen Skulpturen auf internationale Ausstellungen geschickt, und erst, nachdem die westliche Presse über die „Entdeckung" der afrikanischen Bildhauer zu schreiben begann, „erwachte" in Rhodesien Interesse für diese Kunst, jedoch ein rein geschäftliches Interesse. Reiche Europäer veranstalteten Privatausstellungen, kauften für einen Pappenstiel Skulpturen und verkauften sie ins Ausland weiter.

Die Künstler selbst verhalten sich anders zu ihrer Kunst. Mukarobwa sagt: „Keiner von uns fertigt Skulpturen an, um Geld zu verdienen. Uns geht es vor allem um eine Wiedererweckung der vergessenen Traditionen."

Ethische Befreiung

Die Mühe McEwans und seiner Anhänger war nicht umsonst. Heute gibt es in Simbabwe eine ganze Anzahl begabter Bildhauer und Maler, die aus dem Studio der Nationalgalerie hervorgegangen sind und ihre Erfahrungen bereitwillig an den Nachwuchs weitergeben. Das Personal der Galerie beabsichtigt, das Studio zu erweitern, um ihm „frisches Blut zuzuführen". Sie erwarten, daß nach der Gewinnung der Unabhängigkeit viele Afrikaner Lust bekommen, sich als Künstler zu versuchen.

Das alles ist aber nicht so einfach. Die Gesellschaft Simbabwes hat die Folgen der Rassendiskriminierung noch nicht überwunden. Noch heute sieht man in den Buchhandlungen von Salisbury außer den gewichtigen Folianten über die Geschichte der Weißen in Afrika nicht einmal gemeinverständliche Büchlein über die traditionelle Kunst des Volks von Simbabwe.

Die ersten Schritte zur Integration der afrikanischen und der europäischen Kunst in Simbabwe sind aber schon getan. Gleich, nachdem das Land unabhängig geworden war, veranstaltete die Nationalgalerie eine Ausstellung, auf der wohl zum ersten Mal afrikanische und europäische Skulpturen und Gemälde zusammen zu sehen waren. Mukarobwa sagt: „Uns bedeutet die Unabhängigkeit nicht nur mehr Schaffensfreiheit und einen Impuls zur Wiedererweckung der uralten Kunstformen, sondern auch die Möglichkeit, im Sinne der afrikanischen und europäischen Traditionen neue Werke zu schaffen." ■

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 2

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

открывать возможность (для чего?) (открыть)	eine Möglichkeit bieten
курс на разрядку	der Entspannungskurs
магистральное направление	die Hauptrichtung
реальная возможность	eine reale Möglichkeit
сделать важный шаг по пути военной разрядки	einen wichtigen Schritt zur militärischen Entspannung tun
бесплодная дискуссия	unersprießliche Diskussion
плодотворная работа	fruchtbare Arbeit
практические шаги по укреплению безопасности	praktische Schritte zur Festigung der Sicherheit
достижение договоренностей	Erzielung von Vereinbarungen

Übung 1. Lesen Sie den Text vor und übersetzen Sie ihn:

В нынешней сложной международной обстановке возрастает значение встречи представителей государств — участников Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе. Она открывает возможность для подтверждения курса на разрядку как магистрального направления развития нашего континента, для продолжения начатого в Хельсинки общеевропейского процесса.

Существует реальная возможность сделать в Мадриде важный шаг по пути военной разрядки. Там должно быть разработано широкое и гибкое политическое решение, которое позволит начать работу поэтапно. В этом смысле социалистические государства готовы учитывать все конструктивные предложения других стран. Внимание должно быть сосредоточено на расширении практических шагов по укреплению безопасности и сотрудничества, а не на бесплодной дискуссии. Социалистические страны сделали ряд предложений, чтобы создать необходимые условия для нормальной и плодотворной работы.

Успех мадридской встречи будет зависеть от политической воли ее участников к созданию конструктивной атмосферы, от их решимости не принимать никаких действий, ведущих к конфронтации. С мадридской встречей европейские народы связывают надежду на достижение серьезных договоренностей, которые вели бы к дальнейшему упрочению в Европе основ мира, разрядки, безопасности и сотрудничества.

Übung 2. **Ergänzen Sie die Sätze:**

При сложившихся обстоятельствах...
В результате сложившихся условий...
В соответствии со сложившейся процедурой...
В сложившейся обстановке...

Übung 3: **Übersetzen Sie folgende Wortverbindungen und prägen Sie sie sich ein:**

бесплодная работа	плодотворная работа
бесплодный труд	плодотворный труд
бесплодные усилия	плодотворные усилия
бесплодная дискуссия	плодотворная дискуссия

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die kürzliche Erhöhung der Pflichtumtauschsumme durch die DDR für die Bürger der BRD und anderer westlicher Staaten wird von unserer Presse und den Behörden Westberlins zu Recht als unhumane Aktion der DDR bezeichnet, die dem Geist der Entspannung grundsätzlich widerspricht, um den Sie sich so viel Sorge machen.

D. STAUBE
Hannover, BRD



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Boris
LYSSENKO

Sie sind offenbar ein Opfer der Springer-Presse geworden, die gegen die Deutsche Demokratische Republik bezüglich der Entscheidung ihres Finanzministeriums zu Felde zieht, vom 13. Oktober d. J. an ein neues Umtauschminimum für Bürger mit ständigem Wohnsitz in nichtsozialistischen Ländern und in Westberlin festzulegen, die in die DDR einreisen. Gemäß der neuen Verordnung müssen die Bürger dieser Staaten und Westberlins pro Aufenthaltstag in der DDR Devisen in einer Höhe umtauschen, die dem offiziellen Kurs von 25 Mark der DDR pro Erwachsenen und von 7,50 Mark pro Kind im Alter von 6 bis 15 Jahren entspricht.

Lassen Sie uns, Herr Staube, die Dinge ruhig betrachten. In den letzten sechs Jahren — das war die Laufzeit der bisherigen Umtauschverordnung — sind in der BRD und in Westberlin die Preise für Nahrungsmittel, die Mieten und die Fahrpreise unaufhörlich gestiegen. Dadurch wurde der Realwert der DM wesentlich geringer. Im gleichen Zeitraum blieben in der DDR die Einzelhandelspreise für die Hauptbedarfsgüter, die Mieten und Fahrpreise stabil. Das heißt, daß die Kaufkraft der Mark der DDR im Verhältnis zur Währung der westlichen Länder, darunter auch zur DM, gestiegen ist. Um nun eine Stabilität ihrer Währung zu sichern, war die DDR gezwungen, den erwähnten Schritt zu tun.

Vor allem richtet sich diese Maßnahme aber natürlich gegen das Spekulieren mit der Mark der DDR in Westberlin. Trotz der Proteste der DDR gibt es in dieser Stadt schon jahrelang sogenannte Wechselstuben, die BRD-Währung gegen Zahlungsmittel der DDR nach einem wirklich, wesentlich zugunsten der DM überzogenen Kurs eintauschen. Diese Wechselstuben machen ganz offen ihre Geschäfte, obwohl jeder weiß, daß sie illegal sind.

Auf welche Weise können sich in die DDR einreisende Personen auf Kosten dieses Staates bereichern? Nehmen wir an, ein Einwohner Westberlins oder ein Bundesbürger bezieht in einer Wechselstube für 20 DM 100 Mark (offizieller Wechselkurs: 1 DM gleich 1 Mark). Für diese Summe kann er sich in der DDR ein Paar ordentliche Schuhe oder einen Satz Bettwäsche kaufen. In Westberlin müßte er dafür bis zu 120 DM zahlen. Daher ist klar, daß der Erwerb von Mark zum spekulativen Kurs vorteilhafter ist als der Umtausch zum legalen Wechselkurs.

Die Westberliner Behörden sollten also, anstatt sich über die legitimen Maßnahmen der DDR zu empören, lieber darüber nachdenken, wie denn Geld der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin gelangt? Ganz einfach: Es wird über die Grenze geschmuggelt. Das kann man nicht anders als Wirtschaftssabotage gegen die DDR bezeichnen. Wer, meinen Sie nun, Herr Staube, verhält sich „unhuman"?

Die Wirtschaftssabotage gegen die DDR gibt es seit der Gründung der Republik. Und jedesmal, wenn die DDR Schutzmaßnahmen ergriff, wurde in der BRD Lärm über die „Schädigung der guten Nachbarschaft", über eine „Beeinträchtigung der Rechte" und ähnliches erhoben. Welcher „Rechte" denn? Der Rechte, einen souveränen Staat zu bestehlen?

Schließlich, die neuen Maßnahmen der DDR sind keineswegs, wie sie, Herr Staube, behaupten, gegen die Entspannung gerichtet. Sie stehen überhaupt in keinerlei Beziehung zu internationalen Verträgen, darunter zu den Verträgen der DDR mit der Bundesrepublik und dem Westberliner Senat. Schon gar nicht davon zu reden, daß sie dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin widersprächen. Hier geht es um eine reine Wirtschaftsmaßnahme, eine ausschließlich innenpolitische Angelegenheit des sozialistischen deutschen Staates, die sich aus seinen souveränen Rechten ergibt.

In der Presse wird häufig von Stiftungen in den USA geschrieben. Erklären Sie bitte deren Bedeutung.

N. TERECHOWA
Tallinn, Estnische SSR

„Philantropische" Stiftungen gibt es in den USA seit Ende des vorigen Jahrhunderts. Vorbilder waren die ersten Wohlfahrtsorganisationen. Gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Einrichtungen werden die Stiftungen Anfang des 20. Jh., als Präsident Theodore Roosevelt den Versuch unternahm, das Anti-Trust-Gesetz durchzubringen. Die Großbourgeoisie nutzte die Stiftungen als bequeme Form zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über ihre Betriebe, deren Aktien den Stiftungen überstellt wurden.

Die Aktiva der Stiftungen setzen sich aus dem Stammkapital und den Aktiengewinnen zusammen. Mitte der 70er Jahre gab es in den USA rund 30 000 Stiftungen mit Aktiva von 28,5 Md. Dollar. Die Ausgaben betragen dagegen rund 2 Md. Dollar pro Jahr. Stiftungen sind steuerfrei und bringen Millionenprofite.

Hauptobjekt der Kapitalanlage der Stiftungen ist das Bildungswesen. Es gibt Subventionen für internationale Kontakte, das Gesundheitswesen, die Verbrechensbekämpfung, für Forschungen und Glaubensvereinigungen. Hohe Summen erhalten alle möglichen antikommunistischen Institutionen sowie die „Sowjetologie". Die Carnegie-Stiftung gründete z. B. ein Russisches Forschungszentrum bei der Harvard-Universität.

Die Rockefeller- und die Ford-Stiftung sowie ähnliche Einrichtungen beteiligen sich an der Entwicklung politischer und ideologischer Doktrinen, erarbeiten politische und ökonomische Empfehlungen für verschiedene Regierungsorgane. Die Stiftungen leisten „Wohlfahrtshilfe" für Entwicklungsländer. Mit dieser Hilfe sollen die Wirtschaftsinteressen der Konzerne gesichert und die politischen Ansprüche des Imperialismus durchgesetzt werden.

PS

Eine Schnitzelpolitik

Die „Newsweek" berichtet, daß Carter vor den Präsidentschaftswahlen in den USA den Zeitungsmagnaten Murdoch gehörig herunterputzte. Carter hatte nämlich erfahren, daß Murdochs „New York Post" für den republikanischen Kandidaten Reagan Partei ergreifen wollte. Es ist aber kein Geheimnis, daß Carter und Murdoch vereinbart hatten, Murdochs Zeitungen würden sich hinter Carter stellen, und die staatlichen Kreditanstalten würden Murdoch billige Kredite einräumen. Der Zeitungsmagnat hatte sich von der Schnitzelpolitik abgekehrt (sie war bei einem Essen vereinbart worden, bei dem das Hauptgericht Schnitzel waren). Anscheinend hatte er schon einen ansehnlichen Kredit eingesteckt und geglaubt, es sich leisten zu können, ins Lager Reagans hinüberzuwechseln — auf alle Fälle...

Auch Minister und Rabbiner



Die Presse Israels wimmelt von skandalösen Sensationen. Der Kultusminister und einige seiner Assistenten sind wegen finanzieller Machenschaften zum eigenen Nutzen unter Anklage gestellt. Der Chef der Militärpolizei im Landkreis Ron in der Landesmitte ist der Korruption überführt. Ein Untersuchungsverfahren gegen den Ex-Chef der Militärpolizei Arbil, der den Söhnchen reicher Eltern gegen Bestechung gesetzwidrige Vorteile gewährte, geht seinem Ende entgegen. Ben-Ami, der Ex-Bürgermeister von Natanya, ist wegen großer Unterschlagungen in der von ihm geleiteten städtischen Gesellschaft vor Gericht gestellt worden, und schließlich sind die Rabbiner Shaul und Moughrabi wegen Korruption und Unterschlagung öffentlicher Gelder angeklagt.

Bleibt nur noch Gott



Die 8jährige Rose Harvey aus der Siedlung West Chinnock (England) bat die Ministerpräsidentin Margaret Thatcher in einem Brief, die Schule in der Siedlung bestehen zu lassen, die wegen Kürzung der Sozialaufwendungen geschlossen werden soll. Es ist die einzige im ganzen Umkreis. Das Kind bekam keine zufriedenstellende Antwort und wandte sich an die „höhere Instanz": an Gott.

Anlaß zu einer Sensation?

Amerikanische Journalisten, die von einer Reise nach Moskau heimkehrten, entdeckten, wie die „Newsweek" schreibt, daß die sowjetischen Dreikopekenstücke genau in den Schlitz der Automaten passen, an denen man vorbei muß, um in New York U-Bahn zu fahren, was 60 Cent kostet. Das Blatt verschweigt, ob die Journalisten jetzt einen sensationellen Artikel mit der Schlagzeile „Moskauer Münze plündert Kasse New Yorks" schreiben. Es könnte doch sein!

Makabrer Nervenkitzel

Ein originelles Amüsement für sensationslüsterne Leute hat sich Mr. Bob Acraman aus Salisbury (England) ausgedacht. Er hat einen alten Militärstützpunkt in der Nähe dieser Stadt aufgekauft und dort ein KZ eingerichtet, genauso eins, wie es sie in Hitlerdeutschland gab. Für 30 Pfund Sterling kann jeder das Wochenende hinter Stacheldraht verleben. Im Preis inbegriffen sind Verpflegung — eine wässerige Mehlsuppe und Brotrinden — sowie ein Nachtlager auf einer Pritsche in einem kalten Block, in dem es durch alle Ritzen zieht. Der Echtheit halber werden die Insassen um 2 Uhr nachts aus dem Schlaf geholt.

Tobende Gentlemen



Die kanadische „Globe & Mail" schreibt, der Ruf der Engländer, echte Gentlemen zu sein, sei schwer erschüttert, und schuld daran seien die Fußballfans. Als die Londoner Mannschaft „West Ham" in Madrid spielte, warfen aus England zugereiste Verehrer dieser Mannschaft Bierbüchsen von den Tribünen, und als sie keine mehr hatten, bespuckten sie die unter ihnen Sitzenden. Dann rauften sie sich mit den Polizisten, die kamen, um sie zur Räson zu bringen. In Turin (Italien) mußte ein Spiel mit einer englischen Mannschaft unterbrochen werden, und die Polizei mußte gegen die randalierenden englischen Fans Tränengas ablassen. Auf den eigenen Sportplätzen führen sie sich nicht besser auf. Im September prügelten angetrunkene Burschen in einem Stadion den 17jährigen Craig French tot, weil ihnen geschienen hatte, als sei er für die Gegner „ihrer" Mannschaft. Die Engländer witzeln, es sei ungefährlicher, in New York um Mitternacht U-Bahn zu fahren, als in England zum Fußball zu gehen.

Nicht nach Veilchen



Seit dreieinhalb Jahren sind fast 400 000 Chinesen, die meisten illegal, nach Hongkong gegangen. Solche Leute denken sich allerlei Tricks aus, um die scharfen chinesischen Grenzer zu hintergehen. In letzter Zeit benutzen sie dazu vielfach Tigermist, weil dieser Diensthunde von der Fährte abbringen soll. Schon wird ein schwunghafter Handel mit dieser Ware getrieben, und weil das einträglich ist, haben ihn die Gangster der „Triade" (einer Geheimgesellschaft) unter ihre Kontrolle genommen. Die Nachfrage ist so groß, daß die Händler den Kunden leicht Ersatz andrehen können.

Beizeiten eingedeckt

In Kairo nahm die Polizei einen Falschmünzer fest. Bei der Haussuchung fand sie viel ausländische Blüten, am meisten israelische. Der Gauner erläuterte, warum gerade solche. Die Verbrüderung der ägyptischen Führung mit der israelischen könne bald dazu führen, daß man in Ägypten israelisches Geld in Umlauf bringen werde.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

DIE SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT"

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (360 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
Association Belgique—URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (22,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz) Postfach 1928
— W. E. Saarbach GmbH, Auslands-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.
— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.
— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus—C.
— Sputnik International Import og Boghandel. Vester Voldgade 1?, 1152, København K.
— Rhodos International Tidsskrifthandel, 36 Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4

FINNLAND (29,00 Fmk) — Akateeminen Kirjakaupa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.
— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.
— Rautakirja Oy, Pl. 1, 01641 Vantaa 64

HOLLAND (18,00 hfl. — „Pegasus" Boekhandel. Leidsestraat 25, Amsterdam.

JUGOSLAWIEN (8255, Din.) — 11 000 Belgrad. „Jugoslavenska knjiga", Terazije 27 II, soba 5.
— Prosveta Terazije 16 I.
— 41 000 Zagreb, „Mladost", Ilica 30. Preradoviceva 18.
— 6100 Ljubljana. „Drzavna Zalozba Slovenije"
Titova cesta 25. P. O. 850-1
— „Cankarjeva Zalozba", Kopitarjeva 2.
— 71 000 Sarajevo. „Veselin Maslesa", S. Milutinovica 4.
— 91 000 Skopje. „Makedonska knjiga", Ul. 11 Oktamvri bb.

KANADA (7,00 c$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q H3 P 3C4.
— Progress Books, 71 Bathurst Street 3 rd Floor, Toronto, ont., M5V 2P6.

LUXEMBURG (360 lfr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (42,00 nkr.) Tidsskift Sentvalen Tanum A/S
P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1
— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119. Ankertorget, Oslo 1
— A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

ÖSTERREICH (60 ÖS) — „Globus"-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.
— „Das Internationale Buch" Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.
— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.
— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.
— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (52 Zł.) — „Ars Polonia"-Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEDEN (36,00 skr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.
— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.
— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.
— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, 20 Stockholm.
— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm

SCHWEIZ (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.
— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.
— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.
— Pinkus et Cie Froschaugasse 7, 8001 Zürich.
— Reiher-Verlag Postfach 3000. Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI (62,40 Kčs) PNS-dovoz tisku;
PNS dovoz tlače.

UNGARN (80 Ft) — Die Postämter.

USA (10.00 $) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

WESTBERLIN (22,00 DM) „Das europäische Buch", 1000 Berlin 33 West, Thieallee 34.
— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn Frau/Frl. Fa. Buchhdlg.

Name . . . . . Vorname . . . .

Anschrift: . . . . . .

Abonnementbestellung

Anzahl: . . . . . Titel: . . . . .

Preis: . . . . . .

BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum . . . . .

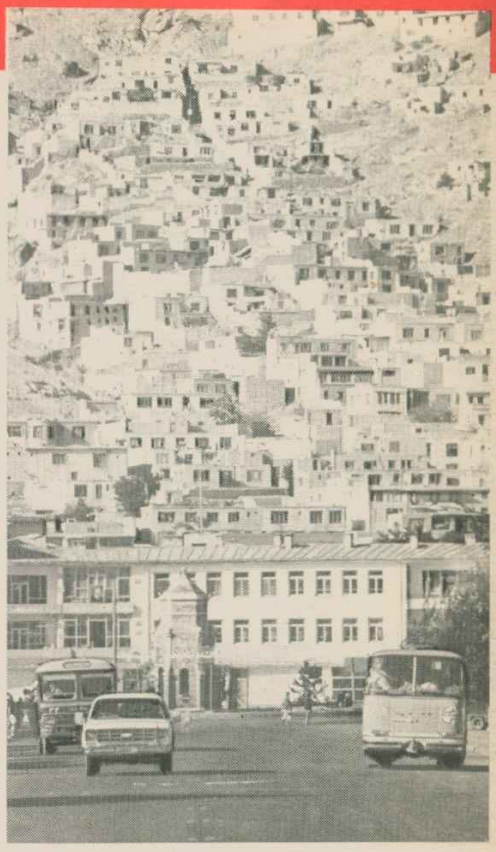
Bitte entsprechendes ankreuzen Unterschrift . . . . .

Im Objektiv: AFGHANISTAN

Fest entschlossen, das in der Aprilrevolution Errungene gegen die Anschläge des Imperialismus und der Reaktion zu verteidigen und in seinem Land ein neues, glückliches Leben aufzubauen, schreitet das Volk Afghanistans festen Fußes auf dem Weg tiefschürfender sozialer und wirtschaftlicher Umgestaltungen aus. Die Demokratische Volkspartei Afghanistans und die Regierung sehen ihre Hauptaufgabe darin, den Kampf gegen die Konterrevolution zu intensivieren, die friedliche Entwicklung des Landes zu sichern und die Lebensverhältnisse der Werktätigen zu verbessern.

Unter den Maßnahmen der nächsten Zeit sind eine Lohnerhöhung, ferner eine Erweiterung des Wohnungsbaus und eine allseitige Hilfe an die Bauern. Wie auf dem kürzlichen Plenum des ZK der DVPA festgestellt worden ist, waren die wirtschaftlichen Erfolge dank der uneigennützigen Hilfe der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder möglich.

Das Plenum erörterte und billigte einstimmig die Ergebnisse des Besuchs, den eine von Babrak Karmal, dem Generalsekretär des ZK der DVPA, Vorsitzenden des Revolutionsrats und Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Afghanistan, geführte Partei- und Regierungsdelegation der UdSSR abgestattet hat. Wie in einem Beschluß des Plenums hervorgehoben worden ist, manifestiert dieser Besuch eine neue Entwicklungsphase der afghanisch-sowjetischen Beziehungen.



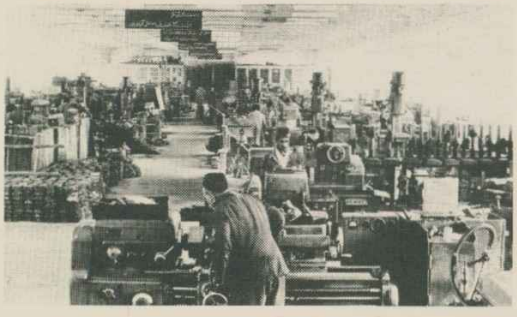
Kabul

Der unermüdliche Schofför Sarvar





Seite an Seite arbeiten sowjetische und afghanische Fachkräfte in der Stickstoffdüngerfabrik in Mazar-i-Sharif



In der Kfz-Reparaturfabrik von Dschungalak, die gemeinsam von der UdSSR und von Afghanistan gebaut worden ist



Die Provinzverwaltung in Herat



Robia Sharif leitet die Volksbibliothek in Balch

Ein Selbstverteidigungstrupp bekommt Verstärkung





Der Flußhafen in Shirhan

Fotos: TASS